



4. Heft | 2. März 1916

## HUGO POETZSCH · DAS IMPERIUM UND DIE ARBEITER

**W**IR müssen alles tun, um den deutschen Handel zu verstümmeln, zu beschneiden, zu zerquetschen und zu zerstören . . . Und wenn wir Frieden machen, dann werden wir dafür sorgen, daß Deutschland nie wieder sein Haupt erhebt.« Diese Drohungen, die der englische Handelsminister am 11. Januar 1916 im Unterhaus aussprach, wurden dort mit großem Beifall aufgenommen. Wenn man selbst die Ausdrücke als Übertreibung nimmt, so geht doch jedenfalls aus diesen Ausführungen hervor, daß England seinen Handelskrieg gegen Deutschland auch nach Beendigung des Krieges fortzusetzen gedenkt. Mag man nun diese Gefahr höher oder geringer einschätzen: keinesfalls läßt sie sich mit irgendwelchen Verbrüderungsreden bannen. Nach dem Krieg wird England sein Imperium noch fester zusammenschließen suchen, und jeder Eventualität gewachsen zu sein. Die Kolonien, die jetzt das Mutterland so ausgiebig unterstützt haben, werden nach dem Krieg ihre Entschädigung verlangen. Das Mutterland wird ihnen wirtschaftliche Vorteile gegenüber anderen Staaten einräumen müssen, was wohl den Übergang zum Schutzzollsystem in sich schließen wird. Englands Industrie war von der deutschen hart bedrängt, ihre Ausnahmestellung in der Welt gefährdet, auf vielen Gebieten schon beseitigt. Damit aber auch die Sonderstellung der englischen Arbeiterklasse. Das hat zur Folge, daß die Schaffung des Größern Britanniens in der englischen Arbeiterklasse nicht auf Gegnerschaft sondern auf verständnisvolle Förderung stößt. So wird das britische Imperium durch das Interesse der britischen Arbeiter getragen.

Neben das englische Weltreich wird Amerika treten. Während des anderthalbjährigen Ringens der Völker auf dem europäischen Kontinent ist ein Goldstrom nach Amerika geflossen, der nicht bloß die Munitionsfabrikation sondern die amerikanische Industrie überhaupt befruchtet hat. Die englische Aushungerungsstrategie hat bewirkt, daß, wie in Deutschland, so auch in Amerika, die Industrie vielfach neue Herstellungsmethoden suchen mußte. In einer Denkschrift, die das Bureau für Auslands- und Inlandshandel der Vereinigten Staaten vor kurzem herausgegeben hat, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß seit dem Krieg die Gewinnung respektive die Herstellung von Kali und Farbstoffen ganz erheblich zugenommen habe. In einigen Jahren werde man auf die Einfuhr dieser und vieler anderer Ar-

tikel ganz verzichten können. So habe auch die Messer- und Scherenfabrikation seit Jahresfrist einen gewaltigen Aufschwung genommen. Auch hier ein unverkennbares Streben nach wirtschaftlicher Autarkie im Rahmen eines großen, am liebsten den Kontinent umspannenden Imperiums.

Das geographisch umfangreichste zusammenhängende Imperium stellt das russische Reich dar. Es zählt jetzt 170 Millionen Einwohner und hat in den Jahren 1906 bis 1910 jährlich um 2 300 000 Einwohner im Durchschnitt zugenommen. Wir können danach in etwa 50 Jahren mit einer Bevölkerung von etwa 300 Millionen dort rechnen. Mit einer Zerstückelung oder auch nur mit dem Abfall unterdrückter Völkerschaften vom Zarenreich dürfte nach den Erfahrungen dieses Krieges kaum zu rechnen sein. Die reichen Hilfsquellen, die dem Land zur Verfügung stehen, und deren Erschließung gerade durch den Krieg einen neuen Anstoß erhalten hat, machen das große Reich auch wirtschaftlich mehr und mehr unabhängig. Damit ist freilich nicht gesagt, daß Rußland nun keine Wirtschaftsbeziehungen zu seinen westlichen Nachbarn mehr zu unterhalten braucht. Im Gegenteil, gerade für die Erschließung des Landes wird das russische Reich der Deutschen sehr bedürfen; wie überhaupt ein nachbarlich gutes wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland das für beide Länderersprießliche wäre.<sup>1)</sup> Wir dürfen nie aus dem Auge verlieren: Von unseren jetzigen Kontinentalgegnern, von Rußland wie von Frankreich, trennen uns keine notwendigen Interessengegensätze. Diese Staaten sind nur als die Alliierten Englands unsere Feinde. Eine weitsichtige Politik wird daher auf diesen Umstand besonders Rücksicht nehmen und keine Aktionen propagieren, die eine dauernde Feindschaft zwischen den europäischen Kontinentalstaaten im Gefolge haben müßten.<sup>2)</sup> Das russische Reich wird jedenfalls, ob es nun mit seinen westlichen Nachbarn in Freundschaft oder in Feindschaft lebt, ein ökonomisches Imperium größter Dimension werden.

Ein viertes Weltreich sehen wir in Ostasien in der Entstehung begriffen. Unter japanischer Vormacht (die später vielleicht durch ein selbstbewußtes China abgelöst werden wird) entsteht ein Reich, das an Einwohnerzahl vielleicht alle übrigen übertreffen und in seiner Bedeutung über die europäischen Reiche hinausgehen könnte. Wenn Deutschland sich nicht durch das Schlagwort von der Solidarität der weißen Rasse zu einer vollständig verkehrten Politik verleiten läßt, wird es nach menschlicher Voraussicht mit diesem Reich in keinerlei Konflikt zu kommen brauchen.<sup>3)</sup> Und der neue japanisch-russische Vertrag zeigt uns mit hinreichender Deutlichkeit den Weg, den wir hier zu gehen haben.<sup>4)</sup> Jedenfalls tun wir gut mit dem ostasiatischen Imperium als mit einer werdenden Realität zu rechnen.

Es soll nun selbstverständlich nicht behauptet werden, daß diese Weltreiche nach dem Friedensschluß fix und fertig dastehen werden. Aber die Entwicklung strebt diesen Zielen zu. Die Nationalstaaten werden ökonomisch (nicht etwa staatlich oder gar national) in die größeren Imperien eingehen,

<sup>1)</sup> Siehe Schippel *Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1101 ff.

<sup>2)</sup> Siehe darüber Bloch *Wo stehen wir jetzt?* und Hausenstein *Die Kontingenterung der Weltpolitik*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 2. Band, pag. 789 ff., und 3. Band, pag. 1347 ff.

<sup>3)</sup> Siehe darüber Quessel *Die deutschen Interessen in Ostasien*, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 3. Band, pag. 1231 ff.

<sup>4)</sup> Siehe auch die Rundschau *Politik*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 164.

und ihre Wirtschaftspolitik wird dadurch auf höherer Stufenleiter weitergeführt. Selbstverständlich werden auch diese erweiterten Wirtschaftsgebiete den Verkehr mit einander nicht aufgeben. Gerade das Imperium ist vielmehr die beste Gewähr gegen irgendwelche, jetzt hier und da in unseren Kreisen befürchtete nationalistische Rückständigkeit. Aber der Verkehr dieser Imperien untereinander wird um so bedeutender sich entwickeln, um so sicherer sich vollziehen können, je mehr das einzelne Weltreich in allem Wesentlichen seiner Produktion sich selbst genügen kann, je weniger also ein Gewaltstreich des einen gegen das andere überhaupt noch einen Sinn hätte.

Drängt die Entwicklung nach dieser Richtung, so ist auch für Kontinentaleuropa und namentlich für Deutschland die Notwendigkeit gegeben die eigene Zukunft durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der geographisch zusammenhängenden, ökonomisch einander ergänzenden Staaten Europas und Vorderasiens zu sichern. Natürlich wird auch dieses neue große Wirtschaftsgebilde nicht etwa über Nacht geschaffen werden können, und mit Schlagworten wie Mitteleuropa (die das große Publikum beruhigen, die aber die verwickelte Wirklichkeit nicht lösen, und die noch obendrein geeignet sind den Horizont zu verengen) baut man keine Reiche auf. Dazu gehören mühsame Arbeit, ein kluges Erfassen der gegebenen Möglichkeiten, die Schaffung eines Ausgleichs, der den Lebensinteressen aller Teile genügt, sowie der Voraussetzungen, unter denen dieses ökonomische Imperium überhaupt bestehen könnte, ohne von der Seite bedroht und ohne in der Versorgung seiner Produktion mit kolonialen Rohstoffen auf die Willkür der anderen Reiche angewiesen zu sein. Wenn wir nun trotz allen Schwierigkeiten mit dieser sich stufenweise vollziehenden Neubildung rechnen, so entsteht für die deutsche Arbeiterklasse die Frage, ob sie dem Werden des ökonomischen Imperiums, gleichgültig in welcher Gestalt und in welchem Umfang es zunächst in die Erscheinung tritt, sich entgegenstemmen, oder ob sie diese Entwicklung fördern soll. Es wird auf die Dauer nicht angehen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich in dem Streit um die Schuldfrage am Krieg erschöpft. Die Hauptsache scheint mir für sie zu sein: Was kann sie tun, um die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Existenz und in ihrer Zukunft zu sichern?

Gerade ein Sozialist sollte leichter als ein in bürgerlichen Vorurteilen oder Rückurteilen Befangener einsehen, daß die Entwicklung zu großen autarkischen Wirtschaftsgebieten die höhere Stufe der Wirtschaft überhaupt darstellt und dadurch den Weg zum Sozialismus freilegt. Hören wir doch endlich damit auf uns davon schrecken zu lassen, daß man den, der so denkt, als *Sozialimperialisten* verschreit. Gehen wir ruhig mit den Tatsachen, und wenn sie auch zum *Imperialismus* führen. Wenn (was wir alle mit Sicherheit hoffen) England sein Kriegsziel: die Niederringung Deutschlands und namentlich seiner Wirtschaft, nicht erreicht, dann kommen wir zu einem Zustand, der die Beherrschung der Welt durch ein Volk überhaupt ausschließt. Die einzelnen, wenigen, aber größeren Welteinheiten sind dann genötigt eine Abgrenzung ihrer Interessen vorzunehmen, wodurch eine gegenseitige Verständigung sicherer erreicht wird als durch jede, noch so gutgemeinte Berufung auf die europäische Kulturgemeinschaft und dergleichen. Schon die jetzigen Großstaaten zeigten ein größeres Verantwortlichkeits-

gefühl (wie man beim einzelnen Individuum sagen würde) als ehemals die kleinen Ländchen. Der Einsatz ist eben größer; mit dem steigenden Nationalreichtum steigt auch die Größe des möglichen Verlustes. Ein Vergleich mit den großen und den kleinen Gewerkschaften scheint hier nicht unangebracht. Die kleinen Raufbolde der neunziger Jahre waren schnell bereit ihre Streiklust einmal zu betätigen. Die großen Verbände ziehen die Tarifgemeinschaft vor. Nun werden in Zukunft nicht mehr Einzelstaaten sondern nur noch ganze Ländergruppen auf dem Weltmarkt mit einander ringen. Wie die Sozialdemokratie innerhalb des Staates immer für die höhere Wirtschaftsform eintritt, obgleich sie sich dessen bewußt ist, daß die Umwandlung Opfer heischt, so hat sie auch die höhere wirtschaftliche Entwicklungsstufe, die zu einer wahren und rationellen Weltwirtschaft führt, die aber gerade deshalb nicht auf einem bloßen, der Absperrung unterworfenen Welthandel sondern auf organisierten, gleichwertigen Weltreichen beruhen darf, zu fördern. Das europäische Gleichgewicht alten Stils (das die Vorherrschaft Englands und die Uneinigkeit Europas bedeutete) ist ins Schwanken geraten. Das Weltgleichgewicht muß hergestellt werden.

Die deutsche Arbeiterklasse ist aufs engste mit dem Schicksal der deutschen Wirtschaft verbunden. Gleichgültig wie der Krieg ausläuft: auf jeden Fall wird jede der beteiligten Mächte eine gewaltige Schuldenlast zu tragen haben. Die Zinsen müssen bezahlt werden. Das kann Deutschland nur, wenn es seine Produktion steigert; eine bloße andere Verteilung des Vorhandenen würde dazu nicht ausreichen. Für diese Steigerung der Produktion wie die Beschaffung der Rohstoffe müssen neue Gebiete gewonnen werden. Mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich-Ungarn und weiterhin mit Vorderasien eröffnen sich solche neuen Gebiete. Die deutsche Arbeiterklasse wird imstande sein neue Produktivkräfte erstehen zu lassen, wodurch sie selber wieder zugleich Trägerin wie Schöpferin neuer Kultur wird. Zur Entfaltung und rationellen Ausnutzung dieser neuen Kräfte ist es aber von größter Bedeutung, daß die Rohstoffe in ihren wesentlichen, für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards wie namentlich der Produktionsqualität notwendigen Bestandteilen im eigenen Land und, bei dessen ökonomischer Erweiterung, innerhalb des Imperiums zu beschaffen sind. Die Besorgnis eines parteigenössischen Schriftstellers, daß damit der Warenaustausch von Reich zu Reich gefährdet werden könnte, zeugt von einem Unverständnis für die Grundlagen einer solchen Regelung. Dieser Warenaustausch wird vielmehr noch in größerem Maßstab von Imperium zu Imperium vor sich gehen können, und gerade deshalb, weil es sich dann nicht mehr um das für die eigene Existenz Unumgängliche sondern um die Erhöhung der Produktion über dieses Maß hinaus handeln wird. Chinesische Webstoffe und japanisches Porzellan werden auch später ihren Wert für Europa behalten. Dagegen darf Deutschland in seinem Bedarf an Baumwolle oder Kupfer nicht auf andere Reiche angewiesen sein, die es durch dessen Vorenthaltung schädigen oder etwaigen Wünschen gefügig machen könnten. Und daher bleibt, auch nach dem Zusammenschluß der zusammengehörigen Kontinentalstaaten, der ungehinderte Verkehr über das Weltmeer eine Lebensnotwendigkeit für uns, und wir müssen seinen ungeschmälernten Besitz unter allen Umständen erringen. Das deutsche Kolonialreich, das die notwendige Ergänzung jenes kontinentaleuropäischen Imperiums bilden müßte,

ist ohne wahre Freiheit der Meere wertloser Ballast, bei freiem Seeverkehr wertvollste Zukunft. Gerade die deutsche Arbeiterklasse und ihre organisierte Vertretung, die Gewerkschaftsbewegung, könnte am allerwenigsten darauf Verzicht leisten. Ich brauche auf diesen überaus wichtigen Punkt jetzt nicht näher einzugehen, weil diese Dinge erst vor kurzem hier in klarer Weise behandelt worden sind.<sup>5)</sup>

Skeptischen oder kleinmütigen Kritikern gegenüber möchte ich immer wieder betonen: Ich bin mir durchaus dessen bewußt, daß der Weg zu den ange-deuteten Zielen sehr lang und sehr beschwerlich sein wird. Es sind sehr starke Widerstände vorhanden, die vor allem aus der großen Verschieden-artigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen in Betracht kommenden Ländern erwachsen. Die Sache wird sich auch aller Wahr-scheinlichkeit nach nicht so vollziehen, daß nun auf ein Zauberwort alle Schranken fallen, alle Zölle zwischen den sich zusammenschließenden Staa-ten aufgehoben werden, ein ungehemmtes Hinüber und Herüber stattfindet. Man wird hier in Etappen vorgehen und die gegenseitige Annäherung immer nur da zu völligem Zusammenschluß bringen können, wo sich in abseh-barer Zeit eine Angleichung der Produktionsbedingungen vollziehen läßt. Die Hauptsache bleibt aber die Kräfte auf dieses Ziel zu konzentrieren. Wie für die Unternehmer in den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft so er-wachsen auch für die Arbeiter gewisse Bedenken bei dieser Annäherung. Die Gewerkschaften müssen befürchten, daß die erleichterte und somit vermehrte Heranziehung fremder Arbeitskräfte aus den wirtschaftlich ange-gliederten Staaten die in hartem Kampf errungenen Lohn- und Arbeitsbedin-gungen nach unten senken könnte. Daher werden auch hier gewisse Kautelen geschaffen werden müssen. Der wirtschaftliche Zusammenschluß wird aber auch eine Ausdehnung der sozialpolitischen Einrichtungen des vorgeschrit-tenen Kernlands auf die anderen Länder bewirken. Das erheischt schon das Interesse der beteiligten Industrien, die doch auch gegen einander nicht benachteiligt werden wollen. Das wiederum ebnet den Boden für die Or-ganisierbarkeit jener fremden Arbeitskräfte, und so werden die deutschen Gewerkschaften dafür sorgen, daß sie nicht zu Lohndrückern werden. Die deutschen Arbeiterorganisationen würden sich dann bald zu größeren, wirk-lich internationalen Gebilden auswachsen und damit erhöhten Widerstand gegen etwaige Unternehmerspekulationen auf Herabdrückung ihrer Arbeiter zu leisten imstande sein. Die sozialdemokratische Partei wird die hierfür notwendigen gesetzgeberischen Unterlagen schaffen helfen müssen.

Überhaupt erwachsen wie für die deutschen Gewerkschaften so auch für die deutsche Sozialdemokratie beim Werden des ökonomischen Imperiums be-sondere, wichtige Aufgaben. Sie ist die am meisten geschulte, die theoretisch am meisten durchgebildete, die bestorganisierte Partei der Internationale. Hätte die Entente Deutschland zertrümmern können, so hätte der Sozialis-mus einen Stoß erlitten, von dem er sich in Jahrzehnten nicht hätte er-holen können. Mit Deutschlands Sicherung und Erstarkung wird auch der Sozialismus gesichert und stark. Nirgends wohl hat die sozialistische Idee im Weltkrieg solche Bestätigung und Verkörperung erfahren wie gerade

<sup>5)</sup> Siehe Kloth Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften, Winnig Die Kolonien und die Arbeiter und Severing Rohstoffversorgung und Kolonialwirtschaft, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 27 ff., und 219 ff., und in diesem Band, pag. 137 ff.

in Deutschland. Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit werden zu einem guten Teil auch in die Friedenszeit hinüber gerettet werden können. Die Sozialdemokratie wird nach dem Krieg gerade bei diesem Werk nicht abseits stehen können; sie würde ihre historische Aufgabe versäumen, wenn sie nicht dessen Trägerin würde. Die Festigung solchen sozialistischen Gedankens auch in den anderen Staaten unseres ökonomischen Kreises würde dann mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie vor sich gehen können.

Das Imperium und die Arbeiter sind also nicht zwei feindliche Extreme, wie eine veraltete Denkweise uns immer noch glauben machen will. Sie sind vielmehr beides Kräfte der Zukunft, sich gegenseitig in ihrer produktiven Wirkung stärkend. Denn für die deutsche Arbeiterklasse bedeutet das Imperium nicht etwa die Aneignung unrechtmäßigen Besitzes oder die gewaltsame Aufrechterhaltung einer, andere ausschließenden Monopolstellung (eine solche hat Deutschland nie besessen) sondern die Schöpfung neuer Arbeit, die Notwendigkeit neuer Leistung. Den ängstlichen Gemütern in parteigenössischen Kreisen, die durch dieses Programm den Weg zur Weltwirtschaft gefährdet sehen, sei nur noch einmal gesagt: Wenn die oben gezeichnete Entwicklung schon sehr viel Zukunftsmusik darstellt und nur sehr allmählich sich vollziehen wird, so gilt das natürlich noch weit mehr von dem gänzlich freien, durch keinerlei Schranken behinderten Weltverkehr. Gewiß, die ganze Welt soll es sein. Aber um das auch in späterer Zukunft zu erreichen, dazu gehört Organisation. Das ökonomische Imperium ist die Internationale der Tat. Und daher werden die Arbeiter an ihm Anteil nehmen.

XX  
**KARL LEUTHNER · DER ENGLISCHE ARBEITER  
 IM WELTKRIEG**



AB es irgendwo eine verschwiegene Hoffnung und ein heimliches Erwarten, der Widerstand der englischen Arbeiter werde der Einführung der Wehrpflicht ernstliche Schwierigkeiten bereiten, so finden sie sich schmerzlich enttäuscht. Es ist in dem Weltkrieg überhaupt nichts mit den sich selbst bestimmenden Volksgewalten. Der alte, rührende Kinderglaube der Demokraten an den starren Antimilitarismus des englischen Volks ist zerflattert und zerstoßen wie der schöne Trostgedanke der im Zarenreich stets sprungbereiten Revolution. Mit all diesen ehrwürdig verstaubten Requisiten einer weltpolitischen Phantasie von anno Tobak, die in Leitartikeln und Volksversammlungen ein wortreiches Nachleben führten, hat die unerbittliche Wahrhaftigkeit des Krieges grausam Kehraus gemacht. Man kann sich nur schwer vorstellen, wie hart diese geistige Futtermittelnot auf eine sehr weit verbreitete Abart demokratischer Ideenpropaganda drücken muß, die der Familie der Wiederkäuer angehört. Doch verwehrt bei dem Jammer der Vielzuvielen des Redepults und der Redaktionen erheitert zu verweilen die drängende Stunde. Sie legt uns vielmehr auf die unzweideutigen Bekundungen des wild entfachten Kriegsfanatismus der englischen Arbeiter mit vollem Ernst in uns aufzunehmen; an ihm bestimmt sich nicht zuletzt das Maß der Anstrengungen und Opfer, die zu tragen den Mittelstaaten noch auferlegt ist.

Warum sollen jedoch diese offenliegenden Wahrheiten noch unterstrichen, im Ausdruck noch geschärft werden? Weil wir zu sozialdemokratischen Hörern sprechen, und weil mit bewunderungswürdiger Ausdauer ein Netz der Täuschung und Selbsttäuschung um die Sinne des Arbeiters gelegt wird. In einer Reihe wichtiger Blätter werden die Ereignisse, aus denen die Stimmung der Arbeiterschaft der gegen uns kämpfenden Völker redet, ganz verschwiegen oder abgeschwächt wiedergegeben. Ganz besonders wird diese Methode geübt, sooft es sich um England und die englische Arbeiterklasse handelt. Wie kann der, der den 4. August 1914, jenen Tag, an dem die deutsche Arbeiterklasse die schlichte Pflicht der Selbsterhaltung erfüllte, als schwarzen Tag der Selbstpreisgebung der deutschen Sozialdemokratie beweint, sich mit der Kriegsbereitschaft der englischen Arbeiter so leichten Herzens abfinden (soweit er sie nicht gar in Friedensliebe umdeutet)? Die englischen Arbeiter treibt nicht das eiserne Gebot der Verteidigung ihres Volksdaseins. England rühmt sich die Herrschaft auf den Meeren unerschütterlich festzuhalten, es hat den größten Teil der deutschen Kolonien besetzt und ist und war niemals auf dem eigenen Boden bedroht. Auf dem englischen Gewerkschaftskongreß in Bristol konnte ein Redner einfach erklären: »Wenn England jetzt nicht in den Krieg gegangen wäre, so würde es dann allein von Deutschland angegriffen worden sein.« Wie wenig Sorge macht diesen proletarischen Imperialisten die zeitliche Bestimmung des »dann«; sie wissen, daß England ungenötigt, aus eigener Bewegung das Schwert ergriffen hat, daß im Sinn der Engländer der Krieg bestenfalls als Präventivkrieg gelten kann. Aber sie billigen ihn als Präventivkrieg. Noch nie hat eine Arbeiterklasse so entschlossen der Gewaltpolitik sich zugekehrt, entschlossener als der *Gewaltmensch* Bismarck, den es Vermessenheit dünkte durch den jetzt entfachten Krieg einem in unbestimmter Zukunft etwa drohenden zuvorzukommen.

Hat in den letzten Wochen noch ernsthaft ein Urteilsfähiger gemeint die englischen Arbeiter würden sich gegen die Wehrpflicht auflehnen? In Bristol war es ein Dräuen und Grollen, und noch lange danach, wenn sich irgendein Smillie oder ein Roberts über den Dienstzwang vernehmen ließ, ging es durch seine Worte wie das Schütteln der harten Arbeiterfaust. Die ewig Hoffnungsvollen horchten erleichtert auf. Aber der Erfahrene sagte sich: So ist es im Redegewerbe alter, geheiligter Brauch, daß am lautesten klappert, wer sich gerade aus dem Staub machen will. Und wahrlich, als die Entscheidung gereift war, als knapp nach Asquith' letzter Fuchsenpredigt vor den Gänsen und nach dem berühmten letzten Appell der Gewerkschaftsführer an die Arbeiter das Dienstzwangsgesetz fertig aus der Schachtel sprang: wie war es da? Die Handvoll Hendersonkrise, der Ehrensallut einer Abstimmung, dann stille, alles stille. Doch hätte Asquith auch nur ein Hauch der Sorge berührt, es könnten die Bergarbeiter mit ihrer Weigerung Ernst machen, würde er das Gesetz einzubringen gewagt haben? Die englischen Arbeiter haben die Macht zu jedem Ja und zu jedem Nein, sie können den Staat umlenken, wenn sie wollen. Nur wollen sie eben nicht, nur weiß Asquith, und wissen es all die anderen sehr wohl, daß die Friedens- und Menschlichkeitsfloskeln der Gewerkschaftstage genau so viel wert sind wie die sonst noch in England herumschwärmenden und herumlärmenden Idealisten, und daß alles zusammen vom Gewebe der britischen Weltherrschafts- und Eroberungspolitik keinen Faden je abgebissen hat.

Doch in Deutschland brechen allerhand treue Herzen. Man hatte von den Anfangstagen des Kriegs her köstliche Seelenpfänder aufbewahrt: die liebe, süße Friedensrede Ramsay MacDonalds und einiges von der Art. Es waren die letzten, schönen Reste der Internationalität. Wie sollte man sie nicht sorgfältig ausstaffiert und ziervoll angeordnet in die Schaufenster unserer Presse stellen? Darin standen sie alle Tage bis ans Ende der Zeit. Der Leser bekam sie immerfort zu sehen, mochte inzwischen die Arbeiterpartei, mochte MacDonald selbst für alles Mögliche und Unmögliches gestimmt haben, mochte seine Unterschrift unter der höchst bedenklichen Erklärung der französisch-englischen Konferenz prangen, mochte der Obmann der Arbeiterfraktion John Hodge auf dem Gewerkschaftskongreß jede Teilnahme an einer Friedensaktion abgewiesen haben, weil er mit Leuten nicht zusammentreffen wolle, deren Hände vom Blut unschuldiger Menschen befleckt seien, und weil Briten, die jetzt vom Frieden redeten, Verräter ihres Landes seien. Bekamen die Arbeiter in gewissen sozialdemokratischen Zeitungen diese Worte zu lesen? Nun wohl, versteckt in irgendeinem dunklen Winkel ihres Blattes. Und schier mußten sie glauben, es habe nur immer Ramsay MacDonald gesprochen, und nur er spräche auch weiter. Wie spotten und schmälen wir sonst tapfer über die Verzierlichung und Verniedlichung der Landesvätergeschichte in unseren Schulen. Aber die Arbeiter sind doch nicht Schulkinder sondern Männer, die ein Recht haben auf Wahrheit und nichts als Wahrheit, und es geht auch nicht um den alten Fritzen und seine Mühle oder um die Rezepte Josephs sondern um die brennendheiße Wirklichkeit des Tags, deren Kenntnis uns die Grundlage des politischen Urteils und des politischen Handelns bieten soll. Was ist auch die Kriegszensur in all ihrer holden Weisheit verglichen mit dieser Schweigekunst und Selbstverstümmelung der Wahrheit, wie sie in einigen unserer führenden Blätter betrieben wird?

Aber freilich, wer die Teilnahme der englischen Arbeiter am Krieg in ihrer wahren Gestalt sehen will, der muß als Sozialdemokrat die höchste intellektuelle Redlichkeit und einen trotzigen Wahrheitsmut bewahren. Denn da wird ein Erbgut der Sozialdemokratie vernichtet: der Glaube an die Verbundenheit des englischen Arbeiters mit dem kontinentalen, über die Schranken der Nation hinweg. Der britische Arbeiter steht ganz anders zum Krieg als sein Klassengenosse auf dem Festland. Mag diesen der Gedanke der Vaterlandsverteidigung zu der begeistertsten Zustimmung erheben, so kommt er eben doch als Soldat einer gesetzlich festgelegten militärischen Bürgerpflicht nach. An den Bürger, an den Volksgenossen wendet sich der allgemeine Heeresdienst und hebt in weitgehendem Maß die Klassenscheidungen und deren bewußte Widerspiegelung in den Seelen innerhalb des Heeresverbands auf. Dahingegen wurde bisher der britische Arbeiter Soldat nur aus freier Wahl, das heißt, da die gleiche Willensentschließung von Hunderttausenden sich nicht vollziehen kann ohne eine gemeinsame Willensbestimmung, wurde er Soldat als Ergebnis einer Agitation. Diese prägte sich in den Formen der Wahlagitation aus als in den durch die Überlieferung nun einmal gegebenen. Schmähung des Gegners, Erfindung und Ausnutzung wilder Gerüchte, Entstellung der Ereignisse in Wort und Bild rangen der Seeke den Entschluß ins Heer einzutreten ab; und diese Mittel der seelischen Überwältigung mußten sich im Vergleich zur Wahlagitation um so



mehr verschärfen, als es ein anderes ist zur Urne und wieder ein anderes in den Schützengraben zu gehen. In den Staaten und bei den Völkern des Kontinents mögen Haß und Verachtung des Feindes die Kriegshandlung begleiten, bei den Engländern bildeten beide vor allem das moralische Triebwerk der Heeresergänzung. In England muß geglaubt werden, daß der Deutsche ein Barbar sei, der Kinder und Weiber verstümmelt, daß er, selbst unter junkerlich militärischem Joch stehend, den anderen Völkern die gleiche Knechtschaft aufzuerlegen gedenke; sonst würde in den britischen Massen die Gemütsaufregung, die empörte Leidenschaft gefehlt haben, die eigentlich die Werbebureaus füllte.

Indes, nicht bloß Gegenstand dieser Agitation war der englische Arbeiter seit dem Ausbruch des Krieges, er war in ihr auch selber tätig, ja, man kann sagen: der am meisten Tätige. Seine Organisationen sind Werbezentralen geworden, seine Beamten und seine Abgeordneten Werber. So hat sich das Arbeitersein des Engländers unmittelbar mit den Einzelheiten des Kriegsgeschäfts verschmolzen. Der Krieg ist geradehin Gewerkschafts- und Parteisache, Gewerkschafts- und Parteiarbeit geworden. Als Arbeiterführer und Vertrauensträger der Gewerkschaft wirbt der Engländer, er organisiert die Munitionserzeugung, opfert ihr die Errungenschaften eines jahrzehntelangen sozialen Kampfs, besichtigt die Front, verhandelt mit den französischen Leitern der Munitions Herstellung. Sagt man, dies alles erfließe mit Notwendigkeit aus dem bisherigen System des freiwilligen Eintritts, so erkenne man doch auch die notgedrungenen Folgen dieser Notwendigkeit. Die Haßformeln der Agitation, wie sie als vollausgeprägte Glaubenssätze von den Lippen der Arbeiterführer, der Redner aller Versammlungen, aus der Feder aller volkstümlichen Schriftsteller fließen, müssen von den Wurzeln aus das Denken der Arbeiter umgeschichtet haben. Und sie haften unentreibbar, weil derjenige, den Empörung über unsere angeblichen Untaten unter die Angeworbenen trieb, in den Entbehrungen und Gefahren des Schützengrabens, in Krankheit und Verwundung den Haß starr festhalten wird, um sich die innere Gewißheit zu wahren, daß das dargebrachte Opfer an Gesundheit und Kraft gerechtfertigt war.

Die Werbetätigkeit der Vertrauensleute der englischen Arbeiter, die Verwandlung der Gewerkschaften in Instrumente der Kriegführung, der Eintritt Hendersons und Genossen in ein Ministerium Asquith-Grey, von dem sich selbst Redmonds Eitelkeit fernhielt, all dies hat freilich den Dienstzwang nicht abgewendet, aber in den englischen Arbeitern einen Niederschlag wildesten Deutschenhasses zurückgelassen, gegen den einzelne Vernünftige und der Überlieferungen des Proletariats Bewußte in Versammlungen, auf der Gewerkschaftstagung, in der Presse vergeblich ankämpfen. Wer die Aussprüche englischer Arbeiterführer zum Vergleich neben das Ungehobeltste und Ungewaschenste setzt, was jemals aus dem Mund eines deutschen Haßsängers hervorgegangen, muß einräumen, daß es nach britischen Maßstäben gemessen, ja gemessen an den Leistungen britischer Sozialisten und Gewerkschaftsführer einen deutschen Chauvinismus überhaupt nicht gibt. Wo findet man in Kundgebungen deutscher Körperschaften eine Bausch- und Bogenverleumdung der englischen Kriegführung, wie sie gegen die Deutschen gerichtet in dem Beschluß des englischen Gewerkschaftskongresses enthalten ist? Wer predigt in Deutschland den Vernichtungs-

gedanken, der in den Reden englischer Arbeiterführer immer wieder anklingt? Doch Reden und Äußerungen führender Männer und Kongreß-resolutionen mögen, wenn sie eine tiefe Übereinstimmung des Denkens und Fühlens bekunden, für die allgemeine Geisteshaltung der Arbeitermassen noch so bezeichnend und beweiskräftig sein, weit wichtiger ist doch, wie sich das geschichtlich gegebene Grundverhältnis der einzelnen Staaten zum Krieg in den Gesinnungen der Arbeiter getreu wiederholt. Hier gerade tun sich die tiefsten Gegensätze auf, Gegensätze, die sich fürs erste überhaupt kaum überbrücken lassen.


Dem deutschen Arbeiter hat die Bedrohung seines Landes die in ihm tief beschlossenen Nations- und Vaterlandsgefühle geweckt und um den großen Gedanken der siegreichen Abwehr die sozialdemokratischen Ideen der Völkerfreiheit gesammelt. Auch im Denken des französischen Arbeiters ist der Entschluß das Vaterland zu verteidigen der herrschende Zug. Daneben freilich auch der Chauvinismus, der bei ihm auch sonst unter internationalistischen Redebäumen verborgen war. Immerhin, die Stellung des Arbeiters im sozialen Kampf wird durch die Kriegshaltung der Franzosen nicht völlig verschoben. Das aber geschieht in England von Grund aus. Der Weltkrieg als der Krieg Englands ist ein Kampf um die Sicherung der Seeherrschaft und Zurückdrängung des deutschen Wettbewerbs. In beiderlei Sinn hat der englische Arbeiter den englischen Krieg bewußt zu seiner Angelegenheit gemacht, aber keineswegs aus freiem Entschluß sondern durch den Zwang seiner Lage. Es ist kein Zufall, daß die Vernichtung des deutschen Handels und die Ausschließung der deutschen Waren, die das Handelsamt im Bund mit der englischen Handels- und Industrielwelt und in Seelengemeinschaft mit den englischen Technikern organisiert, auch zur Lösung von Arbeitervereinigungen geworden ist, von denen zum Beispiel die mächtige Papiergewerkschaft überdies die persönlichen Berührungen, die gewerkschaftliche Internationale mit den deutschen Arbeitsgenossen für die Friedenszeit aufgehoben wissen will. Es ist der gleiche Kampf für die wirtschaftliche Rückständigkeit, den die englischen Unternehmer wie die englischen Arbeiter gegen die überlegenen deutschen Arbeitsmethoden ausfechten. Veraltete Maschinen, unzeitgemäße Organisationsformen, versteifte Verkaufsgebräuche stehen im Bund mit einem vielfältig in Zünftelei entarteten Gewerkschaftswesen. Und da man in ehrlicher Arbeit den deutschen Unternehmer und Arbeiter nicht überflügeln kann, will man ihn mit Gewalt niederschlagen.

Auch die englische Seeherrschaft hat ihre dem Volk zugekehrte Seite. Das britische Wirtschaftsleben ist in doppeltem Sinn vom Boden losgelöst, in dem der Ertrag der Äcker nur noch ein Sechstel des Nahrungsbedarfs deckt, und die notwendige Einfuhr in wachsendem Maß statt durch Industrieausfuhr durch den Ertrag ausländischer und kolonialer Werte, Eisenbahnen, Minenpapiere, Pensionen usw. gedeckt wird. Die bis nun erste Industriemacht der Welt beginnt unverkennbar die Züge des Rentnerstaats anzunehmen. Im überseeischen Reichtum aber sind Machtbesitz und Kapitalbesitz unzertrennlich verknüpft. Selbst der Vorsprung, den Englands Ausfuhr vor dem Krieg der deutschen gegenüber noch immer hatte, beruhte auf dem Kolonialbesitz. Rechnet man nur die Länder freien Wettbewerbs mit Abzug der Kolonien beider Staaten, so war der deutsche Handel über den

englischen bereits um ein Viertel hinausgeschritten. In wachsendem Grad wird das wirtschaftliche Gedeihen des englischen Volkes von der kolonialen Herrschaftsstellung Englands abhängig. Diese aber ist in der Seegewalt verankert. Wie die Anteile der Ausfuhr nach den Kolonien, des Rentenertrags, der indischen Pensionen, der kolonialen Unternehmungen, der Minengewinne im Nationaleinkommen sich steigern, wächst auch die Abhängigkeit des englischen Arbeiters vom kolonialen Reichtum der vermögenden Klassen Englands. Der Arbeiter wird zum Teilnehmer der Kolonialwirtschaft, ohne deren Erträge der innere Markt verkümmern müßte, weder der Gewerkschaftslohn noch die Altersversicherung aufrechtzuerhalten wäre. Im Innern der Fabrik als Ausbeuter und Ausgebeutete geschieden, vereinigen sich Unternehmer und Arbeiter von England in dem gemeinsamen Interesse die Herrschaft über Indien und Ägypten und über die Seewege dahin militärisch und maritim zu befestigen und Meerbeherrschung und Kolonialbesitz wirtschaftlich auszunutzen.

Auch der englische Krieg ist vor allem ein Machtstreit. Allein Herrschaft und Wirtschaft verflechten sich namentlich im englischen Reich aufs engste. Die Herrschaft der Briten über die See und die Kolonien stützte sich früher auf eine kleine, durch Werbung geschaffene Armee. Der Kriegssturm hat sie verweht. Nun stellt der Arbeiter zuerst als Freiwilliger sich vor den Riß, und dann läßt er die Militarisierung Englands gewähren. Der britische Weltherrschaftsgedanke findet so seine Stütze in der britischen Arbeiterklasse. Der englische Arbeiter tritt schützend vor das Monopol seines Unternehmers auf dem Weltmarkt. Bei der Weltarbeitsteilung stehen beide in einer Schlachtreihe.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX,XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
**LUDWIG QUESSEL · VOM ALKOHOLISMUS DER  
 ENTENTEVÖLKER**

OM Alkoholismus der Ententevölker sprechen und dabei über die deutschen Trinksitten schweigen heißt in diesen Tagen, wo die Schmähsucht in nationalen Dingen ihre giftigen Blüten treibt, sich dem Verdacht aussetzen, daß man wohl den Splitter im Auge der feindlichen Nation, aber nicht den Balken im Auge des eigenen Volkes sieht. Im voraus sei daher kurz bemerkt, daß diesem Aufsatz die Verherrlichung deutscher Mäßigkeit im Alkoholgenuß fernliegt. Auch von den von unseren militärischen und zivilen Behörden getroffenen Maßnahmen gegen den Alkoholismus soll hier nicht gesprochen werden. Viele von ihnen waren gut und sollten uns für die Friedenszeit erhalten bleiben. Eine kritische Darstellung aller während des Krieges von ihnen erlassenen Verordnungen kann berufenen Federn überlassen bleiben. Hier soll lediglich gezeigt werden, wie die Völker der Entente sich seit Kriegsbeginn zum Alkoholismus stellten, wie sie ihn zu bekämpfen suchten, und welche Erfolge sie dabei errangen. Dabei wird sich bald zeigen, daß das beliebte Schlagwort von der russischen Rückständigkeit in kulturellen Dingen hier nicht recht passen will und die Nationen des Westens, die an der Spitze der Zivilisation zu marschieren behaupten, alle Ursache haben aufmerksam nach dem Osten zu blicken und die Tatkraft zu bewundern, mit der dort ein altes nationales Übel aus dem Volkskörper radikal ausgeschieden wurde.



N keinem der am Weltkrieg beteiligten Staaten hat der Krieg eine so vollständige Umwälzung der Trinksitten herbeigeführt wie in Rußland. Dabei ist es aber durchaus falsch die Zwangsabstinenz auf die Initiative des Zaren zurückzuführen. Das Alkoholverbot des Zaren vom 30. Juli 1914 war lediglich als eine militärische Maßnahme für die Zeit der Mobilmachung gedacht. Erst durch die moralische Propaganda der russischen Gesellschaft, die es nicht zulassen wollte, daß der Alkohol zu irgendeinem Zeitpunkt des Krieges der Verbündete des Feindes wird, wurde aus der temporären Maßnahme eine dauernde. Auch der Gedanke der staatlich erzwungenen Abstinenz geht von der Gesellschaft aus. Schon seit langem forderten die fortschrittlichen Elemente Rußlands das Verbot des Verkaufs von Alkohol sowohl durch den Staat wie durch Private. In zahlreichen Resolutionen sprachen sich Städte und Landgemeinden zugunsten der Unterdrückung des Alkoholverkaufs aus. Schwung und Kraft erhielt diese Bewegung gegen den Alkohol, die weit mehr aus dem Mitgefühl mit den Leiden des Volkes als aus einer abstinenzlerischen Überzeugung entsprang, durch die Erkenntnis, daß kaum ein anderes Volk seiner Charakteranlagen wegen so wehrlos dem Alkohol gegenübersteht wie das russische.

In den regierenden Kreisen fanden die Anregungen zur Unterdrückung des Schnapsverkaufs wenig Gegenliebe. Der Staat fuhr ruhig fort viele Hunderte von Millionen aus der Trunksucht und Vertierung der Massen zu schöpfen. So verblieb denjenigen, die den Alkoholismus bekämpfen wollten, nur die moralische Propaganda. Diese Klänge von oben weckten ein Echo in der Tiefe. In verschiedenen russischen Städten wurden in den letzten Jahren (eine ganz neue Erscheinung in der russischen Geschichte) proletarisch-kleinbürgerliche Abstinenzzirkel gegründet, geleitet von den Bratzy, den Brüderchen, deren Mitglieder ein feierliches Gelöbniß ablegen mußten keinen Alkohol mehr zu trinken. Diese Abstinenzbewegung der Bratzy soll nach dem Urteil russischer Publizisten einen vorherrschend mystischen Charakter getragen haben. Doch sei dem wie immer. Jedenfalls zeitigte diese aus den Tiefen der Volksseele kommende Bewegung den Erfolg, daß am 31. Januar 1914 eine Kaiserliche Verordnung erlassen wurde, die die Schließung der Branntweinläden überall zuließ, wo die Mehrheit der Bevölkerung dies verlangte. Diese Verordnung war das Signal für eine Art antialkoholischer Revolte, die sich über ganz Rußland ausdehnte. Welch große Kraft dieser Kampf gegen den Alkohol stellenweise erlangte, zeigt der Umstand, daß im Gouvernement Rjasan in kurzer Zeit von 391 Verkaufsstellen 309, das heißt 73 % geschlossen werden mußten.<sup>1)</sup> Am 30. und 31. Juli 1914, den Tagen der amtlichen Ankündigung der Mobilmachung, wurde der Verkauf alkoholischer Getränke fast im ganzen russischen Reichsgebiet eingestellt. Die Regierung sah in dem Alkoholverbot, wie schon erwähnt, nur eine zeitweilige Maßregel, die die allgemeine Mobilmachung sicherstellen und beschleunigen sollte. Sobald dies Ziel erreicht war, sollte der unheilvolle Handel wieder zugelassen werden. Die enthusiastische Aufnahme des Alkoholverbots von seiten der russischen Gesellschaft verteilte jedoch diese Absicht der Regierung. Industrielle Gesellschaften, Stadtverwaltungen, Kreistage, Landgemeinden und Genossenschaften richtete-

<sup>1)</sup> Siehe Alexinskij *La Russie et la guerre* /Paris 1915/, pag. 180 f.

ten Eingaben an die Regierung den Alkoholverkauf »für die ganze Dauer des Krieges und, wenn möglich, für immer zu verbieten«. Unter diesem Druck mußte die Regierung ihre Absicht den Alkoholverkauf bald wieder aufleben zu lassen aufgeben. Am 29. August 1914 veröffentlichten die russischen Zeitungen eine offizielle Kundgebung, wonach der Zar »dem Ministerium der Finanzen angezeigt habe, daß die gegebene Situation eine Änderung der Mittel zur Einschränkung des Alkoholismus erfordert«:

»Statt der bisherigen Palliativmittel müsse man ein durchgreifendes Verfahren zur Anwendung bringen: insbesondere eine vollständige Umarbeitung des Staatshaushalts sich angelegen sein lassen, indem man als Ausgangspunkt die graduelle Auslösung der aus dem Alkoholmonopol gezogenen enormen Revenuen nimmt.«

Sehr interessant ist die Enquete, die das Finanzministerium über das Resultat der zeitweiligen Unterdrückung des Alkoholverkaufs veranstaltete. In Moskau verminderte sich nach den sehr enthusiastisch gehaltenen Berichten der Untersuchungsrichter die Zahl der Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht in dem Zeitraum vom 30. Juli bis zum 26. August 1914 um 47 % gegenüber dem gewöhnlichen Durchschnitt. In dem Stadtbezirk Simbirsk soll die Kriminalität um die Hälfte, in Orel um 80, in Odessa um 75, in Kostroma um 95 % gesunken sein. Wenn dieser erstaunliche Rückgang der russischen Kriminalität im ersten Kriegsmonat auch zu einem Teil auf den Umstand zurückzuführen sein wird, daß der größte Teil der wehrfähigen Männer nach dem Westen gebracht wurde, so bleibt doch noch immer bei der Verminderung der Verbrechen ein starker Prozentsatz übrig, den man wohl dem Alkoholverbot wird gutschreiben können. Wie die Justiz so hatte auch die Industrie sehr erfreuliche Resultate des Alkoholverbots zu melden. Zahlreiche Industrielle konstatierten, daß die Unterdrückung des Alkoholverkaufs den Ertrag der Arbeit in ihren Fabriken wesentlich gehoben hätte. Besonders in den Hüttenwerken und auf den Bauplätzen soll sich die Produktivität der Arbeit erheblich gesteigert haben. Ganz allgemein soll das Arbeitsergebnis am Montag, das in ganz Rußland immer tief unter dem Durchschnitt gestanden hat, unter dem Einfluß des Alkoholverbots die für die anderen Tage normale Höhe erreicht haben.

Trotz den günstigen Resultaten, die nach den Berichten der russischen Presse das Alkoholverbot gezeitigt hatte, versuchte die hohe Bureaucratie bald für seine Aufhebung Stimmung zu machen. Der Finanzrat Migulin behauptete in der Presse, die günstigen Wirkungen des Alkoholverbots würden wieder spurlos verschwinden, wenn es längere Zeit bestehen bleibe. Gegen diese pessimistische Auffassung machte aber die öffentliche Meinung energisch Front. Ein Schwurgericht in der Provinz gab in einem Urteil folgende Betrachtungen zum besten:

»Die Trunksucht ist schlimmer als der gegenwärtige Krieg. Die Verwüstungen des Krieges lassen sich wieder gut machen, aber vom Alkoholismus kann man nichts anderes als allgemeine Gefahren erwarten.«

Dieser in Gerichtsurteilen, Zeitungsartikeln und anderen Kundgebungen zum Ausdruck kommende Stimmung der russischen Intelligenz mußte die Regierung wohl oder übel in weitgehendem Maß Rechnung tragen. Am 4. September 1914 erschien die Verordnung, die den Verkauf alkoholischer Getränke »bis zum Ende des Krieges« verbietet. Einen Monat später richtete eine Versammlung der Union christlicher Abstinenten Rußlands ein Telegramm an den Zaren, worin sie die Aufrechterhaltung des Alkoholverbots

auch nach dem Krieg forderte. Die Antwort des Zaren an den Präsidenten der Vereinigung lautete:

»Ich habe mich bereits dafür entschieden den Verkauf von Wodka durch den Staat für immer zu unterdrücken.«

Mit wenig Erfolg versuchte die russische Alkoholindustrie sich der allgemeinen Strömung für völlige Abstinenz entgegenzustellen. Ihre Klagen fanden jedoch keinen Widerhall. Selbst die Vertreter der Mäßigkeitsdoktrin wurden von der Presse scharf angegriffen. Kein Kompromiß, keine Halbheit!, so rief man ihnen entgegen. Der Ruin der Alkoholindustrie? Nun gut. Was tun? Soll man das Volk vergiften, um die Revenuen von 5000 Wodkafabrikanten und einigen Tausend Weinbergs- und Brauereibesitzern zu retten? Kann der Verlust der Destillateure, Brauer und Winzer die große und entscheidende Wohltat aufwiegen, die für Rußland die vollständige Beseitigung der Trunksucht darstellt?

Es ist schwer zu sagen, ob die Strömung für völlige Abstinenz, die im ersten Kriegsjahr mächtig über ganz Rußland dahinrauschte, heute noch ihre alte Kraft hat. Viele Erscheinungen sprechen dagegen. In der Budgetkommission der Duma ist jüngst lebhaft Klage darüber geführt worden, daß die heimliche Herstellung und der unterirdische Vertrieb alkoholhaltiger Getränke weite Verbreitung gefunden habe. Angesichts der Tatsache, daß die Technik der Alkoholgewinnung im kleinen in Rußland sehr verbreitet ist, kann man wohl annehmen, daß die Klagen über den *unterirdischen Alkoholismus* nicht übertrieben sind. Andererseits ist aber nicht daran zu denken, daß die Regierung die Verordnung vom 4. September 1914 etwa noch während des Krieges aufheben wird. Die linken Parteien der Duma sind nach wie vor leidenschaftliche Anhänger der Zwangsabstinenz. Andererseits sind die traurigen Erfahrungen des mandschurischen Feldzugs noch zu sehr in aller Erinnerung, als daß sich die russische Heeresleitung auf ein so gewagtes Experiment einlassen könnte. Wenn zur Erstürmung der deutschen Stellungen Tausende in den Tod geschickt werden, werden die russischen Befehlshaber *aus strategischen Gründen* wohl gelegentlich das Alkoholverbot durchbrechen, um den Mut ihrer Truppen durch Verabreichung von Wodka zu beleben, im übrigen aber werden sie an der Abstinenz für ihre Truppen wahrscheinlich festhalten. Wie die Heeresleitung so werden auch die zivilen Behörden hinter der Front keine Neigung haben die Schwierigkeiten des Landes durch Freigabe des Alkoholverkaufs noch zu vermehren. Solange der Krieg dauert, werden die 150 Millionen Bewohner des Zarenreichs, soweit sie nicht imstande sind sich heimlich Alkohol zu beschaffen, wohl oder übel in der erzwungenen Abstinenz verharren müssen. Was nach dem Krieg eintreten wird, liegt allerdings noch im Dunkel der Zukunft verborgen. Immerhin kann man annehmen, daß das Alkoholverbot gegenüber den früheren Zuständen eine Grenzscheide gezogen hat, die man auch nach dem Frieden nicht völlig wird ignorieren können. Dafür spricht wenigstens die feierliche Erklärung des Finanzministers Bark in der Budgetkommission der Duma, in der er die Regierung wie folgt festlegte:

»Ich halte es für notwendig kategorisch festzustellen, daß alle Gerüchte, die der Regierung die Absicht des Wiederverkaufs von Alkohol nach dem Krieg zuschreiben, unbegründet sind. Ich erkläre kategorisch, daß die Regierung auch nach dem Kriege die Temperenzbewegung ermutigen wird, und daß eine Rückkehr zu dem status quo ante unmöglich ist.«



ANZ anders ist das Bild, das die Zustände in Frankreich uns bieten. Von einem Kampf gegen den Alkohol ist hier in den ersten Kriegsmonaten fast gar nichts zu spüren, obwohl vor dem Krieg es nicht an Stimmen fehlte, die die Bekämpfung des Alkoholismus als eine Ehrenpflicht des Staates bezeichneten. Sicher nicht mit Unrecht ist von einsichtigen Franzosen das fast vollständige Versagen der Staatsgewalt gegenüber der Gefahr des Alkoholismus als das schwärzeste Blatt in der Geschichte der französischen Demokratie bezeichnet worden. Man weiß, daß im Alkoholverbrauch Frankreich allen anderen Staaten überlegen ist. Trotzdem wagt man in Paris gegen die auch politisch sehr einflußreiche Alkoholindustrie nichts zu unternehmen. Daran hat auch der Krieg nichts geändert. Anzeichen sprechen sogar dafür, daß die Alkoholisierung der Massen während des Krieges noch größer geworden ist. Kürzlich hielt Victor Cambon vor der Société des Ingénieurs Civils de France in Paris einen Vortrag über Frankreich und die industrielle Expansion, in der er auch auf den französischen Alkoholismus als Hindernis des industriellen Aufschwungs zu sprechen kam. Seine Ausführungen verdienen hier unverkürzt wiedergegeben zu werden:

»Es bleibt mir nun noch darauf hinzuweisen, welches Hindernis sich unserer Wiedererhebung am meisten entgegenstellt, und damit komme ich zu dem letzten und betäubendsten Abschnitt meiner Ausführungen. Ich will nämlich jetzt vom Alkoholismus sprechen. Man hat schon gegen diese Geißel alles gesagt und geschrieben. Aber vielleicht haben andere das nicht beobachtet, was ich zu dieser Frage bemerken möchte. Während des Sommers 1911 besuchte ich die große Hygieneausstellung zu Dresden, die eine der sensationellsten Darbietungen der deutschen Wissenschaft gewesen ist. In einer langen Reihe waren dort die verschiedenen Gifte und ihre Wirkungen ausgestellt, mit denen die Menschen sich das Vergnügen der Selbstvergiftung zu machen pflegen. Der Alkohol stand dabei an erster Stelle. An der Wand hatte man eine Reihe von Figuren abgebildet, deren Größe dem Verbrauch eines jeden Landes pro Kopf der Bevölkerung entsprach. Man sah dort in steigender Größe den Alkoholverbrauch der skandinavischen Länder, Spaniens, Italiens, Deutschlands, Englands, der Schweiz und Belgiens. Weit überragend und zwar bis fast zur Decke reichend stand allen überlegen Frankreich da, und dabei fügte der Statistiker noch hinzu, daß er bei seiner Aufstellung noch nicht einmal den Alkoholverbrauch berücksichtigt hatte, der sich auf nicht gereinigten Alkohol beziehe. Neben diesen Darstellungen zeigte eine Kreidezeichnung einen Alkoholiker, der sich in den Zuckungen des Delirium tremens befand. Man hatte diesem Unglücklichen als zarte Aufmerksamkeit das Gesicht und die Kleidung eines französischen Arbeiters gegeben. Eine gewaltige Menge drängte sich, um dieses Schauspiel zu sehen. Ich betrachtete sie und hörte lange zu. In den Blicken der Zuschauer und in ihren Worten mischte sich das Mitleid mit der Begehrlichkeit, aber letztere Empfindung überwog durchaus. Das ist ein degeneriertes Volk, sagten die Teutonen, das sich nicht verteidigen kann; morgen wird Frankreich uns gehören [?]. Damals empfand ich zum erstenmal jenes Bewußtsein, daß ein Einfall mehr oder weniger nahe bevorstehe, aber sicher sei. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß unsere Feinde die einzigen sind, die unsere Zukunft in dieser Weise beurteilen. Seit 7 Monaten bin ich dauernd unterwegs bei unseren Freunden und bei den Neutralen. Alle haben nicht ohne Erstaunen unsere heroische Haltung bewundert. Sie glaubten, daß wir der Vernichtung geweiht seien. Ein jeder von ihnen fragt sich jedoch, ob wir aus dieser Prüfung als ein neues Volk hervorgehen werden, oder ob wir in die Fehler wiederum verfallen werden, die uns zum Abgrund führten. Der Alkoholismus beunruhigt unsere Freunde besonders. Es gibt keinen einzigen unter ihnen, der mich nicht ängstlich gefragt hätte: Werdet ihr euch nicht endlich vom Alkohol befreien? Worauf wartet ihr noch, seht ihr nicht, daß ihr im Begriff seid daran zugrunde zu gehen? Inzwischen bleibt bei uns diese Geißel ganz unangefochten. Es wird aber in Zukunft alles, was wir versuchen werden, um unsere zerstörten Städte wieder aufzubauen, um unserm Land sein früheres Geheihen wiederzugeben und seine Achtung und einstige Größe, unfruchtbar bleiben,

wenn wir nicht jenes krebsartige Geschwür austilgen, das am französischen Volkskörper nagt und das niemals zuvor uns grausamer hat leiden lassen. Sie sind alle Zeugen trauriger Ereignisse an verschiedenen Plätzen Frankreichs gewesen. Ich selbst habe vor wenigen Jahren in der Normandie in einem weit abgelegenen Städtchen eine neue Fabrik gesehen, die von ihrem Besitzer verlassen und abgebrochen worden ist, weil er in dieser Gegend keine anderen Arbeiter als Trunkenbolde finden konnte. Ich habe in der Bretagne Dörfer gesehen, wo 40 % der zum Militärdienst Ausgehobenen zurückgeschickt werden mußten: traurige Opfer des Alkoholismus ihrer Eltern. Die übrigen stehen jetzt an der Front. Aber wie viele werden von ihnen zurückkommen. Dann werden die Bretonen mit diesen 40 % menschlichen Abschaums ihr Geschlecht weiter fortsetzen. Ich habe erst vor kurzem in den Vorstädten Urlauber, Rekonvaleszenten und Verstümmelte in bunter Reihe mit Frauen und Kindern sich betrinken sehen, und zwar derartig, daß sie wie leblose Massen über Tische, Stühle und zerbrochene Krücken gefallen sind. Ich habe kürzlich allerdings auch in Moskau an einem Feiertage 3000 Muschiks sinnlos betrunken an den Mauern des Kreml liegen sehen; aber ich habe jene großzügige Handlung des Zaren mit Bewunderung begrüßt, der mit einem Federstrich in seinem ganzen Reich den Alkohol unterdrückte, der dem Staatsbudget etwa 1400 Millionen einbrachte. Niemals gab es eine günstigere Gelegenheit, um dieses Ungeheuer, den Alkohol, zu vernichten. Unser glorreicher Oberbefehlshaber hat das wohl begriffen, indem er nach dem Vorbild Nikolaus' II. schnapsähnliche Getränke im Kampfgebiet streng verboten hat. Unsere öffentlichen Behörden bleiben jedoch untätig. Sie haben zwar ein Gesetz vorgeschlagen, das aber das Unheil nur wenig vermindern wird. Jeder Mensch, der über diese Dinge Bescheid weiß, ist sich auch bewußt, daß dieser Gesetzentwurf nur etwas Außerliches darstellt, um über den Mangel an Energie bei der Unterdrückung des Übels hinwegzutäuschen. Es handelt sich um nichts anderes als um eine Täuschung. Viele Monate trennen uns vielleicht noch von dem Ende des Krieges. Es wäre zu wünschen, daß der Trieb zur Selbsterhaltung in Frankreich ein energisches Aufrufen hervorrufen würde, um jene Mächte des Todes zu besiegen, die der Feind gegen uns ins Feld führt. Unsere Pflicht ist es daran mit aller Kraft zu arbeiten. Wir werden zweifellos Deutschland besiegen. Wenn wir aber nicht so bald als möglich den Alkohol unterdrücken, so wird der Alkohol sehr bald uns zum Erliegen bringen.«<sup>2)</sup>

Es scheint überflüssig den klaren Ausführungen Cambons etwas hinzuzufügen. Nur darauf möchte ich aufmerksam machen, daß in Frankreich Stimmen laut geworden sind, die es ganz entschieden in Abrede stellen, daß das von Cambon erwähnte Alkoholverbot Joffres im Kampfgebiet wirklich zur Ausführung gelangt. In dem bekanntlich sehr akademisch gehaltenen Journal des Débats wandte sich am 8. Februar dieses Jahres ein Anonymus an hervorragender Stelle gegen die Herrschaftsgelüste der »Destillokratie«: »Es ist weder demokratisch noch patriotisch Soldaten mit Alkohol vollzupumpen, bevor man sie ins Feuer oder nur ins Depot schickt.«

Das erweckt nicht gerade den Eindruck, als ob dem Alkoholverbot Joffres eine große Wirksamkeit beschieden wäre. Noch schlimmer als an der Front wird es wohl hinter der Front aussehen. Dafür sprechen die unzähligen Eingaben der Vereine und Körperschaften, in denen eine verschärfte Gesetzgebung gegen die Trunksucht gefordert wird. In der denkwürdigen Kammer Sitzung vom 1. Februar dieses Jahres machte sich der Kriegsminister Gallieni zum Befürworter aller jener Eingaben, deren Forderungen übrigens auch von der Mehrzahl der französischen Blätter vertreten werden. Und der Erfolg? Nach einem Telegramm vom 10. Februar hat die Regierung sich den Beschwerden der Wirte von Marseille unterworfen. Den Urlaubern ist der Alkohol in vollem Umfang freigegeben worden. Alkoholindustrie und Schankwirtschaft sind wieder einmal Sieger geblieben.

<sup>2)</sup> Siehe Cambon Frankreich und die industrielle Expansion, deutsch wiedergegeben in der Kolonialen Rundschau, 1915, pag. 501 ff.



**F**BENSO wie die französische hat sich bisher auch die Demokratie Englands zu energischen Maßregeln gegen die Alkoholgefahr nicht aufschwingen können. Die einzige Maßregel mit antialkoholischer Tendenz, die England zu verzeichnen hat, ist die Kriegsteuer auf Bier, die dem Staat jährlich rund eine Drittelmilliarde Mark einbringen soll. Wenn man aber den Klagen und Anklagen trauen darf, die jüngst in der Gesellschaft zum Studium der Trunksucht erhoben wurden, so scheint die Kriegsteuer auf Bier keinen günstigen Einfluß auf den englischen Alkoholismus ausgeübt zu haben. Dr. Armstrong-Jones führte nach Zeitungsberichten aus, daß seit Kriegsbeginn die Trunksucht in manchen Schichten der Arbeiterschaft, besonders bei den Frauen, bedenklich zugenommen habe. Auch in der Armee soll der Alkoholismus um sich greifen. Die Mäßigkeit, die in den letzten 15 bis 20 Jahren in der alten regulären Armee zur Herrschaft gelangt war, soll verschwunden sein. Die Alkoholindustrie habe, so klagt man, die Armee qualitativ verschlechtert.

Vielfach ist auch Klage darüber geführt worden, daß der Alkohol bei der Anwerbung von Freiwilligen eine unheilvolle Rolle spiele. In dieser Hinsicht ist es kennzeichnend für die britische Demokratie, daß am selben Tag, an dem in England die Unverheirateten auf Grund des neuen Wehrgesetzes zum Heeresdienst einberufen wurden, an dem also der Alkohol als Helfer bei der Werbung seine Rolle ausgespielt hatte, Lloyd George seinen Staatsstreich gegen den Whisky zur Ausführung brachte. Zugleich mit der Meldung, daß durch Königliche Verordnung alle Unverheirateten unter die Fahnen gerufen seien, ging aus London die Nachricht ein, daß die Regierung sämtliche Whiskyfabriken übernommen habe, die zukünftig Munition herstellen sollen. Man kann im Zweifel darüber sein, ob dieser antialkoholische Staatsstreich die gewünschte Wirkung haben wird. So leicht wird der freie Brite sich das verfassungsmäßige Recht sich mit Whisky vollzupumpen nicht aus der Hand winden lassen. Zunächst werden wohl alle Whiskyhändler aus ihren Vorräten anständige Kriegsgewinne realisieren. Ehe diese aber gänzlich erschöpft sind, wird die stürmische Nachfrage wohl schon eine neue Produktion ins Leben gerufen haben. So wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in England die Destille über die demokratische Staatsweisheit triumphieren, und Rußland unter den Ententestaaten das einzige Land bleiben, das auf dem Gebiet der Bekämpfung des Alkoholismus im Krieg Erfolge aufzuweisen hat.

XX  
**JULIUS KALISKI · STEUERPROBLEME**


**F**IS war ein Verhängnis, daß der Beginn der Schutzzollära im Deutschen Reich mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes zusammenfiel. Das Urteil der Arbeiterschaft über die Wirtschaftspolitik wurde so lediglich durch den politischen Kampfstadium bestimmt, und schließlich bildete sich die Auffassung heraus, die auch noch lange nach der Aufhebung des Ausnahmegesetzes vorherrschte: die Verfolgung und Knebelung der jungen sozialistischen Organisationen sei nicht zuletzt erfolgt, um die Massen an einem Widerstand gegen die Einführung und Erhöhung von Zöllen zu verhindern. Aber je länger je mehr hat man in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften die Schutzzölle mit anderen Augen ansehen gelernt; der beispiellose wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands

nach Abkehr vom Freihandel war so sinnfällig, daß es immer schwerer wurde in Industrie- und Agrarzöllen nur indirekte Steuern, die das Leben der weiten Volksschichten belasten, zu erblicken. So stark in der Beurteilung von Zollfragen überkommene Anschauungen noch immer sein mögen, niemand kann die fruchtbare Wirkung unserer Schutzzölle auf die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens leugnen.

Nur 40 Jahre zurück liegt die Zeit, in der die deutsche Industrie nicht bloß in dem Zustand bescheidener Anfänge war sondern auch in schlechter Verfassung, mit ungünstigen Aussichten dastand. Überlegene Konkurrenz des Auslands auf allen entscheidenden Gebieten ließ die Wettbewerbsfähigkeit nicht aufkommen. Eine gequälte, kleinbürgerliche Atmosphäre, Kapitalarmut und Auswanderung. Dazu eine Landwirtschaft, die in steigendem Maß mit dem Weizenangebot Amerikas und der Roggenausfuhr Rußlands rechnen mußte, wobei unter Ausnutzung des Neulands jenseits des Ozeans und der Hungerwirtschaft in Rußland die Getreidepreise sich so gestalteten, daß die Bewirtschaftung deutschen Bodens immer weniger gewinnbringend wurde, gleichviel ob es sich um Groß-, Klein- oder Mittelbesitz handelte. Unter derartigen Verhältnissen hätte die Fortsetzung des Freihandels wirtschaftliche Lähmung, Unterbindung jeder innern Entwicklung bedeutet, kurz, Ergebnisse gezeitigt, die das Leben der Nation eingeschnürt und vor allem den Arbeitern jede Aufstiegsmöglichkeit genommen hätten. Besonders die Gewerkschaften wissen aus ureigener täglicher Erfahrung, daß hinter dem Zollschutz sich nicht industrielle Unfähigkeit und Untätigkeit breitgemacht hat, sondern daß durch unermüdliche und intensive Durchbildung und Verbesserung der Arbeitsmethoden eine ständige Steigerung der Leistungsfähigkeit angestrebt wurde und äußerst erfolgreich weiter angestrebt wird. Die Zölle erwiesen sich also als Maßnahmen des Schutzes und sodann der Sicherung einer Gleichmäßigkeit der Produktionsführung, die erforderlich ist, um unberechenbare Schwankungen durch Einflüsse, die sich der Bestimmung des eigenen Landes entziehen, zu verhüten. Auf dem so beschaffenen Boden konnte die deutsche Arbeiterschaft das werden, was sie geworden ist; aus der Wahrnehmung ihrer Interessen als Produzenten entstanden und wuchsen die Gewerkschaften. Sollte wirklich in Deutschland von Arbeitern die Meinung vertreten werden, unsere Maschinenfabrikation zum Beispiel wäre ohne Schaden oder gar zum Vorteil des deutschen Volkes zu entbehren, wenn wir dafür die Möglichkeit gehabt hätten ausländische Maschinen noch etwas billiger einzuführen? Und was für den Maschinenbau gilt, trifft natürlich ebenso auf zahlreiche andere Gewerbebezüge zu. Aber die landwirtschaftlichen Zölle waren manchen Kreisen auch dann noch oft ein Stein des Anstoßes, wenn sie die Zweckmäßigkeit von Industriezöllen bereits eingesehen hatten. Nun soll die Frage unerörtert bleiben, ob ohne landwirtschaftliche Zölle, mit deren Einführung die heimische Erzeugung mächtig zunahm, den Verbrauchern auf lange Zeit hinaus wesentlich billigere Lebensmittel des Auslands zugeführt worden wären; denn die gewaltig gesteigerte Produktion des Inlands hat nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage in gewiß nicht zu unterschätzender Weise auch preisdrückend gewirkt. Doch ganz abgesehen davon, ist die Förderung der Landwirtschaft aus wirtschaftlicher und politischer Selbsterhaltung ein unausweichliches Gebot gewesen. Kein Volk, das seine Ernährung durch Produktion im eigenen Land zu schaffen die

technische Möglichkeit hat, wird ungestraft seine Lebensmittel darum aus fremder Hand beziehen, weil sich die Beschaffung im Augenblick, in Geld ausgedrückt, etwas billiger zu stellen scheint. Nie wäre die Entfaltung der Wirtschaftskräfte Deutschlands ohne die Erstarkung unserer Landwirtschaft möglich gewesen. Und nicht nur, weil wir den größten Teil der Ernährung des Volkes durch eigene Erzeugung zu decken vermochten, also vom Ausland unabhängig wurden. Die Landwirtschaft hat, wie bei manchen Wirtschaftsbetrachtungen offenbar übersehen wird, in weiten Teilen des Reichs blühende Produktionsstätten geschaffen, wo ohne fürsorgliche Wirtschaftspolitik unlustiger und krüppelhafter Betrieb vegetieren würde. Sie hat nicht wenig dazu beigetragen den großen innern Markt zu schaffen, über dessen Aufnahmefähigkeit wir allen Grund haben froh und stolz zu sein.

Es gibt Leute, die ein volksgefälliges Werk zu treiben glauben, wenn sie eine gewaltsame Trennung zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten herausarbeiten und predigen. Die Wirklichkeit kennt diese Scheidung nicht, die denn auch unmöglich ist. Wer die Forderung erhebt, daß der Staat Konsumentenpolitik zu treiben hätte, sollte sich nur bemühen an die eben angedeuteten wirtschaftlichen Zusammenhänge zu denken, um zu erkennen, daß ein Volk Produktionspolitik treiben muß, also für die Produktivität der Wirtschaft zu sorgen hat, wenn es die Grundlagen seiner Existenz nicht preisgeben will. Bei einiger Überlegung wird man sich nicht nur aus wirtschaftlichen und politischen sondern auch aus ethischen Gründen scheuen eine Verbraucherpolitik zu fordern; denn der Verbraucher ist doch keineswegs, am wenigsten im sozialistischen Sinn, die Idealgestalt. Ausgang und Mittelpunkt jeder Politik, die mit einer Zukunft rechnet und die Organisation der Arbeit will, muß das Streben nach Erhöhung und Sicherung der Produktion sein.

CHEIDEN die Schutzzölle als indirekte Steuern aus, so bleibt der Rest von Verbrauchsabgaben und Finanzzöllen (Zucker, Bier, Tabak, Spiritus, Kaffee, Tee, Kakao usw.), die zwar gleichfalls heftig befehdet wurden, jedoch in den Kämpfen gegen die indirekte Besteuerung nur eine untergeordnetere Rolle spielten, zum mindesten nicht in erster Reihe standen. Die Fragen der Geldbeschaffung, die das Reich zu lösen hat, lassen alle Diskussionen über Steuerwesen wieder aufleben. Aber selbst der Weltkrieg dürfte den Charakter der Auseinandersetzungen über die bevorstehenden Steuervorlagen nur wenig ändern, wenn nicht an Stelle der sonst in Steuerr Diskussionen überkommenen und beliebten Schlagworte sachliche Untersuchungen und Erwägungen treten werden. Zunächst muß eine Klärung darüber erfolgen, wonach Steuern zu bewerten sind. Als Sozialisten können wir nur die Antwort finden: nach dem Zweck für das Staatsganze und nach der Wirkung auf die Produktion, nach den Folgen der Steuer für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Folgt man diesen Richtlinien, dann zeigt sich, daß die Trennung der Steuern in direkte und indirekte sich zumeist an ein rein äußerliches Merkmal klammert, nämlich an das der Erhebungsart. Wird nun bei sozialistischer Denkweise der Wert einer Besteuerungsart sich danach richten dürfen, wie die Einziehung der Steuer erfolgt?

Nach den politischen Überlieferungen gelten der Demokratie nur direkte Steuern als dem Gemeinwohl förderlich. Doch auch diese Theorie hat seit

langem einen Bruch. Der Grundsatz die großen Vermögen und Einkommen nach voller Gebühr zur Steuerleistung heranzuziehen behält natürlich nach wie vor, und während des Krieges und nach ihm erst recht, seine Gültigkeit. Aber auch die Sozialdemokratie ohne Unterschied der Richtung hat erkannt, daß das Maß direkter Besteuerung seine Grenzen hat. Das bedingt schon die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse, der mit einer so kräftigen Besteuerung des Unternehmergewinnns, daß dadurch eine ausreichende Kapitalanhäufung verhindert wird, nicht gedient sein kann, weil das mit Unterbindung der Unternehmungslust, also mit Stockung einer Ausdehnung gewerblicher Tätigkeit gleichbedeutend wäre. Neben den ungeheuren Summen, die während des Krieges bisher durch Anleihen aufgebracht wurden und weiter aufzubringen sein werden, werden große Summen zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, erforderlich sein. Außerdem steht das Reich vor der Notwendigkeit Ausfälle der für Friedenszeiten vorgesehenen Einnahmen durch neue Steuern auszugleichen. Die Regierung hat jetzt eine Reihe von neuen Steuern vorgeschlagen: außer der Kriegsgewinnsteuer Erhöhungen der Tabakabgaben, Einführung eines Quittungsstempels mit Quittungszwang (unter Aufhebung der Schecksteuer), Ausdehnung und Steigerung des Frachturkundenstempels, Erhöhung des Inlandspostportos sowie der Telephongebühren. Man glaubte, solange der Krieg tobe, an die Erledigung der großen und grundlegenden Steuerfragen im Reich nicht herantreten und sich einstweilen mit kleinen Mitteln behelfen zu sollen. Ob diese Art des Vorgehens wirklich unausweichlich war, ob sie geeignet ist eine systematische Steuerreform einzuleiten, ob sie sie nicht vielleicht gar erschwert, soll im Zusammenhang dieses Artikels unerörtert bleiben. Vielleicht wäre es besser gewesen vorderhand von neuen Steuervorlagen ganz abzusehen. Denn daß man bei der Inangriffnahme einer großzügigen Steuerpolitik gerade jetzt vor sachlichen Schwierigkeiten stünde, ist zuzugeben. Monopole, die ergiebigsten Steuerquellen der Zukunft, lassen sich nur nach reiflicher Prüfung und in Ruhe durchführen; bei der Schaffung neuer direkter Steuern im Reich (wenn man die Kriegsgewinnsteuer, die im nächsten Jahr zur Erhebung gelangen wird, außer Betracht läßt) ist mit der Tatsache zu rechnen, daß neben dem Reich die Einzelstaaten und Kommunen nicht weniger enorme Geldbedürfnisse haben und teils schon zu erheblichen Erhöhungen direkter Steuern geschritten sind oder demnächst schreiten müssen. Im Verhältnis zu den Anforderungen, die die Kommunen an die Steuerkraft zu stellen genötigt sind, halten sich die Steuerzuschläge der Einzelstaaten in einem bescheidenen Rahmen. Dazu tritt der Umstand, daß die Vermögensverhältnisse vornehmlich der mittleren, nicht großkapitalistischen, aber als vermögend angesehenen Kreise eine erhebliche Verschiebung erfahren haben, was zu mancherlei falschen Schätzungen der Steuereinkünfte führen könnte. Bei einer Vergleichung der Steuerpolitik des Deutschen Reichs mit der des Auslands muß die Teilung der Besteuerung auf Reich, Staat und Kommunen natürlich berücksichtigt werden; bei der Betrachtung mancher Kriegsreform der direkten Besteuerung des Auslands sollte nicht vergessen werden, daß eine Steigerung des kommunalen Steuerzuschlags von 50, 60 % und darüber neben Erhebung der staatlichen Steuerzuschläge eine ansehnliche Erhöhung der direkten Steuer darstellt, besonders, wo die kommunale Einkommensteuer schon 200 % der staatlichen Einkommensteuer und mehr betrug. Trotz der traditionellen Ab-

lehnung indirekter Steuern durch die Sozialdemokratie hat ihre Haltung in dieser Frage nicht nur, wie schon erwähnt, in der Theorie sondern auch in der Praxis Durchbrechungen erfahren; es bedarf nur des Hinweises auf die Annahme der Tantiemensteuer und der Wertzuwachssteuer. Was für diese Entscheidung maßgebend war, liegt nahe. Die Sozialdemokratie sagte sich, daß bei Gewinnen aus Aufsichtsratsstellen in Aktiengesellschaften und bei Grundstücksverkäufen die Steuerschraube zu besonderer Arbeit ange-setzt werden kann, ohne berechnete Interessen der Steuerträger zu schädigen oder gar die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. So zeigt sich drastisch, wie die Grenzen der direkten und indirekten Steuern verschwimmen. Es gibt sogar im Reich Steuern, bei denen (es ist zum Beispiel die Erbschaftssteuer zu erwähnen) darüber gestritten wurde, ob die Steuer eine direkte oder indirekte ist. Das Hauptgewicht wird bei allen Steuern darauf zu legen sein, wie sich ihre Wirkung auf das Wachstum der Produktivkräfte gestaltet; denn über die Notwendigkeit der neuen Steuern selbst bestehen keine Meinungsverschiedenheiten. Würde nach diesem Grundsatz verfahren, dann könnte endlich S y s t e m in die Finanzwirtschaft des Reichs gebracht werden, die bisher aus einer bunten, jetzt nur erweiterten Reihe von Steuern besteht, deren Auswahl allein davon abhing, welche Besteuerungsgelegenheit sich gerade bot.

Gegen die Schaffung indirekter Steuern pflegt man neben anderen Einwänden namentlich den zu erheben, daß sie von Industrie und Handel auf ihre Abnehmer abgewälzt werden; gerade darin soll ihr schwerster Nachteil bestehen. Damit sind wir bei der Abwälzungstheorie angelangt, die eigenartige Wege wandelt. Vorerst muß einmal festgestellt werden, daß j e d e Steuer, die von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Verkehr zu zahlen ist, abgewälzt werden kann; es gibt keine Steuer, die nicht abwälzbar ist. Man müßte den direkten Steuern geheime Kräfte andichten, wollte man von ihnen behaupten, daß ihnen die Eigenschaft innewohnt nicht abgewälzt werden zu können. Bei allen Unternehmungen sind die direkten ebenso wie die indirekten Steuern Handlungskosten, die bei der Kalkulation ganz gleich gewertet werden. Jede indirekte Steuer bringt zunächst eine Verteuerung der Produktions- oder Vertriebskosten, wenn nicht durch technische Verbesserung oder Minderung der Absatzkosten ein Ausgleich eintritt. Aber nicht jede Vergrößerung der Produktionskosten kann als eine Gefährdung der Produktion angesehen werden. Wäre das der Fall, so müßte auch jede Lohnsteigerung, die eine Erhöhung der Herstellungskosten verursacht, als produktionsstörend betrachtet werden. Alle Tatsachen des Wirtschaftslebens legen gegen eine derartige Annahme beredtes Zeugnis ab; wir sehen überall, daß die Leistungsfähigkeit aller Industrien stets von Lohnerhöhungen begleitet war und untrennbar mit ihnen verbunden ist. Oft sind Lohnerhöhungen sogar Voraussetzung technischer und kaufmännischer Verbesserung der Organisation. Gegenüber der Produktionsverbilligung durch organisatorischen Ausbau verschwinden vielfach die Wirkungen preisteigernder Faktoren.<sup>1)</sup> Also auch die Möglichkeit, daß indirekte

<sup>1)</sup> Zur Produktionsverbilligung ein Beispiel: Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft erklärte in ihrem Bericht für das Jahr 1906-1907, daß durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden und die intensivere Tätigkeit der Arbeiter die Erhöhung des Umsatzes um etwa 20% bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeiterzahl um 10% ermöglicht worden war. Für 1912-1913 wurde die Steigerung des Umsatzes bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeiterzahl ebenfalls durch die Verbesserung der Fabrikationsmethoden erklärt.

Steuern wie Lohnerhöhungen zu Preisauflägen führen können, reicht an sich in keiner Weise aus, um indirekte Steuern als wirtschaftlich schädlich zu verwerfen. Noch ist aller Welt in Erinnerung, daß fast immer die Fortführung der Sozialpolitik von sozialpolitisch unwilligen Elementen mit der Versicherung bekämpft worden ist, das deutsche Wirtschaftsleben vermöge eine derartige Belastung nicht zu ertragen. Dagegen ist von der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und den sozialpolitisch einsichtigen Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft stets betont worden, daß Aufwendungen für sozialpolitische Zwecke bei jedem Unternehmen als ein Teil der Produktionskosten aufgefaßt werden müssen, und die dazu erforderliche Steigerung der Produktionskosten um so leichter zu tragen sein werde, als die Wirkung sozialpolitischer Maßnahmen Werte schaffe, aus denen die Gesamtwirtschaft überaus reiche Vorteile ziehe. Die Aufwendungen für sozialpolitische Einrichtungen, aufgebracht durch Steigerung der Produktionskosten, sind nicht nur Leistungen für Arbeiterwohlfaht sondern dienen in eminentem Maß dem Staatsganzen, indem sie die Arbeiter widerstandsfähiger machten, sie der Produktion als Arbeitskräfte vielfach besser und länger erhielten und die Kaufkraft großer Volksschichten durch Gewährung von Krankengeldern, Renten usw. vor Schwächung bewahrten, die früher mit Erkrankungen, Unfällen und Arbeitsunfähigkeit unbedingt verbunden war. Daß damit alle nur irgend denkbaren ungünstigen Wirkungen erhöhter Produktionskosten überreichlich aufgewogen worden sind, wird niemand bestreiten. Die sozialpolitischen Einrichtungen haben sich übrigens weit darüber hinaus als wertvolle Träger des Gemeinwohls erwiesen; sie waren (der Krieg erbrachte deutliche Beweise dafür) ein Jungbrunnen körperlicher und geistiger Volkskraft. Schließlich erweisen sie sich auch noch als Kapitalreservoir; bei der Übernahme von Kriegaanleihe haben unsere sozialpolitischen Anstalten in vollem Maß mitwirken können, sie verfügen auch für künftige Anleihen weiter über große Summen.

Seit Lassalle seine berühmte Anklage gegen das System der indirekten Steuern erhob, hat nicht nur die Einführung direkter Steuern in Deutschland, vor allem in Preußen, erhebliche Fortschritte gemacht, auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen Lassalle ausging, veränderten sich mit der großkapitalistischen Entwicklung und dem Entstehen umfassender Arbeiterorganisationen gründlich. Wie ich gerade unlängst hier in der Rundschau bei Erwähnung des Projekts einer Kohlensteuer und des privaten Steuersystems in der Schuhindustrie zu bemerken Gelegenheit hatte, würde man über Steuerfragen ohne Zweifel viel ruhiger und sachlicher verhandeln, wenn man dabei an die Wirkungen der Preisbestimmungen durch die Kartelle denken wollte.<sup>2)</sup> In der Tat ist die Steuerhoheit des Reichs auf dem Gebiet indirekter Abgaben in ihrer praktischen Wirkung sehr gesunken gegenüber der Steuerherrschaft unserer Kartelle, Syndikate, Konventionen, kurz aller möglichen Wirtschaftsverbände, die durch Zusammenschluß der maßgebenden Unternehmungen die Preisbestimmung für Waren ihrer Gewerbebezüge zu meistern imstande sind. Über die Einführung einer noch so bescheidenen indirekten Steuer im Reich oder über die kleine Erhöhung einer bestehenden Abgabe werden die eingehendsten und heikelsten Untersuchungen angestellt,

<sup>2)</sup> Siehe die Rundschau Wirtschaft in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 111 f.

denen dann entsprechende Verhandlungen im Bundesrat und Reichstag folgen, während in der Presse und in den Versammlungen über die in Betracht kommenden Fragen vielleicht noch gründlicher diskutiert wird. Ganz anders stellt das Bild sich dar, wenn ein Kartell eine viel höhere Steuer zum Zweck der Steigerung des Gewinns seiner Mitglieder (oft wird es sich um die selbe Ware handeln, die Steuergegenstand des Reiches ist oder war) ausschreibt. Das geschieht in höchst einfacher Form: Es erfolgt ein wortkarger Beschluß der Kartellverwaltung, daß die Preise eine Erhöhung von so und so viel Prozent erfahren, die Kunden werden davon benachrichtigt, und schließlich verzeichnet die Handelspresse die Meldung, daß dieses oder jenes Kartell eine Preiserhöhung beschlossen hat. Widerspruch der Verbraucher gegen die Kartellanordnung bleibt wirkungslos, wenn er überhaupt erhoben wird, was in den seltensten Fällen geschieht. So spielen sich die Dinge jahraus jahrein ab. Nicht nur die Verbände der Schwerindustrie gehen diesen Weg. Ihre Praxis war das Vorbild für zahlreiche Verbände aller anderen Industrien, und jetzt ist die souveräne Preispolitik, die früher die Eigenart der schwerindustriellen Organisationen war, von Verbänden kleiner und mittlerer Industrien vielfach überholt worden. Man kann die Märkte für die die Preisbestimmung nicht durch Organisationen vorgenommen wird, sehr rasch aufzählen; ihre Reihe ist gar nicht mehr lang. An diesen Gang der Dinge gewöhnte sich die Öffentlichkeit überraschend schnell; mit Selbstverständlichkeit nimmt sie die Mitteilung hin, daß Kohlen, Hüte, Bleistifte, Gummibänder, Wäsche, Streichhölzer usw. im Preis durch Beschluß eines Fabrikanten- oder Händlerverbands erhöht und wieder erhöht werden, nicht nur unter den ungewöhnlichen Verhältnissen des Krieges sondern ebenso in den ruhigsten Zeiten des Friedens. Aber Klagerufe ertönen, wenn das Reich nur einen Bruchteil einer einzigen dieser, von einem Fabrikanten- oder Händlerverband erhobenen Steuern für Staatszwecke einfordert. Man könnte den Schluß daraus ziehen, daß dem Privatkapital lieber gesteuert wird als dem Staat. Vielleicht läßt sich diese Erscheinung aber darauf zurückführen, daß über die Steuerhoheit der Organisationen des Privatkapitals nur mangelhafte Vorstellungen verbreitet sind, und bei ebenso mangelhaften Begriffen von der Idee des Staates die Steuererfordernisse des Staates als drückende Ansprüche einer anmaßenden Obrigkeit angesehen werden. Staatstätigkeit, deren Durchführung auch die Erhaltung indirekter Steuern gilt, hat, was anscheinend oft dem Gedächtnis entfällt, auch die Grundlagen geschaffen, die den Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens ermöglichten; die Steuern, die für Zwecke des Staatsganzen in Deutschland entrichtet wurden, haben sich, um es kraß zu sagen, bezahlt gemacht.

**N**OCH nie hat ein Staat auch nur annähernd so gewaltige Geldmittel für Staatszwecke aufzubringen gehabt wie es die kriegführenden Länder gegenwärtig und nach dem Krieg zu tun genötigt sind. Alle zweckmäßigen Steuerquellen müssen daher erschlossen werden. Daß mit direkten Steuern allein im Deutschen Reich die Aufgaben nicht gelöst werden können, steht fest. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit nur darauf richten solche Steuern zu wählen, die unsere wirtschaftliche Weiterentwicklung nicht hemmen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften dürfen es daher nicht dulden, daß aus vermeintlichen agitatorischen Bedürfnissen die Einführung von neuen

indirekten Steuern grundsätzlich bekämpft wird. Ein derartiges Verhalten wäre sachlich ungerechtfertigt und würde sich daher schließlich an der Arbeiterschaft selbst bitter rächen. Damit ist nun nicht die Vorstellung verbunden, daß die Produzenten auch das Recht bekommen sollen dem Verbrauch durch Mehrpreise jede Belastung nach Willkür aufzuerlegen. Meist haben Industrielle und Händler die Gelegenheit von Steuererhöhungen zu Preiserhöhungen benutzt, die viel größer waren als das Steuermehr. Seit 1909 bis jetzt ist der Preis für die Tasse Kaffee zum Beispiel in vielen Kaffeehäusern von 25 auf 40 Pfennig erhöht worden. 1909 hatte der Kaffeezoll eine Steigerung von 40 auf 60 Mark für den Doppelzentner erfahren, die Steigerung betrug also 10 Pfennig pro Pfund. Die Mehrförderung von 5 Pfennig für die Tasse Kaffee war, da sie unter Berufung auf die Steuererhöhung erfolgte, schon ein Mißbrauch, der alsdann in einem immer lebhaftern Tempo fortgesetzt wurde. Ich führe diesen Fall an, obwohl ich weiß, daß wohlwollende Parteifreunde ihm die schwere Selbstbezüglichung des Kaffeehausbesuchs entnehmen werden; aber er ist in vieler Beziehung für die verschiedenartige Aufnahme der Ausübung des Steuerrechts durch den Staat und das Privatkapital typisch. Wäre die Verteuerung des Kaffees in den Kaffeehäusern das Ergebnis einer entsprechenden Reichssteuer gewesen, dann hätten wir gewiß in zahlreichen Blättern lesen können, welches nicht mehr zu überbietende Maß die Belastung von Genußmitteln erfahren hat. Wo Preiserhöhungen nicht als Ausgleich für steigende Produktionskosten und Betriebsausgaben zu rechtfertigen sind sondern zum Zweck der Erzielung von Monopolgewinnen erfolgen, darf die Abwehr nicht unterlassen werden. Wirksame Handhaben dagegen sind vorhanden, einmal durch staatliche sozialpolitische Eingriffe, die besonders bei dem Vorhandensein starker Kartelle möglich sind, dann aber durch die Organisation des Konsums in enger Anlehnung an die Produktion, um jeden vermeidbaren Gewinn der Zwischenhände auszuschalten und Ausschreitungen, wo sie sich ergeben, durch planmäßiges Vorgehen zu korrigieren.

Töricht ist das Verfahren die Belastung des Verbrauchs durch indirekte Steuern auf den Pfennig rechnerisch-kalkulatorisch ermitteln zu wollen. Derlei Rechenexempel haben meist ein großes Loch. Vor allem haben die Tatsachen in Deutschland immer wieder bewiesen, daß diese Kalkulationspolitik, der der Liberalismus nur zu lange Zeit hindurch zur Höchstblüte verhalf, völlig danebenging. Neben allem andern Leben übersah sie die Wirkungen und Erfolge der Gewerkschaften, die nicht nur den Ausgleich für die Belastung durch indirekte Steuern für die Arbeiterschaft in vielerlei Gestalt herauszuholen wußten sondern die Lebenshaltung der Arbeiterklasse beträchtlich darüber hinaushoben. Nach den Grundsätzen und Prophezeiungen der so sicher scheinenden kalkulatorischen Rechner in der Politik ging das Reich der Verelendung entgegen, wenn es zu irgendeiner Verstärkung des Heeres schritt; es mußte verbluten, als es den Bau einer bescheidenen Flotte vornahm; ganz sicher aber mußte es unter der finanziellen Last zusammenbrechen, wenn es Armee und Flotte weiter verstärkte. Die Zeit von 1900 bis 1914 mußte diesen Zusammenbruch, wie rechnerisch-kalkulatorisch genau bewiesen war, bringen. Aber diese Jahre zeichneten sich in Deutschland durch eine Erstarkung der gesamten Volkswirtschaft aus, wie sie noch nie gesehen worden war. Bescheidenheit wäre bei der Fortsetzung einer derartigen Einmaleins-



politik mindestens angebracht, wenn es Leute gibt, die sich so sehr an sie gewöhnt haben, daß sie nicht mehr von ihr lassen können. Schon haben sich die Versuche herausgewagt die Errichtung von **S t a a t s m o n o p o l e n** zum Zweck der Steuererschließung für die Sozialdemokratie als unmöglich abzutun, weil solche Staatsmonopole nur verkappte indirekte Steuern wären. Es erübrigt sich auf diese damit empfohlene Stellungnahme zu indirekten Steuern nochmals einzugehen. Völlig sinnlos wäre jedenfalls die Ablehnung von Staatsmonopolen, über die hier ein andermal zu reden sein wird. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie sehr durch staatliche Monopole neben der Erlangung großer Geldmittel für Reichszwecke auch soziale Aufgaben gefördert werden können. Man denke nur an Monopole auf dem Gebiet des **V e r s i c h e r u n g s w e s e n s**, von denen das Monopol der Feuerversicherung mit den stärksten Anreiz bietet. Was bei der Herrschaft des privaten Kapitals unmöglich war, kann bei der Übernahme der Feuerversicherung durch das Reich mit einem Schlag durchgeführt werden; nämlich der Versicherungszwang. Die Einnahmen aus dem Versicherungsgeschäft würden sich für das Reich dadurch ungemein erhöhen; dabei würde den bisher unversicherten Haushaltungen unter billigen Bedingungen die Wohltat der Sicherung gegen unerwartete Schäden zuteil werden. Auch durch die Versicherungsmonopole kann der Staat seine Aufgaben fortsetzen die Volkswirtschaft und die einzelnen Individuen gegen katastrophale Ereignisse zu sichern und für das größtmögliche Maß der Gleichmäßigkeit wirtschaftlicher Entwicklung zu sorgen.

XX  
**JOSEF KURTH · ZUR FRAGE EINES ELEKTRIZITÄTSMONOPOLS**



**TECHNISCHE** wie wirtschaftliche Probleme werden durch das Projekt eines staatlichen Elektrizitätsmonopols aufgeworfen. Wirtschaftlich sind die Voraussetzungen zu einem Staatsmonopol vollständig gegeben, da die Elektrizitätsversorgung zum überragenden Teil bereits der privatkapitalistischen Monopolisierung verfallen, ein Staatsmonopol aber auf alle Fälle, auch im staatsfinanziellen Interesse, dem Privatmonopol vorzuziehen ist. Genosse Edmund Fischer hat in seinen Ausführungen über den Gegenstand in dieser Zeitschrift auch richtig darauf hingewiesen, daß die bei dem steigenden Bedarf an elektrischer Energie erforderliche Verbilligung des Stroms nur durch ein staatliches Elektrizitätsmonopol zu erreichen sein dürfte.<sup>1)</sup>

Die Überführung der privaten Elektrizitätsversorgung in ein Staatsmonopol bedeutet nun nicht allein die Übernahme bestehender Kraftwerke auf den Staat oder das Reich oder die Neuanlage staatlicher Werke. Der Staat als Monopolbesitzer hat vielmehr die Aufgabe in jeder Weise das Interesse der Allgemeinheit wahrzunehmen. Er müßte in diesem Fall allen Bewohnern des Deutschen Reichs die Möglichkeit bieten Strom zu beziehen, und zwar in einem Umfang und zu einem Preis, wie er dem Interesse der Steigerung der Produktivität in allen Zweigen, die des Stroms bedürfen, entspricht. In weiten Strecken des Reichs gibt es trotz aller Gründertätigkeit auch

<sup>1)</sup> Siehe Fischer Das Werden des Elektrizitätsmonopols, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 443 ff.

heute noch keine elektrische Leitung. Diese bisher vernachlässigten Gegenden müßten mit elektrischem Strom versorgt und dadurch dem wirtschaftlichen Aufstieg mehr als bisher erschlossen werden. Ferner sind die Gesteungskosten des Stroms und damit natürlich auch der Strompreis in den einzelnen Landesteilen je nach der Betriebsart oder anderen für die Produktionskosten maßgebenden Faktoren sehr verschieden. Ein Staatsmonopol müßte, ohne die Rentabilität der einzelnen Werke in Frage zu stellen, auch hier ausgleichend wirken. Und damit wird die Monopolisierung der Elektrizitätsversorgung aus einem volkswirtschaftlichen zugleich zu einem eminent wichtigen technischen Problem, das nur in großzügiger Weise gelöst werden kann.

Der herrschende Zug geht nun zu einer größtmöglichen Zentralisierung der Stromerzeugung in einem oder wenigen Großkraftwerken. Auf der andern Seite ist eine partikularistische Dezentralisation zu befürchten, die einer rationellen Verteilung billigen Stroms Abbruch tun könnte. Das Königreich Sachsen schiebt sich soeben an ein staatliches Elektrizitätsmonopol zu errichten. Zwei Großkraftwerke, das eine südlich von Leipzig, das andere nördlich von Zittau gelegen, sollen die Stromversorgung übernehmen. Das Königreich Sachsen könnte mit Leichtigkeit von einem einzigen zentral gelegenen Kraftwerk aus versorgt werden; Sachsen verfügt aber über keine größeren Wasserkräfte oder andere zentral gelegene Kraftquellen. Deshalb mußten, um allzu große und unwirtschaftliche Energieverluste zu vermeiden, zwei Werke in nächster Nähe von Kohlenfeldern in Aussicht genommen werden, die an die äußersten Enden des Landes hinausgerückt sind. Hier würde also über Kilometer weite Strecken der Strom in das Innere des Landes geführt werden, während ihn vielleicht in der nächsten Nähe des Kraftwerks befindliche preußische Orte nicht aus dem sächsischen sondern aus einem weiter entfernt liegenden preußischen Kraftwerk beziehen müßten. Ähnliche Verhältnisse herrschen bereits heute tatsächlich bei dem badischen Großkraftwerk im Murgtal.<sup>2)</sup> Nur durch eine reichsgesetzliche Regelung der Elektrizitätsversorgung werden solche Mißstände unmöglich gemacht. Die einzelnen Bundesstaaten betrachten den eigenen Besitz geeigneter Kraftquellen, seien es Wasserkräfte seien es Kohlenfelder oder anderes, als wirtschaftlichen und finanziellen Vorteil. Sie verteidigen gegenüber dem Reich ihre Finanzhoheit aufs äußerste, und so erklärt es sich, daß sich mehr Stimmen für einen Ausbau der einzelstaatlichen Kraftquellen einsetzen als für die Errichtung eines Reichselektrizitätsmonopols. Dabei wird freilich übersehen, daß allein durch eine einzelstaatliche Elektrizitätsversorgung selbst in weitestem Umfang auch dem wirtschaftlichen Interesse des betreffenden Bundesstaats nicht immer gedient ist, der elektrische Strom vielmehr auch die Vorbedingungen einer genügenden wirtschaftlichen Verwertung finden muß.

Aber auch die ungleichmäßige Verteilung der Kraftquellen erfordert, wie gesagt, einen zweckmäßigen Ausgleich. Von 2 Millionen Pferdestärken ausnutzbarer Wasserkräfte entfallen auf Bayern 700 000, auf Preußen 650 000, auf Baden 450 000, auf die Kleinstaaten 80 000, auf Sachsen und Württemberg je 60 000. Bayerns Hauptteil an Wasserkraften liegt aber wiederum nicht zentral sondern am Nordabhang der Alpen, dem am weitesten nach

<sup>2)</sup> Siehe die Rundschau Staatssozialismus in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 166 f.

Süden vorgeschobenen Teil des Landes und damit ganz Deutschlands. Die später einmal hier erzeugte elektrische Energie wird nur nach Norden geleitet werden können, und zwar werden die Hochspannungsleitungen, um ein möglichst großes Gebiet zu versorgen, Hunderte von Kilometern lang sein müssen. Die elektrische Energie ist nun das Produkt aus Spannung und Stromstärke. Eine hohe Stromstärke erfordert zu ihrer Fortleitung große Leitungsquerschnitte, durch die die Anlage verteuert wird. Seitdem es gelungen ist sehr hohe Spannungen zu erzeugen und betriebs sicher fortzuleiten, können sehr große elektrische Energiemengen auch auf weit geringem Querschnitt fortgeführt werden. Neben der Ersparnis von Leitungskosten haben hohe Spannungen gegenüber niedrigeren auch den Vorteil geringerer Energieverluste. Bei der Fortleitung des elektrischen Stroms wird in der Leitung selbst Energie verbraucht. Dieser Spannungsverlust, wie man ihn nennt, berechnet sich aus Stromstärke und Widerstand der Leitung. Der Spannungsverlust ist um so größer, je geringer die Spannung im Verhältnis zu der fortzuleitenden Stromstärke ist. Und umgekehrt. Die Erzeugung hoher Spannungen läßt sich nun aber nicht ins Unbegrenzte steigern, während die notwendige elektrische Energiemenge beständig steigt und die Leitungswiderstände durch die wachsenden Entfernungen immer größere werden. Hält man den Leitungswiderstand in mäßigen Grenzen, so machen sich die Energieverluste nicht so stark geltend. Leitet man dagegen von einem abseits gelegenen Kraftwerk gewaltige Energiemengen viele hundert Kilometer weit, so können die entstehenden Spannungsverluste so groß werden, daß sie nicht mehr im rechten Einklang mit den Kosten der Kraftquelle stehen werden. Eine Vielheit von Leitungen nach den verschiedensten Richtungen läßt den Spannungsverlust bedenklich anschwellen. Die Einrichtung eines einzigen großen zentralen Kraftwerks hat daher, auch bei tatsächlich vorhandenem Kraftüberschuß, eine ökonomische Grenze; sie wird bei einer bestimmten Menge der fortzuleitenden Energie und einer bestimmten Länge der Leitungswege unrentabel. Liegt das größte Verbreitungsgebiet dazu nicht in unmittelbarer Nähe des Kraftwerks, so ist das Verhältnis noch ungünstiger.

Bei jeder Elektrizitätspolitik wird man nun selbstverständlich dahin streben große und billige Kraftquellen an Ort und Stelle auszunutzen und den viel leichter weiterzuleitenden Strom ins Land zu führen. Hier kommen naturgemäß in erster Linie starke Wasserkräfte in Betracht. In jüngster Zeit hat vor allem Schweden auf diesem Gebiet Hervorragendes geleistet. Bayerns besonders in letzter Zeit äußerst regsame Elektrizitätspolitik basiert ebenfalls auf seinen reichen Wasserkräften. Nach einer Schätzung des Bayrischen Statistischen Landesamts vom Jahr 1910 beträgt der jährliche Privatstrombedarf Bayerns 821 Millionen Kilowattstunden. Dazu kommt noch der Strombedarf für öffentliche Zwecke wie für den Betrieb elektrischer Eisenbahnen, der, wie mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, in kürzerer oder längerer Zeit größern Umfang gewinnen dürfte. Bei diesem Bedarf reichen selbst bei Anwendung der besten Maschinen und der höchsten praktisch noch durchführbaren Spannung die in den Alpen gelegenen Wasserkräfte allein nicht aus für Bayern, geschweige denn für einen größern Teil des übrigen Reichs, die nötigen Elektrizitätsmengen zu liefern. Bayerns Elektrizitätsversorgung wird sich denn auch auf noch einige andere Werke

stützen müssen, die mit den großen Wasserkraftwerken in Parallelbetrieb arbeiten. Ein geschlossenes Hochspannungsnetz würde sich dann über ganz Bayern erstrecken, so daß der ganze Staat als ein einziges großes Versorgungsgebiet zu betrachten wäre. An den Grenzen würden jedoch die Leitungen haltmachen, wenn sie auch in vereinzelt Fällen über fremde Gebiete geführt werden müßten. Im Nordosten des Königreichs trafen sich die Hochspannungsleitungen mit den sächsischen, die nach dem Ausbau des sächsischen Elektrizitätsmonopols auch nach Plauen gingen. Von Plauen bis Hof sind etwa 40 Kilometer Entfernung. Ohne besondere Schwierigkeiten wäre hier eine Vereinigung der Hochspannungsnetze von Bayern und Sachsen möglich (da ja eine solche Vereinigung technisch nichts anderes wäre als die verschiedener Werke in einem Bundesstaat). Württemberg und Baden (hier besonders durch das Murgwerk) bieten Anschlußmöglichkeiten sowohl mit Bayern rechts des Rheins als auch mit der Rheinpfalz (Überlandzentrale Rheinpfalz), so daß die südlichen Bundesstaaten einschließlich Sachsens bereits jetzt oder doch in allernächster Zeit ein in sich geschlossenes Hochspannungsnetz unterhalten könnten. Die Ausdehnung eines solchen Netzes über das ganze Reich würde sich als weitere Entwicklung ganz von selbst ergeben.

Ein geschlossenes Hochspannungsnetz über das ganze Reich böte den Vorteil, daß man die elektrische Kraft auch in die entlegensten und bisher als wirtschaftlich unrentabel geltenden Gegenden leiten könnte, da im Gesamtnetz genügender und billiger Kraftüberschuß vorhanden wäre. Die Spannungsverluste glichen sich gegenseitig in starkem Maß aus, und der Gesamtbetrieb würde dadurch wirtschaftlich rationeller. Auch brauchten die Werke nicht besondere kostspielige Reservemaschinen aufzustellen, da im Fall des Versagens einer einzelnen Maschine der Strom für das betreffende Gebiet aus dem allgemeinen Netz entnommen werden könnte. Und während heute die Anpassung an den wechselnden Bedarf für die einzelnen Werke nur unter Benutzung teurer Zusatzaggregate möglich ist, würde sich innerhalb eines so großen Netzes der Ausgleich von selbst vollziehen. So würden im Gegensatz zu den jetzt vielfach hohen Strompreisen die Gestehungskosten des elektrischen Stroms auf ein erträgliches Maß heruntergedrückt und einheitlich normiert werden können. Also schon der betriebswirtschaftlichen Vorteile wegen würde es sich verlohnen die gesamte deutsche Elektrizitätsversorgung in eine einzige staatliche Organisation zusammenzufassen. Wäre ein solches Staatsmonopol nun auch in allererster Linie auf billige und genügend ergiebige Wasserkräfte zu stützen, so könnte man doch in Deutschland mit diesen allein nicht auskommen. Auch sind nicht alle Wasserkräfte gleich ausbauwert. Unter Umständen sind sie sogar dem modernen Dampfturbinensystem erheblich unterlegen. Es lassen sich auch in der Nähe von Hüttenwerken, Kohlengruben höhern und niedern Gehalts, ja selbst in der Nähe großer Torflager rentable Kraftwerke errichten. Denn wo minderwertige Brennstoffe in großen Mengen gefunden werden, kann man sie an Ort und Stelle noch rationell verwerten, während sie in größeren Entfernungen der hohen Transportkosten wegen nicht ökonomisch sind.

Eine typische Anlage dieser Art ist das Kraftwerk in Muldenstein, das den Strom für die elektrische Vollbahn Bitterfeld-Dessau liefert. In geringer Entfernung davon befinden sich mehrere Braunkohlengruben, deren in ein-

fachem Tagebau gewonnene Produkte mit einem Heizwert von etwa 2400 Wärmeeinheiten in dem Kraftwerk verfeuert werden. Die Staatsbahnverwaltung hat sich die erforderliche Menge von Braunkohlen zu dem mäßigen Preis von 2 Mark für die Tonne auf die Dauer von 30 Jahren gesichert. Eine günstigere Lage für das Kraftwerk hätte also schwerlich gefunden werden können. Infolgedessen erzeugt es die Kilowattstunde einphasigen Wechselstroms bei genügender Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals zu dem sehr niedrigen Preis von 2,75 Pfennig. Dieses überaus günstige Resultat konnte allerdings nur unter Verwertung der neuesten technischen Fortschritte und Errungenschaften im Kraftwerk erreicht werden. Unter ähnlich günstigen Verhältnissen arbeiten die Lauchhammerwerke zu Lauchhammer und das Kraftwerk zu Wiesmoor in Ostfriesland, das zur Heizung Torf verwendet, der in der Nähe gewonnen wird. Der Bayrische Revisionsverein untersuchte im Jahr 1913 die Heizwerte verschiedener Brennstoffe und fand dabei, daß der Heizwert von Torf zwischen 2274 und 4206, der der Braunkohle zwischen 3692 und 5774 und der der oberbayrischen Magerkohle zwischen 4063 und 5520 Wärmeeinheiten schwankt. Wir haben nun in Deutschland nicht nur geringerwertige Kohlenfelder sondern auch ganz gewaltige Torflager, durch deren sachgemäßen Abbau man billigen elektrischen Strom erzeugen und dabei noch große Strecken Landes urbar machen könnte, so daß dem Lebensinteresse des deutschen Volks zugleich in zwei wichtigen Punkten gedient wäre. Die Erschließung deutschen Landes würde planmäßig erfolgen, eine innere Kolonisation großen Stils betrieben werden können. Die Hochofengase werden heute schon systematisch ausgenutzt. Auch die Ausnutzung von Ebbe und Flut liegt nicht außer dem Bereich der Möglichkeit. Und der bekannte englische Chemiker Sir William Ramsay beschäftigt sich seit einigen Jahren mit einem Plan, der durchaus nicht unrealisierbar ist, so phantastisch er auch erscheinen mag. Die Steinkohlen sollen danach nicht mehr wie heute bergmännisch abgebaut, sondern die unterirdischen Kohlenlager sollen in große Destillationsapparate verwandelt werden, in denen, die Steinkohlen gewissermaßen ausgelaugt und die Gase zur Umwandlung in elektrische Energie verwendet werden. Die Verwirklichung dieses Plans wäre von unberechenbarer Bedeutung.

Durch die Fortschritte der Maschinenteknik kann man heute große Kraftwerke auf einem verhältnismäßig geringen Raum mit geringer Bedienungsmannschaft errichten. Eine zielklare Elektrizitätspolitik des Staates darf daher, unter weitestgehender Anpassung an alle ergiebigen Kraftquellen, vor einer Dezentralisation der Erzeugungsanlagen nicht zurückschrecken, wogegen die Fortleitung des Stroms in vollem Umfang zentralisiert werden sollte. Das Bestehen von Hochspannungszentralen schließt einen rationellen Betrieb kleinerer Anlagen nicht aus. Sie könnten vielleicht in geschickter Weise in das Versorgungsnetz mit eingeschlossen werden, indem man sie etwa auf ein abgeteiltes Netz niederer Spannung arbeiten ließe. Diesen Weg gibt zum Beispiel auch Dr. B. Thierbach an. Er schreibt:

»Es ist nun klar, daß auch bei Vorhandensein eines günstig arbeitenden Überlandwerks der Ausbau einer kleinen Wasserkraft für einen Gewerbebetrieb irgendwelcher Art lohnend sein wird, sobald die durch sie erzeugte Kilowattstunde sich billiger stellt als das Überlandwerk sie nach der betreffenden Stelle zu liefern vermag; ja es ist zweifellos, daß gerade das Vorhandensein eines Überlandwerkes den Ausbau kleiner Wasserkräfte begünstigen muß, da der betreffende Gewerbebetrieb

alsdann für die notwendige Reserve und Ergänzung seiner Kraft keine kostspieligen Dampf- oder Explosionsmotoren aufzustellen braucht sondern sich einen Anschluß an das Überlandwerk zulegen kann. Solche Reserve- und Ergänzungsanschlüsse werden denn auch in neuerer Zeit von den Verwaltungen der Überlandwerke, die sich anfangs häufig ablehnend dagegen verhielten, unter durchaus annehmbaren Bedingungen gewährt. Auf diesem wirtschaftlich zweifellos richtigen Wege einen weitem Schritt zu tun hat man sich bisher jedoch gescheut, und doch wäre nichts natürlicher als die von den Dynamos des Gewerbetriebes erzeugte Elektrizität auch ihrerseits dem Netze des Überlandwerkes zuzuführen, soweit und sooft sie von dem Gewerbetrieb nicht benötigt wird. Technisch dürften dem Parallelarbeiten zahlreicher kleiner Stromerzeuger mit den Maschinen des Großkraftwerkes heute keine Bedenken mehr entgegenstehen, wirtschaftlich ist eine solche Anordnung selbstverständlich nur zu empfehlen, sobald die von der Wasserkraft erzeugte Elektrizität sich zweifellos billiger stellt als die Gesteungskosten des Überlandwerkes, für die betreffende Stelle berechnet. Legt der Staat einmal seine Hand etwas fester auf die Elektrizitätsversorgung des Landes, so würde ein auf alle Überlandwerke ausgeübter gesetzlicher Zwang, die in ihrem Gebiete erzeugte überschüssige Elektrizität zu angemessenen Preisen in ihre Netze aufnehmen zu müssen, sehr segensreich wirken. Stellt das Zusammenziehen der Elektrizitätserzeugung in einzelnen großen Landeskraftwerken auch den weitaus bedeutendsten Fortschritt in der Elektrizitätsversorgung während des letzten Jahrzehnts dar, so darf man doch auch der Schaffung von Kleinanlagen nicht jede wirtschaftliche Bedeutung absprechen; denn an der richtigen Stelle und in der richtigen Weise ausgenutzt können auch kleine Kräfte, besonders wenn ihr Ausbau zur Schonung und Lebensverlängerung unersetzlicher Betriebsstoffe dient, von hervorragendem Werte und Nutzen sein.<sup>6)</sup>

Besitzt der Staat ein Elektrizitätsmonopol, so müßte er allerdings sowohl die Erzeugung als auch die Fortleitung und Verteilung des Stroms in seiner Hand und unter seinem Einfluß halten. Das würde eine Übernahme sämtlicher Werke durch den Staat bedingen. Man schätzt das in den Elektrizitätswerken investierte Kapital in Deutschland auf 2½ Milliarden Mark. Auch diese hohe Summe dürfte uns nicht davor zurückschrecken lassen eine so bedeutende Reform durchzuführen. Schwierig würde es dagegen sein die Ansprüche der Einzelstaaten und des Reichs gegen einander auszugleichen. Diese Frage wäre wohl durch einen einheitlichen und gemeinsamen Betrieb sämtlicher Werke zu lösen, bei voller Wahrung der finanziellen Rechte der einzelnen Bundesstaaten. Dieses Prinzip ließe sich auch auf die Städte anwenden, die an der Erhaltung ihrer eigenen Werke ein wesentliches finanzielles Interesse haben. Die Verrechnung, wie viel Strom aus einem Netz geliefert oder umgekehrt von dem Netz zur Deckung erhöhten Bedarfs aufgenommen werden mußte, läßt sich bereits mit den heute vorhandenen Mitteln durchführen, so daß sich der lückenlosen Überspannung des Reichs mit einem geschlossenen Hochspannungsnetz auch keine staatsrechtlichen Bedenken in den Weg stellen.

Es fehlt uns in Deutschland nicht an Analogieen zu einer solchen Organisation. So im deutschen Eisenbahnwesen. Wie ist doch List seinerzeit seiner hochfliegenden Eisenbahnpläne wegen verhöhnt worden, und heute sind seine Gedanken bereits vielfach überholt. Unsere technischen und organisatorischen Erfolge berechtigen uns zu der Hoffnung, daß wir auch imstande sein werden ein so bedeutendes Problem wie das staatliche Elektrizitätsmonopol zu bewältigen. Seine großzügige Lösung liegt gleichermaßen im staatlichen wie im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands.

XX

<sup>6)</sup> Siehe Thierbach Die Wasserkräfte des Berg- und Hügellandes in Preußen und benachbarten Staatsgebieten, in der Elektrotechnischen Zeitschrift vom 8. Juli 1915.

# RUNDSCHAU

## OFFENTLICHES LEBEN

### Sozialpolitik / Max Quarck

#### Frauenbernisarbeit

Das gewerbliche und soziale Leben in Deutschland wird fortgesetzt

durch die außerordentliche Zunahme der Frauenarbeit beherrscht. Umfassende und zuverlässige Ziffern darüber sind am Schluß und nach Schluß dieses Jahres wohl in den Jahresberichten der Gewerbeinspektion, der Handelskammern, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften, zusammenfassend in der Abteilung für Arbeiterstatistik im Reichsamt des Innern zu erwarten. Es scheint, daß sich Frauenarbeit in großem Maß nicht bloß als vorübergehender sondern als dauernder Ersatz für fehlende Männerarbeit einbürgert. Die schwelenden Verlustlisten des Heeres allein erklären diese Notwendigkeit, neben anderen Gründen, die Frauen in manchen Fällen verwendbarer erscheinen lassen als Männer. Der kulturelle Wert der zunehmenden Frauenarbeit hängt aber völlig von der Entlohnung der Frauen ab. Nur wenn sie für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie die Männer erhalten, werden sie nicht zu Lohndrückern für die zurückkehrenden oder neben ihnen arbeitenden Männer und können sie jene Selbständigkeit durch eigenen Erwerb gewinnen, die die Vorstufe für ihre politische und geistige Selbständigkeit ist. Deshalb sind alle Feststellungen nach dieser Richtung mit Sorgfalt zu verfolgen und zu erörtern. Aus einer Umfrage des Hirsch-Dunckerschen Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hat G. Hartmann im Sommer 1915 die Feststellung gemacht, daß nur an sehr wenigen Stellen die Löhne der Frauen auf der selben Höhe stehen wie die der Männer. Selbst die Akkordsätze für Frauen waren in Metallfabriken um 25 bis 40 % niedriger als für Männer. In der Sozialen Praxis vom 1. Juli 1915 wird berichtet, daß verschiedene deutsche Bahnverwaltungen Tagelöhnerinnen zu 2 bis 2,60 Mark für schwere Arbeit bei langem Arbeitstag anstellen, also weit unter Männerlöhnen. Nach dem Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin, der größten ihrer Art in Deutschland, hatten 1914 fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen, die Mitglieder waren,

einen Wochenverdienst von nur 6,96 bis 18,90 Mark, also weit weniger als die Männer an der gleichen Stelle. Im Jahr 1915 verschoben sich diese Verhältnisse insofern zum Schlimmern, als immer mehr beschäftigte Frauen in die unteren Lohnklassen einrückten. Von den während des Krieges notleidenden Industrien und der Bezahlung ihrer Arbeiterinnen wird dabei ganz abgesehen. Über die Bezahlung der Straßenbahnschaffnerinnen berichtet im Januar 1916 nach einer eigenen Erhebung der Deutsche Transportarbeiterverband, sie zeige sehr große Unterschiede, die sich nur zum geringsten Teil aus den örtlichen Verhältnissen erklären ließen. Die Stundenlöhne bewegten sich zwischen 30 und 35 Pfennig, sie stiegen bis 47½ und fielen bis 25 Pfennig, blieben also ganz offensichtlich weit unter den Männerlöhnen, was überall durch eine tabellenmäßige Nebeneinanderstellung der männlichen und der weiblichen Löhne urkundlich erhärtet werden sollte.

Hier winkt für die gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit ein weites Feld, das in Deutschland noch kaum in den Anfängen beackert ist, weil hier viele Gewerkschaften noch von der Furcht vor überwuchernder Frauenarbeit beherrscht und deshalb in ihrem Wirken für die erwerbstätige Frau gehemmt sind. Diese Hemmungen waren während des ganzen letzten Jahres auch noch in England bei den Gewerkschaften vorhanden, so daß sich zum Beispiel Metallarbeiter sogar weigerten in Munitionsfabriken mit Frauen zusammenzuarbeiten. Inzwischen hat aber eine aus Unternehmern und Gewerkschaftern zusammengesetzte Kommission, die das englische Handelsamt im Dezember 1915 einberief, folgende fortschrittlichen Grundsätze für die gewerbliche Frauenarbeit vereinbart: Auch in Gewerken, in denen bisher nur Männer arbeiteten, soll Frauenarbeit erlaubt sein, wenn Männer fehlen und von einer Kommission nachgewiesen wird, daß die Frauen körperlich leistungsfähig für die besondere Arbeit sind. Für Sägemüllereien, einzelne Tätigkeiten des Baugewerbes und andere mehr wurde dieses verneint. Daß die Frauen trotzdem nur Anspruch auf vorübergehende Arbeit hätten, daß ihre Anlernung darauf eingerichtet werden müsse (soll sie weniger gründlich sein?), und daß sie

»grundsätzlich« dem Kriegsteilnehmer bei dessen Rückkehr zu weichen hätten, offenbar auch dann, wenn er weniger qualifiziert ist, beschloß die Konferenz ebenfalls, der freilich nur Männer und keinerlei Frauen angehört zu haben scheinen. Dagegen soll, wenigstens für qualifizierte Arbeit, den Frauen der gleiche Lohn gezahlt werden wie den Männern, auch für Überstunden, Nachschichten und Sonntagsarbeit. Ein weiblicher Mindestlohn von 20 Mark pro Woche wurde vereinbart. Die erwerbstätigen Frauen sollen Gewerkschaftsmitglieder werden. Über Zweifelsfragen bei der Anwendung dieser Grundsätze entscheidet eine gemischte Kommission von 6 Unternehmern und 6 Arbeitervertretern (auch Frauen?) unter einem unparteiischen Vorsitzenden. Das Handelsamt hat bei den Verhandlungen und Entscheidungen Einspruchsrecht. In der Richtung dieser Vereinbarungen und darüber hinaus wird sich das neue Gewerkschaftsrecht für arbeitende Frauen wohl auch auf dem Festland entwickeln müssen.

×  
Uneheliche Kinder

Das deutsche Kriegsunterstützungsgesetz hat bekanntlich im Schwung der ersten Kriegstage eine Fassung erhalten, nach der endlich auch uneheliche Kinder unter der Voraussetzung, daß ein Anerkennnis der Vaterschaft vorlag, wie in Österreich, laufende Kriegsunterstützung erhielten, wenn sich der Vater im Feld befand. Im Anschluß daran kam in der Frühjahrsession 1915 des Reichstags und in der Budgetkommission eine vorläufige Vereinbarung zwischen Regierung und Parlament zustande, nach der auch die unehelichen Kinder gefallener Kriegsteilnehmer eine Waisenrente wie die ehelichen Kinder erhalten sollten. Inzwischen haben sich Widerstände gegen diese Regelung namentlich in konfessionellen Kreisen erhoben, unter anderen im Ausschuß für Kriegswitwen- und -waisenfürsorge. Würden diese Bestrebungen Einfluß und Geltung erlangen, und würden infolgedessen die unehelichen Kinder nicht in den Genuß einer gesetzlich verbürgten Kriegswaisenrente kommen sondern nur auf eine im Verwaltungsweg zu gewährende Unterstützung angewiesen werden, so entstände ein neuer Nachteil für die Opfer einer unsozialen Gesetzgebung. Jede Verschiedenheit in der Behandlung ehelicher und unehelicher Kinder macht den unehelichen so viel praktische Schwierigkeiten im Fortkom-

men, daß die Unterstützung oft gänzlich ihren Wert verlöre. Deshalb muß erwartet werden, daß im Reichstag die sozial denkenden Parteien für eine folgerichtige Fortführung des fortschrittlichen Gedankens in der Gesetzgebung sorgen, der sich endlich in den Augusttagen 1914 Bahn brach.

× Arbeitsnachweis ×  
Eine Denkschrift der Reichsregierung an den Reichstag berichtete über

Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises während des Krieges. Danach ist die Zahl der deutschen Arbeitsnachweise von 2224 auf 2817 gestiegen. Im Oktober 1914 konnten davon 776 Arbeitsnachweise über 275 000 vermittelte Stellen berichten, von denen 67 000 weibliche waren. Im Oktober 1915 dagegen berichten 900 Arbeitsnachweise über 202 000 vermittelte Stellen, von denen 67 800 weibliche waren. Danach wäre die Gesamtleistung der öffentlichen Arbeitsnachweisstellen während des ersten Kriegsjahrs bei den Männern ganz beträchtlich zurückgegangen, während sie sich für die Frauen um ein wenig hob. Im 3. Vierteljahr 1915 vermittelten die gemeindlich und öffentlich unterstützten Arbeitsnachweise 452 000 Stellen, von denen 178 600 weibliche waren, gegen 358 700 insgesamt im 3. Vierteljahr 1914, davon 177 900 weibliche. Am stärksten war die Vermittlung im 3. Vierteljahr 1915 »in sonstiger Lohnarbeit« (offenbar ungelernete und häusliche Dienste), für Männer 29 400 und für Frauen 25 700. Erhebliche Vermittlungsziffern weisen noch das Baugewerbe, die Metallverarbeitung, die Landwirtschaft und Gärtnerei, Fabrikarbeiter ohne nähere Bezeichnung und Gast- und Schankwirtschaften auf. Zur Verbesserung des Arbeitsnachweises während des Kriegszustands wurde am 6. August 1914 eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise gegründet. Sie hat sich der Bergung der heimischen Ernte angenommen, an dem Heimtransport italienischer Arbeitskräfte in ihre Heimat, Unterbringung der aus Festungsgebieten entfernten Bevölkerung sowie an der Verteilung und Beschäftigung der russischen Arbeiter in Deutschland mitgewirkt. Sie hat sich bemüht durch Vermittlung von Arbeitskräften den Fortbetrieb einzelner Gewerbebezüge zu erleichtern. Erfahrene Arbeitskräfte zur Bedienung von Motormaschinen wurden vermittelt, unbeschäftigte Kalibergleute wurden nach dem schlesischen Bergbau gewiesen, Ar-



beiter für die Binnenschifffahrt, für Kanal- und Eisenbahnbauten, für die Zuckerfabrikation beschafft. Die Aufgabe der Zentrale bei der Heranziehung Kriegsgefangener war folgende: Sie stellte fest, ob der Arbeiterbedarf, der durch Kriegsgefangene gedeckt werden sollte, sich durch deutsche Arbeiter befriedigen ließe; nur wenn die Reichszentrale dieses verneinte, geschah die Überlassung der Kriegsgefangenen zu einem von der Reichszentrale als Entschädigung festgesetzten Satz. Bei der Stellung von Kriegsgefangenen für Hüttenwerke und den Bergbau, für die Landwirtschaft, für Zuckerfabriken, für die Metall- und Schwerindustrie fiel diese Mitwirkung der Reichszentrale fort, weil das Bedürfnis nach Gefangenekräften hier für allgemein gegeben galt. Zur selben Kontrolltätigkeit wurde die Zentrale bei Beschaffung ausländischer Arbeitskräfte aus besetzten Gebieten benutzt. Ferner wirkte sie nach unten für die Beschaffung geeigneter Bezirkszentralstellen. Doch ist diese Zentralisierungsarbeit noch nicht in wünschenswertem Maß gefördert, so daß hierfür weitere Maßnahmen, ähnlich denen in Bayern und Baden (Landeszentralstellen) für notwendig gehalten werden. Auch die Beteiligung von Unternehmern und Arbeitern an Organisation und Verwaltung soll mehr als bisher durchgeführt werden. Dem Vorschlag Gemeinden von einer gewissen Größe zur Errichtung eines Arbeitsnachweises zu verpflichten will die Reichsregierung leider nicht Folge geben.

× Staatsarbeiterrecht ×

In der Sitzung der bayrischen Abgeordnetenkammer vom 24. November 1915 gab der Ministerpräsident Freiherr von Hertling als Antwort auf mehrfache Anregungen der sozialdemokratischen Fraktion, die bei Gelegenheit der Durchberatung des Gemeindebeamtenengesetzes gegeben worden waren, eine Erklärung zu dem bekannten Eisenbahnerrevers ab (siehe hierüber auch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1915, 3. Band, pag. 1305 f.). Während dieser Revers die bayrischen Eisenbahnbediensteten verpflichtete sich der Anteilnahme an den Bestrebungen der Süddeutschen Eisenbahngewerkschaft zu enthalten, sagte nunmehr der Minister: »Der Beteiligung an den freien Gewerkschaften wird nichts in den Weg gestellt. Diese Erklärung gilt auch für den Süddeutschen Eisenbahnerverband. Hinsichtlich der Teilnahme an sozial-

demokratischen Vereinen habe ich zu sagen, daß die neuen Vorschriften über die Aufnahmebestimmungen dem Wortlaut des Beamtengesetzes entsprechen... In Bayern hat sich der Revers von vornherein nicht als Verbot der sozialdemokratischen Bekundung dargestellt, sondern er war ausschließlich gegen den Arbeiterausstand gerichtet.« Daß Eisenbahnbedienstete an einem Ausstand nicht teilnehmen, ist für die bayrische Regierung also nach wie vor Voraussetzung für ihre entgegenkommende Erklärung. Die Festlegung der revidierten Bestimmungen sollte im Anschluß an das Gemeindebeamtengesetz erfolgen, das die Abgeordnetenkammer in koalitionsfreundlichem Sinn umgestaltet und verabschiedet hat. Neuerdings verlautet jedoch, daß die Kammer der Reichsräte eine Verzögerung der Schlußberatung des Gemeindebeamtengesetzes und damit eine Verschleppung der Reform der Abschaffung des Eisenbahnerreverses beabsichtigt und betreibt.

×

× Kurze Chronik Die Zahl der von der Lupuskommission der Deutschen Zentralkommission zur Bekämpfung der Tuberkulose vermittelten Heilverfahren ist trotz den Kriegsschwierigkeiten im Jahr 1914 gegen 1913 nur ganz unerheblich zurückgegangen. Im Jahr 1909 wurden auf Veranlassung dieser Kommission 10 Kranke behandelt, 1911 bereits 163, 1912 316, 1913 395, 1914 337. 48 Lupusheilanstalten, die über das ganze Reich verstreut sind, stehen mit der Kommission in Verbindung. Eine 1912 begonnene Zählkartenforschung hat bisher 6000 Lupusranke im Deutschen Reich ermittelt. × Mitten im Krieg ist in Frankreich, wie hier bereits in den Rundschau Rechtswissenschaft und Frauenbewegung (1915, 3. Band, pag. 1264 und 1311) berichtet wurde, das 2 Jahre vorher angekündigte Gesetz zum Schutz der Heimarbeiterinnen im Bekleidungsgerwerbe zustande gekommen. Es sieht einen Minimallohn vor. Die allgemeinen Löhne müssen so festgesetzt sein, daß eine Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit in 10 Stunden den Minimallohn erreichen kann. Die Präfekten sind aufgefordert worden die Lohnausschüsse sehr schnell ins Leben zu rufen. × Das niederländische Gesetz betreffend Sicherheitsmaßnahmen für den Aufenthalt in Fabriken und Werkstätten ist dahin erweitert worden, daß ihm jetzt alle Betriebe, in denen mehr als 5 (früher 10) Personen

beschäftigt werden, unterstellt sind; auch sind jetzt die Mühlenanlagen in das Gesetz einbezogen. × Für den schweizerischen Kanton Glarus wird eine Alters- und Invalidenversicherung vorbereitet, die alle im Kanton Wohnhaften beiderlei Geschlechts im Alter von 18 bis zu 50 Jahren umfaßt und für sie vom 65. Lebensjahr ab eine Jahresrente von 300 Franken vorsieht. Versicherte, die vorher invalide geworden sind, sollen eine Rente von 100 bis 300 Franken erhalten. × In Norwegen wird jetzt die gesamte gewerbliche Arbeit gesetzlich geregelt. Vorweggenommen ist von dieser allgemeinen Reform die Regelung der Arbeitszeit. Das Gesetz über den Maximalarbeitstag, das bereits zur Annahme gelangt ist, schreibt vor, daß die Arbeitszeit im allgemeinen 10 Stunden pro Tag oder 54 Stunden pro Woche nicht übersteigen darf. Allerdings hat diese allgemeine Regel auch eine Reihe von Ausnahmen. Für den Hütten- und Grubenbetrieb sowie für Druckereien ist der Achtstundentag festgesetzt.

× **Literatur** Ein Geschenk für viele, die erst in diesem Krieg zur Betrachtung und Schätzung sozialer Bewegungen geführt wurden, wie für diejenigen, die sich schon früher dafür interessiert haben, wird die Neuauflage von Heinrich Herkners Arbeiterfrage / Berlin, Guttentag/ sein. Aus dem einen Band von 298 Seiten, der im Jahr 1894 als bequemes Laiencompendium zur Einführung in die Arbeiterfrage erschien, ist jetzt in der 6. Auflage ein Werk von 2 Bänden und 502 respektive 515 Seiten geworden. Damals zerfiel das Buch in 3 große Teile: Sozialgeschichte, Sozialtheorie und Sozialreform. Jetzt füllen die sozialen Theorien und Parteien den 2. Band allein aus, und an die Stelle der beiden anderen Abschnitte sind sorgfältig ausgearbeitete Teile über die Grundlagen der Arbeiterfrage, die Stellung der Lohnarbeiter in der modernen Gesellschaft, die Zustände innerhalb der modernen Arbeiterklasse getreten, während der 2. Teil die Sozialreform in breitester Ausführlichkeit und in Kapiteln über die Grundlegung und die Vorbereitung der Sozialreform, über den Arbeitsvertrag, Arbeitsschutz, Arbeiterversicherungswesen im In- und Ausland, Stellung der Arbeitgeber, Wege zum Frieden, kommunale und gemeinnützige Sozialpolitik sowie die Konsumvereine, Alkoholismus, Arbeiterwohnverhältnisse

enthält. Im Kapitel über die gewerbliche Frauenarbeit nimmt Herkner einen kleinstädtischen Standpunkt ein, der diesmal durch ausführliche Darlegung stärker als früher hervortritt. Er führt zwar als Standpunkt von »Frauenrechtlerinnen sozialdemokratischer Richtung an«, daß ihnen der selbständige Frauenerwerb als Bedingung völliger Befreiung der Frau erscheine, und zwar im Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung »mit Recht«. Aber er entscheidet sich doch für die Tätigkeit der Frau in der Hauswirtschaft als »die vorzüglichere«. »Für die Arbeiterfrau bedeutet der Verzicht auf die Fabrikarbeit und die Beschränkung auf die Hauswirtschaft eine soziale Erhebung.« Daß diese Sätze unrichtig sind, und daß tatsächlich die Frauenerwerbsarbeit, auch wenn sie durch schlimme Übergangszustände führt, die die Sozialpolitik zu mildern hat, den schlechterdings einzig möglichen Aufstieg der Frau zu geistiger und materieller Selbständigkeit bedeutet, wird durch die Herknerschen Ausführungen in keiner Weise widerlegt. Das Buch im ganzen war früher eine lebendige und gefällige Darstellung all der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter in geschichtlicher Entwicklung. Heute ist es eine erschöpfendste Darstellung aller, auch der kompliziertesten Seiten der Arbeiterbewegung geworden, die sich stark dem Nachschlagewerk nähert, ohne indessen die lebendige und flüssige Darstellung ganz verloren zu haben. Mit einzelnen Fragen setzt sich Herkner neu auseinander, unter anderm mit dem sozialpolitischen Stillstand in den Jahren vor dem Krieg. Er rechnet da in der alten kampflustigen Weise mit den wenig beweiskräftigen Gründen der Gegner einer Sozialpolitik ab, zum Beispiel an der Stelle, wo er von den Leuten spricht, die die Sozialpolitik als Freigebigkeit auf Kosten fremder Portemonnaies ansehen. Damit werden die Dinge, wie er ganz richtig sagt, auf den Kopf gestellt. »Ein großer Teil der Sozialpolitik will nur verhüten, daß Unternehmungen auf Kosten fremder Portemonnaies große Gewinne erzielen.« Dann sind die neueren Versicherungseinrichtungen Englands aufgenommen, die belgischen Verhältnisse ausführlicher dargestellt und die soziale Bewegung in Rußland neu berücksichtigt. Die neueren Veröffentlichungen über Marx und Engels und die erste sozialdemokratische Bewegung in Deutschland sind verwertet. Ein 11.

Kapitel im 2. Band beschäftigt sich mit dem Sozialismus im Weltkrieg. Diese Darstellung kann natürlich nichts anderes als eine geschickte Auslese aus den Dokumenten der noch kurzen Parteigeschichte im Krieg sein. Über die Parteikämpfe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie urteilt Herkner: »Sie verleihen uns die Bürgschaft, daß die nationale Begeisterung nicht wie einst 1870 gleich einem Strohfeuer nur rasch mächtig emporlodert, um eben so bald wieder in sich zusammenzusinken. In der Hitze dieser schweren Kämpfe wird vielmehr das Eisen nationaler Gesinnung erst recht gehärtet und gestählt. Es wird das Denken über die großen weltpolitischen Fragen ungemein vertieft, und den Massen unserer Arbeiter jetzt eine Fülle ihnen bisher künstlich [?] vorenthaltener Aufklärung zugeführt.« Von der Internationale und ihrem Zusammenbruch im Krieg meint Herkner, sie sei schon vorher »nichts als eine Theaterdekoration für leere Demonstrationen gewesen, hinter deren Kulissen die unfruchtbarsten Streitigkeiten getobt« hätten. Die von der Internationale zu leistende Arbeit sei schon längst an andere ungleich wertvollere Organisationen übergegangen (Gewerkschaften, Organisationen für internationalen Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und ähnliches). Manche der Wendungen, die Herkner gebraucht, zeigen, daß es besser gewesen wäre die Beurteilung der parteipolitischen Wandlungen der Kriegszeit einer spätern und ruhigern Zeit vorzubehalten. Durch Liebe zur Arbeitersache, klare Einsicht in die Ziele der Sozialreform und unendlichen Sammelfleiß zeichnet sich auch die 6. Auflage von Herkners Buch genau so aus wie ihre Vorgängerinnen. × Einen Beitrag zur deutschen Bevölkerungspolitik, die jetzt infolge des Krieges der Tummelplatz blutigen Dilettantismus geworden ist, will Albert Lemanczyk mit seinem Schriftchen Die Geburtenfrequenz in den vorwiegend katholischen und den vorwiegend protestantischen Teilen Preußens und ihre Entwicklung /München, Duncker & Humblot/ liefern. Er verzichtet auf eine statistische Nachprüfung der sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen (Katholiken sind in geringerem Maß Städtebewohner als Protestanten und überwiegend in agrarischen Berufen beschäftigt), obgleich er sie selbst anführt, und setzt einfach voraus, daß die Konfessionalität als einheitliche Ursache »das Ausschlaggebende« sei. Die Kon-

fessionsstatistik zeigt tatsächlich eine größere Fruchtbarkeit der katholischen Ehen. Die katholische Kirche sorgt für strengere Zucht und Sitte, folglich muß ihre Rolle für die Bevölkerungsbewegung wichtiger und stärker sein als die des Protestantismus. Daran ist gewiß manches Richtige. Aber wenn man darauf verzichtet nachzusehen, wie die wirtschaftliche Lage der Katholiken und Protestanten auf ihre Geburtenfrequenz wirkt, so hat man eben lediglich eine konfessionelle, aber keine bevölkerungspolitische Studie angestellt. × In Technik und Wirtschaft, der Monatschrift des Vereins deutscher Ingenieure, behandelt Baurat A. von Rieppel (Nürnberg) die Erziehung des Industriearbeiters. Er tritt für gründlichen Ausbau der Fortbildungsschulen und Schaffung gewerblicher Bildungsgelegenheiten auch für die 18- bis 21jährigen Arbeiter ein. Die sogenannten Hochschulkurse entsprächen dem Bedürfnis nicht; es müßten in allen größeren Gemeinden Fortbildungsvorträge auf beruflicher Grundlage organisiert werden. Starkes Verständnis hat Rieppel für die Ausbildung des weiblichen Arbeiters zu einem Beruf, für die nach seiner Meinung wörtlich »fast noch nichts geschieht«. Damit würden große sittliche und materielle Werte vergeudet. Er will die Frau beruflich und schulmäßig ausgebildet haben, allerdings unter »Rücksicht auf die Bestimmung der Frau«, was man gelten lassen kann, wenn es nichts weiter als die Rücksicht auf natürliche Verhältnisse bedeuten soll.

### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Schätzungsämter** Die preußische Regierung hat dem Landtag den Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes zugehen lassen, durch den den Städten und den Landkreisen neue, wichtige Aufgaben übertragen werden. Durch § 1 werden sie nämlich verpflichtet für ihre Bezirke Schätzungsämter zu errichten, die für die Schätzung von Grundstücken innerhalb ihres Bezirks zuständig sind. Bei einem Schätzungsamt können auch Abteilungen für einzelne Teile des Bezirks (örtliche Abteilungen) oder für bestimmte Arten von Schätzungen (sachliche Abteilungen) gebildet werden, falls das Gebiet eines Kreises zu groß oder nach seiner wirtschaftlichen Zusammensetzung zu verschieden ist. Durch die Einheit eines Schätzungsamts innerhalb eines Kreises

soll die Einheitlichkeit der Schätzungsgrundsätze gewahrt werden.

Über die Einrichtung des Schätzungsamts trifft der Kreis durch eine Satzung die notwendigen Bestimmungen; diese bedarf der Genehmigung des Bezirksausschusses. Doch sind die zuständigen Minister nach § 22 befugt Bestimmungen über die Erfordernisse und die Bekanntmachung der Satzungen, über die Geschäftsführung der Schätzungsämter und über das Verfahren bei der Abschätzung von Grundstücken zu treffen. Es wird also von dem Inhalt dieser Ausführungsbestimmungen abhängen, ob die Kreise, vor allem aber die Städte bei der Aufstellung der Satzungen die notwendige Autonomie behalten werden. Zweifellos haben die größeren Städte, namentlich soweit sie Grundstücksfonds haben und ein mehr oder weniger großes Grundstücksgeschäft betreiben, soweit sie ferner die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert verlangen, im Lauf der Jahre eine reiche Erfahrung von dem Verwaltungswesen auf dem Grundstücksmarkt gewonnen und sind durchaus imstande auf Grund ihrer lokalen Kenntnisse die Ortssatzung zweckmäßig auszubilden. Die ministeriellen Ausführungsbestimmungen sollten sich daher auf das Notwendigste beschränken und namentlich auch davon absehen ganze Mustersatzungen aufzustellen, die als bequeme Eselsbrücken benutzt würden.

Die Schätzungsämter bestehen aus 1 Vorsteher, 1 Stellvertreter und den Schätzern, deren Zahl mindestens 4 betragen soll. An einer Schätzung haben außer dem Vorsteher stets mindestens 2 Schätzer mitzuwirken. Werden Abteilungen gebildet, so gilt die Mitgliederzahl 4 auch für sie. Die Schätzer werden in Stadtkreisen durch den Gemeindevorstand, in Landkreisen durch den Kreis Ausschuss auf die Dauer von 3 Jahren ernannt. Werden in Landkreisen örtliche Abteilungen eingerichtet, so sind vor der Ernennung der Schätzer die Vorstände der an der Abteilung beteiligten Kommunalverbände zu hören. Ob damit die Interessen der nicht kreisfreien Mittelstädte und der oft sehr großen, fälschlich so genannten Landgemeinden (zum Beispiel im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, in der Agglomeration Groß Berlin) genügend gewahrt sind, ist zweifelhaft. Mindestens ein Vetorecht sollte ihnen gegen ungeeignete Schätzer zustehen. Als Schätzer dürfen nach § 7 alle die Personen nicht bestellt werden, die gewerbsmäßig

Grundstücks- oder Hypothekengeschäfte vermitteln, gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken betreiben, Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats einer Gesellschaft sind, die den gewerbsmäßigen Betrieb eines den Erwerb oder die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken bezweckenden Unternehmens zum Gegenstand hat, oder die sonst bei einem solchen Unternehmen beschäftigt sind. Will man erreichen, daß die Schätzer bei ihrer Tätigkeit nicht durch Beziehungen oder Abhängigkeiten irgendwelcher Art einflußt werden, so wird es sicherlich notwendig sein zum mindesten die in § 7 genannten Kreise auszuschließen. Daß mit diesen Kreisen wohl die Mehrzahl der wirklich Sachverständigen ausgeschlossen wird, ist bedauerlich, muß aber mit in Kauf genommen werden, wenn man auf die Unabhängigkeit der Schätzer Wert legt. Von ihr hängen aber Autorität und Wert der Schätzungsämter durchaus ab. Die Begründung denkt sich das Amt eines Schätzers als ein Nebenamt: »Eine hauptamtliche Bestimmung wird bei den Schätzern grundsätzlich zu vermeiden sein«, schreibt sie; »denn es ist erwünscht, daß diese durch ihren Hauptberuf mit der Entwicklung im Grundstücks- und Bauwesen in Fühlung bleiben.« Eine höchst eigenartige Begründung. Sie geht offenbar davon aus, daß ein Schätzer im Hauptamt die erwünschte Verbindung verlieren würde. Haben die privaten Schätzer, die ihren Lebensunterhalt durch Schätzungen gewannen, die Verbindung verloren? Das wird die Begründung kaum behaupten wollen. Im Gegenteil. Ein Schätzer im Hauptberuf, den es natürlich nur in größeren Städten und Landkreisen geben kann, wird durch seine Schätzungstätigkeit eine solche Fülle von Erfahrungen und Kenntnissen sammeln, daß kein Schätzer im Nebenamt mit ihm sich wird messen können. Der Grund für die Bevorzugung des Nebenamts steckt auch anderswo; damit wird den privaten Schätzern eine Konzession gemacht, um ihre Opposition auszuschalten oder wenigstens abzuschwächen.

Die Mitglieder des Amts sind Kommunalbeamte, doch soll das Kommunalbeamtengesetz auf sie keine Anwendung finden, und Amtspflichtverletzungen nicht dem Gesetz über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten unterliegen. Da die Schätzer aber Beamte sind, so unterstehen sie der Vor-

schrift des § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und haften für Vorsatz und Fahrlässigkeit, für diese aber nur unter einer gewissen Beschränkung. Ob es notwendig war die Haftung des Kommunalverbands auszuschließen, könnte zweifelhaft erscheinen. Der Grund der Motive, daß eine gerichtliche Nachprüfung der Schätzungen der Schätzungsämter möglichst vermieden werden müsse, »weil die Schätzungsämter für die Schätzung von Grundstücken maßgebende Bedeutung haben sollen, und weil sie hierin den Gerichten an Sachkunde überlegen sein werden«, dürfte wohl kaum als stichhaltig anerkannt werden. Dagegen ist ohne Zweifel richtig, daß bei dem subjektiven Charakter der Schätzung ein Verschulden der Schätzer sehr schwer nachgewiesen werden kann. Die Prozesse würden daher wohl meist erfolglos für den Kläger ausgehen. Auf der andern Seite bestünde die Gefahr, die allerdings nicht gerade sehr groß ist, daß die Schätzungen, deren Höhe den Grundstückseigentümern nicht zusagt, auf diesem Umweg angefochten würden, um eine Erhöhung zu erreichen. Sie wird bei der Regelung des Entwurfs sicherlich vermieden. Die persönliche Haftung der Schätzer wird in gewissem Umfang eine weitere Gewähr für die sorgfältige Aufnahme der Schätzung bieten.

Das Schätzungsamt ist zur Schätzung verpflichtet auf Antrag des Eigentümers oder eines Miteigentümers des Grundstücks, auf Antrag eines an dem Grundstück Beteiligten, der ein berechtigtes Interesse an der Schätzung darlegt, wie auf Ersuchen einer öffentlichen Behörde. Dieser Pflicht zur Schätzung steht ein Recht auf Schätzung zur Seite. Zweifellos würden die neuen Schätzungsämter wenig zu tun haben, wenn nicht durch Gesetz ein Zwang für ihre Benutzung geschaffen würde; sie würden ihren Zweck die Gesundung der Schätzungen herbeizuführen sicherlich ohne diesen verfehlen. Der Entwurf bestimmt daher zunächst einmal, daß für preußische Anstalten des öffentlichen Rechts, die die Beleihung von Grundstücken betreiben, durch königliche Verordnung angeordnet werden kann, »daß vor der Beleihung eines Grundstücks eine Schätzung eines öffentlichen Schätzungsamts einzuholen ist, und daß der bei der Beleihung angenommene Wert den durch eine solche Schätzung festgestellten Wert nicht übersteigen darf«. Nach der Begründung sollen diesem Zwang mit Ausnahme der land-

schaftlichen Grundkreditanstalten die anderen öffentlichen Kreditanstalten, also Sparkassen, Landesbanken usw., unterworfen werden. Damit würden die öffentlichen Schätzungsämter bereits ein großes Tätigkeitsgebiet erhalten. Außerdem will aber die preußische Regierung noch nach der Begründung im Bundesrat darauf hinwirken, daß ein Beschluß nach § 12 des Hypothekengesetzes erfolgt und die Hypothekenbanken für ihre Deckungshypotheke an die Schätzungen der öffentlichen Ämter gebunden werden. Die privaten Versicherungsanstalten, die dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstehen, sind bereits durch die Grundsätze dieses Amtes gezwungen sich den Schätzungen der öffentlichen Schätzungsämter zu unterwerfen, wo solche Behörden vorhanden sind. Es würden also im wesentlichen, mit der Ausnahme der Landschaften und der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten, allein die öffentlichen Schätzungsämter für die Schätzung von Grundstücken zuständig sein. Es fände aber eine Konzentration des Schätzungswesens bei ihnen statt, die die Voraussetzung jeder Gesundung des Schätzungswesens ist. Diese Konzentration bietet denn auch die Gewähr, daß jeweils für den Geschäftsbezirk einheitliche Grundsätze zur Anwendung kommen, und daß diese Grundsätze auch sorgfältig aus der Erfahrung herausgearbeitet werden, nicht nur verhältnismäßig rohe Faustregeln sind. Für die wissenschaftliche Bearbeitung der Schätzungsgrundsätze werden aber zweifellos Schätzer im Hauptamt sehr viel wertvollere Dienste leisten können als solche im Nebenamt.

Wozu nun die ganze Einrichtung, die den Kommunen sicherlich neue Arbeit, wenn auch keine besonderen Kosten bringen wird? Darüber spricht sich die Begründung ziemlich ausführlich aus. Es sollen die Mißstände im Schätzungswesen beseitigt werden. Unzuverlässigkeit mancher Schätzer, ihre Abhängigkeit von den Wünschen der Auftraggeber und dabei Mangel an Unparteilichkeit, unzulässige Berücksichtigung des Zwecks der Schätzung bei dieser und daher hohe Überschätzungen wurden also bezeichnet. Die tatsächliche Überschätzung der Grundstückswerte, insbesondere der städtischen, die fast zur »typischen Erscheinung« geworden sei, soll durch die Schätzungsämter bekämpft werden. Denn die Begründung sieht in ihr eine der Hauptursachen, durch die das Bauland in übertriebener

Weise verteuert und die Grundstückspekulation gefördert wird. Dies kann man zugeben; durch die Möglichkeit hoher Beleihung, die ihrerseits nur durch eine die Zukunftsentwicklung besonders günstig einstellende Überschätzung möglich ist, wird die Realisierung der Bodengewinne und damit die Arbeit der Bodenspekulation erleichtert. Das ist aber doch noch nicht mit der Verteuerung der Grundstücke gleichbedeutend. Reicht in Zukunft die erste Hypothek nicht mehr so weit wie jetzt, so wird eben der Grundstücksverkäufer mit einem größeren Teil seines Geldes auf die zweite Hypothek angewiesen sein. Er wird also seinen Gewinn nicht so schnell in bar Geld umsetzen können. Da er aber in den »typischen Fällen« der wirtschaftlich Stärkere ist, wird nicht er Schaden leiden, sondern höchstens der Bauunternehmer, an den er sein Grundstück verkauft. Es läßt sich nicht absehen, wie daraus eine Verbilligung des Baulands folgen soll. Ebensov wenig richtig ist die andere Behauptung der Begründung, nach der Überspannung der Beleihungen eine ungesunde Steigerung der Mietspreise begünstige. Die verhältnismäßig hohen Jahresleistungen für die zweitstelligen Hypotheken müßten durch den Mietspreis aufgebracht werden. Gewiß muß dieser den Zins für die erste und die zweite Hypothek decken, und ebenso gewiß muß der Zins der zweiten Hypothek um so höher sein, je weiter die erste Hypothek reicht, da eben das Risiko mit der Entfernung vom Anfangspunkt der Hypotheken wächst; aber daraus folgt noch keineswegs, daß die Summe der Zinsen für erste und zweite Hypothek zusammen in dem einen Fall, wenn die erste weiter reicht, größer sein müßte als in dem andern, wenn sie dies nicht tut. Und darauf kommt es an. Wahrscheinlich wird vielmehr allein durch die Verschiebung der Grenzen zwischen den Hypotheken überhaupt nichts an der Höhe der Summe geändert. Es sind andere Faktoren dafür verantwortlich zu machen. Die Erwartung also, daß durch die Einführung von Schätzungsämtern eine direkte Verbesserung des Wohnungswesens durch eine Verbilligung der Bodenpreise und der Mieten eintreten würde, wird kaum erfüllt werden. Damit soll aber die Berechtigung des Entwurfs keineswegs bestritten werden; nur werden seine Wirkungen auf anderen Gebieten liegen. Ohne jeden Zweifel ist die Beschaffung gesunder Grundlagen für die Gewährung von Kredit überhaupt, speziell aber von

Realkredit, eine wichtige Vorbedingung für ein zweckmäßiges und wirtschaftliches Arbeiten der ihm dienenden Einrichtungen, und ebenso ist der Schutz der Pfandbriefgläubiger und Versicherungen, mit deren Geldern die großen Beleihungsinstitute arbeiten, bei der Größe der Interessen und bei der Beteiligung auch weiter Kreise der weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung eine wichtige öffentliche Aufgabe. Insofern vor allem wird man die Einrichtung öffentlicher Schätzungsämter mit Recht für notwendig und zweckmäßig halten. Man soll aber von ihnen nicht mehr erwarten als sie leisten können. Die wirtschaftliche Bewegung können sie nicht korrigieren; diese läßt sich nur an ihren bewegenden Kräften beeinflussen.

×  
 Ärztliche Versorgung

Seit Beginn des Krieges lag die ärztliche Versorgung der Familien der Kriegsteilnehmer, für die keine Kasse eintrat, in Berlin in den Händen der Armenärzte und wurde von diesen unentgeltlich besorgt. Die Unterstützung galt aber nicht als Armenunterstützung; sie wurde jedoch von Organen der Armenpflege, den Vorstehern der Armenkommission neben den Bezirksvorstehern, angewiesen, und durch die Armenärzte, die auch Organe der Armenpflege sind, ausgeführt. Daraus haben sich bei der langen Dauer des Krieges, bei der Abneigung vieler Kriegerfrauen vor der Berührung mit der Armenhilfe verschiedene Mißstände ergeben. Nachdem Versuche mit einem System festbesoldeter städtischer Ärzte die ärztliche Versorgung der Kriegerfamilien durchzuführen fehlgeschlagen waren, wurde schließlich mit der Berliner Ärztekammer die folgende Neuregelung vereinbart: Die Stadt wirft für die Behandlung der Kriegerfamilien die Jahressumme von 500 000 Mark aus. Der Vorstand der Ärztekammer verteilt diesen Betrag an die Ärzte, die sich an der Versorgung der Kriegerfamilien beteiligen. Die ganze Stadt wird in 23 Arztbezirke eingeteilt, die sich mit den Bezirken der Unterstützungskommissionen decken. Zu der Behandlung werden sämtliche in den Bezirken wohnende Ärzte und Spezialärzte zugelassen, die sich bestimmten Bedingungen unterwerfen. Sie müssen sich verpflichten alle Kranken, die sich durch einen Überweisungsschein legitimieren, in ihrer allgemeinen Sprechstunde sowie, wenn nötig, in der Wohnung des Hilfesuchenden zu behandeln. Falls größere Eingriffe nö-

tig sind, sowie bei Infektions- und Kinderkrankheiten, die weder im Haus des Arztes noch in der Wohnung des Kranken behandelt werden können, ist der Kranke einem Krankenhaus zu überweisen. Die Verordnung der Arzneimittel hat auf Grund der Armenrezepturvorschriften zu erfolgen; Nähr-, Stärkungs- und Genußmittel dürfen nicht verordnet werden; kleine Heilmittel, wie Bandage, Brillen usw., sind nur bis zum Betrag von 10 Mark zulässig. Darüber hinaus ist die Zustimmung des Magistratskommissars einzuholen. Das Abkommen läßt also den Kriegerfamilien die Möglichkeit sich den Arzt aus den im Bezirk wohnenden Ärzten frei zu wählen, soweit diese sich zur Behandlung bereit erklärt haben, und beteiligt jeden Arzt an der Behandlung dieser Familien, soweit er Wert darauf legt. In der Begründung des Magistrats zu seiner Vorlage wird auf Grund der Erklärungen der Ärzteschaft die Erwartung ausgesprochen, daß die bisher im Lauf des Krieges geübte karitative Tätigkeit der Ärzte durch dieses Abkommen nicht gemindert werde. Diese Tätigkeit in allen Ehren, aber die Stadt Berlin kann doch so wenig wie die Öffentlichkeit verlangen, daß die Ärzte, also ein einzelner Berufsstand, Leistungen für das Gemeinwohl übernehmen, die man keinem andern Berufsstand zumutet. Für die Kriegerfamilien aber ist es höchst wertvoll nicht auf die karitativen Neigungen der einzelnen Ärzte angewiesen zu sein. Das Abkommen ist sicherlich ein recht wichtiger Fortschritt; es verdient weit-hin Nachahmung.

× Kurze Chronik Die Kommunalisierung der Elektrizitätswerke in Berlin hat trotz der Verteuerung der Produktion den Konsumenten kleine Verbilligungen des Energiebezugs gebracht. Die Bauanschlüsse und die Prüfung der Installationen werden in Zukunft kostenlos ausgeführt. × Dagegen haben die Danziger Stadtverordneten auf Grund einer Magistratsvorlage eine bedeutende Erhöhung der Preise für Licht und Kraft beschlossen. Ohne Zweifel ist der Kohlenbezug durch die Verteuerung der Fracht für die Stadt sehr verteuert worden; trotzdem muß man fragen, ob die starke Preiserhöhung zweckmäßig ist. × Die Breslauer Stadtverordneten haben einem Antrag des Magistrats zugestimmt, wonach Lieferungsverträge über Fettschweine bis zu 4000 Stück monatlich für die Monate Februar, März, April

und Mai 1916 mit landwirtschaftlichen Verbänden unter Vermittlung des Staates abgeschlossen werden sollen. × Die Stadtverordneten von Frankfurt (Main) haben dem Antrag des Magistrats auf Errichtung einer kaufmännischen Abteilung zugestimmt. × Die Gemeindebevollmächtigten Münchens haben zwecks Erleichterung der Anlage elektrischer Hausanschlüsse einen weiteren Kredit von 200 000 Mark bewilligt, nachdem die gleiche, im November 1915 bewilligte Summe bereits verbraucht ist, die Anschlußbewegung aber weiter andauert. × Die städtischen Kollegien Nürnbergs haben im Dezember 1915 die Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr für alle die Personen beschlossen, die einen gesetzlichen Anspruch auf Bürgerrechtsverleihung haben; andere deutsche Reichsangehörige haben 50 Mark, Ausländer 100 Mark zu bezahlen. Von anderen bayrischen Städten hat auch München auf die Erhebung einer Bürgerrechtsgebühr verzichtet. × Der Magistrat der Stadt Augsburg hat eine städtische Milchzentrale errichtet und die Zahl der bereits bestehenden städtischen Milchverkaufsstellen vermehrt, um etwa beabsichtigten Milchpreiserhöhungen der Händler entgegenzutreten zu können. × Die Stadt Zweibrücken hat eine eigene städtische Schlächtereieringerichtet, die Fleisch, Wurst, Fett usw. an die Bürgerschaft abgibt. × Auch in Leipzig ist eine Lebensmittelversorgungsgesellschaft unter Teilnahme der Stadt und der interessierten Kreise begründet worden. × Die Gemeindeverwaltung Ilmenau hat die Fortsetzung des Tarifvertrags mit dem Verband der Gemeindearbeiter abgelehnt; der erste Tarifvertrag war von der sozialdemokratischen Mehrheit abgeschlossen worden.

## WISSENSCHAFT

### Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Mach † Am 22. Februar ist Ernst Mach auf seiner Besetzung bei München gestorben.

Er gehörte zu den seltenen Männern, die über ihr engeres Spezialgebiet hinaus eine fruchtbare wissenschaftliche Tätigkeit entfaltet und einen hervorragenden Einfluß auf die gegenwärtige Generation von Denkern ausgeübt haben. Schon im Alter von 23 Jahren ließ er sich in Wien, wo er auch studiert hatte, 1861 als Privatdozent für Physik nieder. 3 Jahre später wurde er als ordentlicher Professor der Mathematik nach Graz berufen, 1867 auf den

Lehrstuhl der Physik in Prag, wo er 28 Jahre, bis 1895 wirkte, dann nach Wien, dort nicht als Physiker sondern als Nachfolger des Philosophen Robert Zimmermann. Im Jahr 1901 legte er, infolge eines Schlaganfalls im rechten Arm gelähmt, das Lehramt nieder. Sein Geist hatte nicht gelitten; er war schriftstellerisch noch außerordentlich tätig und stand bis zu seinem Lebensende in anregendem und förderndem brieflichen Verkehr mit Freunden und Schülern.

Machs rein physikalische Arbeiten sind ungewöhnlich reichhaltig. Um nur einige zu erwähnen, nenne ich seine Untersuchungen über die Gesetze des Mitschwingens /1863/, seine Versuche über anomale Dispersion mit Hilfe von Interferenz /1875/, seine Arbeiten über die Fortpflanzungsgeschwindigkeit von Explosionswellen /1877/, ebenso seine optischen Untersuchungen der Funkenwellen, ferner Schallphänomene bei Meteoritenfällen /1893/. Besonders wichtig sind seine ballistisch-photographischen Untersuchungen und Versuche geworden, die er 1884 begann und eine Reihe von Jahren hindurch fortführte. Mach war der erste, der zur Sichtbarmachung der Erscheinungen an fliegenden Projektilen die bereits von ihm und dann von anderen immer weiter verfeinerte Photographie anwandte, wodurch er eine Reihe vorher unklarer Phänomene aufhellte. So hat er den doppelten Knall bei Gewehr- und Kanonenschüssen, von dem jetzt wieder viel die Rede ist, und der stets auftreten muß, sobald die Geschwindigkeit des Projektils größer ist als die Schallgeschwindigkeit, zuerst richtig erklärt und die zugrunde liegende Erscheinung, die sich immer von neuem bildende Luftverdichtung am Kopfende des fliegenden Projektils, auf der photographischen Platte allen sichtbar aufgezeigt.

Aber Machs eigentliche Bedeutung liegt weniger in seinen (allerdings vollendeten) physikalischen Einzelarbeiten; er blickte über die Grenzen seines Spezialgebiets hinaus und suchte sich über die Grundlagen des physikalischen wie jeden Erkennens überhaupt klar zu werden, die ja bei der Art der Gedankenbildung in der Physik nicht anders sein können als bei jeder andern wissenschaftlichen Gedankenbildung. Er ist also ein Philosoph gewesen, wenn er auch, wie er selbst sagt, nicht Anspruch auf den Namen eines Philosophen machte sondern »nur in der Physik einen Standpunkt einzunehmen wünschte, den man

nicht sofort verlassen muß, wenn man in das Gebiet einer andern Wissenschaft hinüberblickt, da schließlich doch alle ein Ganzes bilden sollen«. Mach wendet sich daher mit Energie gegen alle metaphysischen Betrachtungen, gegen alles Hineintragen transzendenter Gedanken in unsere Anschauung. »Das Land des Transzendenten ist mir verschlossen, und wenn ich noch das offene Bekenntnis hinzufüge, daß dessen Bewohner meine Wißbegierde gar nicht zu reizen vermögen, so kann man die weite Kluft ermessen, welche zwischen vielen Philosophen und mir besteht«, sagt er noch 1905 im Vorwort zu seinem Werk über Erkenntnis und Irrtum. Mach geht von den Empfindungen aus, die uns allein zugänglich sind, die er aber nicht auf ein Ich und auch nicht auf ein Ding an sich überträgt; er will nur deren Zusammenhang erforschen. »Die Welt besteht für uns nicht aus rätselhaften Wesen, welche durch Wechselwirkung mit einem andern ebenso rätselhaften Wesen, dem Ich, die allein zugänglichen Empfindungen erzeugen. Die Farben, Töne, Räume, Zeiten . . . sind für uns die letzten Elemente, deren gegebenen Zusammenhang wir zu erforschen haben.« Das Ich ist nur ein sich beständig erneuernder Empfindungskomplex, ein Bündel von Vorstellungen und Empfindungen, wie man es auch wohl drastisch ausgedrückt hat, bei dem freilich viele Empfindungen und Vorstellungen außerordentlich, wenn auch sehr langsam wechseln, und die Einheit nur durch die Kontinuität der Erinnerung aufrechterhalten bleibt. Eine Grenze zwischen Psychischem und Physischem kann es bei dieser Auffassungsweise nicht geben, außerhalb unserer sinnlichen Auffassung kann es da nichts geben, und unser Leib ist ebenso ein Teil der sinnlichen Welt wie jeder andere; die Grenze, die man oft zwischen Physischem und Psychischem zieht, ist nach Mach lediglich praktischer und konventioneller Art. Der Analyse unserer Empfindungen ist eine Reihe von Machs größeren Werken gewidmet, die eine nachhaltige Wirkung auf das Denken eines großen Teils unserer Generation ausgeübt haben.

Mach begnügte sich nicht nur zu den wissenschaftlichen Forschern zu sprechen sondern hat sich in populären Vorträgen, die in ihrer klaren Form vorbildlich sind, an das größere Publikum gewendet, das für physikalische und philosophische Dinge Interesse zeigt. Wie sehr ihm das Mitarbeiten an der allge-



meinen Bildung der Nation am Herzen lag, zeigt auch seine Tätigkeit als Mitredakteur der Zeitschrift für physikalisch-chemischen Unterricht, zeigen die von ihm verfaßten Lehrbücher Grundriß der Naturlehre für die unteren Klassen der Mittelschulen /1887/, Grundriß der Naturlehre für die oberen Klassen der Gymnasien /1891/. In dieser Ein- und Fortwirkung suchte er bei der Verständlichkeit der einzelnen Vorstellungen und Empfindungen, deren Komplex nach ihm das Ich bedeutet, die einzige wirklich zu erstrebende Unsterblichkeit. Er wollte so an seinem Teil an der Verwirklichung des Ideals einer sittlichen Weltordnung mitarbeiten, die, wenn sie erst einmal wirklich geschaffen wäre, niemand mehr in mystischen Höhen oder Tiefen zu suchen brauche.

Bei dieser Denkungsart ist es erklärlich, daß Mach von einem freudigen Optimismus beseelt war. Das zeigt sich auch in einem Brief, den er bei der Remotion Dr. Leo Arons' von der Berliner Universität an den der Ausübung des akademischen Lehramts für unwürdig Befundenen schrieb. Es heißt da unter anderem: »Man darf übrigens hoffen, daß die politische Gegenreformation ebenso wenig den Lauf der Welt aufhalten wird als es die kirchliche getan hat.« Von der Denkungsweise Machs legt auch die von ihm selbst verfaßte Todesanzeige Zeugnis ab: »Bei seinem Ausscheiden aus dem Leben grüßt Professor Ernst Mach alle, die ihn kannten, und bittet ihm ein heiteres Andenken zu bewahren.«

×  
**Quantentheorie** In der letzten Sitzung der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin hat Walter

Nernst einen Vortrag über die Möglichkeit quantentheoretische Betrachtungen durch Differentialgleichungen darzustellen gehalten, der auf nichts Geringeres hinzielt als auf eine Beseitigung der Quantentheorie, auf die Ersetzung der Anschauung, daß von den strahlenden Körpern die Energie in kleinen Elementarquanten, also stoß- oder ruckweise ausgestrahlt wird, durch die frühere, daß die Ausstrahlung der Energie in einem kontinuierlichen Strom erfolgt. Nernst hat aus seiner Abneigung gegen die Annahme der Strahlung in Quanten nie ein Hehl gemacht. Aber die bisher gemachten Versuche wieder zur Auffassung der Stetigkeit der Energieänderungen zurückzukehren müssen nach ihm als gescheitert angesehen werden. Daraus folgt er indes keineswegs die Überflüssigkeit dieser Versuche, vielmehr meint er,

es ergebe sich daraus, daß, wenn die Erscheinungen anders als quantentheoretisch gedeutet werden sollen, ganz neue Hypothesen nötig sind, die aber dann sicherlich nicht nur die Plancksche Strahlungsformel liefern sondern vermutlich noch weit mehr leisten werden. Er glaubt nun eine Hypothese gefunden zu haben, die nur Stetigkeitsbetrachtungen erfordert, um alles das herzuleiten, was die Plancksche Theorie bisher geliefert hat. Freilich macht Nernst die eine sehr große Einschränkung, daß die Spektralerscheinungen außer acht bleiben sollen; nicht etwa, weil er sie auf dem Boden seiner Grundanschauungen für unerklärlich hielte, sondern wegen der besonders großen Schwierigkeiten, die er noch nicht völlig überwunden zu haben glaubt.

Nernst geht davon aus, daß die Annahme der Nullpunktenergie in der bisherigen Weise große Schwierigkeiten mit sich bringe, denen er dadurch zu begegnen sucht, daß er sagt, der Lichtäther sei mit Nullpunktsstrahlung von einem ganz bestimmten Betrag erfüllt, so daß ein Elektron und ebenso ein materielles Atom, das sich in ihm befindet, von ihm ein ganz bestimmtes Energiequantum aufnehmen müsse. Auf den aus dieser Vorstellung abgeleiteten Grundgleichungen konsequent weiter bauend, kommt er allerdings zu den von ihm angekündigten Ergebnissen, durch die sich die Physik noch insofern besonders einfach und einheitlich gestaltet, als die Verschiedenheit der Kräfte verschwindet, da die im Äther vorhandene Strahlungsenergie als ihrer aller Potential aufgefaßt werden kann.

Natürlich lassen sich, wie auch Planck in der kurzen Erörterung, die sich an den Vortrag schloß, hervorhob, bei der Fülle der angeregten Gedanken nicht alle Schwierigkeiten sofort erkennen; es läßt sich auch nicht ermesen, was sich in den Grundlagen der neuen Anschauung als bleibend bewähren wird. Wenn der Vortrag, vielleicht noch auf die Spektralerscheinungen erweitert, gedruckt vorliegt, wird man hier ausführlicher darauf zurückkommen müssen.

×  
**Kurze Chronik** Einer der bedeutendsten Chemiker ist jetzt dahingegangen: Sir Henry

Roscoe. Er ist 84 Jahre alt geworden. Seine Studien hatte er in Heidelberg unter der Leitung Bunsens begonnen. Er gab zuerst exakte Bestimmungen über die chemischen Wirkungen des Lichts; später beschäftigte er sich mit

spektralanalytischen Arbeiten sowie mit Untersuchungen über das Vanadium, das er entdeckte, und über das Wolfram. Von 1858 bis 1887 hatte er den Lehrstuhl für Chemie an Owen's College in Manchester inne. Er hat eine Reihe von chemischen Werken und Lehrbüchern geschrieben, von denen auch mehrere ins Deutsche übertragen sind. Roscoe hatte, das dürfte heute besonders interessieren, eine überaus klare Vorstellung von der Bedeutung der Wissenschaft für die Technik des Krieges. Er meinte allerdings, daß ihre Errungenschaften schließlich dahin drängten den Krieg überhaupt unmöglich zu machen. Diese Meinung hat sich bis jetzt noch nicht bewahrheitet, kann gleichwohl für eine spätere Zukunft recht behalten. × Am 1. Februar starb der Professor der Chemie und Direktor des Chemischen Instituts in Rostock Dr. August Michaelis, 68 Jahre alt, an einem Herzschlag. Außer zahlreichen Abhandlungen hat er eine Einführung in die allgemeine Chemie und die physikalisch-chemischen Operationen sowie ein Lehrbuch der anorganischen Chemie geschrieben. Michaelis hat das Phosphor in Arsenverbindungen entdeckt. × Professor Dr. Walter Loeb, der Vorsteher der Chemischen Abteilung am Rudolf Virchow-Krankenhaus, ist am 3. Februar gestorben. Er las an der Berliner Universität über Elektrochemie und Biochemie. Von seinen Werken seien die Grundzüge der Elektrochemie, Elektrochemie der organischen Verbindungen und eine Einführung in die Biochemie erwähnt. × Trotz dem Weltkrieg ist es gelungen die Arbeiten der Internationalen Atomgewichtskommission fortzusetzen. Der internationale Kongreß für angewandte Chemie hatte sich 1912 dafür ausgesprochen, daß man Änderungen der Atomgewichte nur sehr selten vornehmen solle. Für 1916 wurden solche gleichwohl notwendig, und zwar für Blei, Helium, Kohlenstoff, Lutetium, Praseodym, Radium, Schwefel, Uran, Ytterbium, Yttrium und Zinn. Von den Unterschriften des Berichts fehlt lediglich die des französischen Mitglieds Urbain, weil dieser in seinem aktiven Militärverhältnis sich jetzt nicht an internationalen Kundgebungen beteiligen darf; doch hat er seine Zustimmung zu dem Bericht dem Präsidenten ausdrücklich mitgeteilt. × Der Privatdozent Dr. Wolfgang Ostwald, ein Sohn Wilhelm Ostwalds, ist zum außerordentlichen Professor an der Universität Leipzig ernannt worden; sein Lehrgebiet um-

faßt die Kolloidchemie. × Der Observator an der Neubabelsberger Sternwarte Professor Paul Guthnick ist außerordentlicher Professor in der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität geworden. × Der Privatdozent für Physik Dr. Eduard Pauli wurde außerordentlicher Professor in der Philosophischen Fakultät an der Universität Jena. × In der Berliner Philosophischen Fakultät hat sich Dr. Walther Schreller habilitiert; seine Antrittsvorlesung behandelte Beziehungen zwischen chemischer Konstitution und Giftwirkung bei organischen Quecksilberverbindungen.

×  
Literatur Die in der Rundschau der Sozialistischen Monatshefte bereits mehrfach angezeigte Enzyklopädie Die Kultur der Gegenwart / Leipzig, Teubner/ hat vor kurzem einen Band Physik herausgebracht, der von Warburg redigiert ist. Die gesamte Physik ist hier in 36 Einzelabhandlungen von 32 verschiedenen Autoren bearbeitet worden, unter denen sich Namen von allererstem Rang befinden. Das Werk wendet sich, wie Warburg in dem Rundschreiben ausführte, in dem er zur Mitarbeit einlud, an das gesamte akademisch gebildete Publikum, an die Physiker von Fach und an andere Kreise von gründlicher physikalischer Bildung und an Fernstehende, zum Beispiel die Vertreter der Geisteswissenschaften. Es handelt sich nicht um ein aus einem Guß gearbeitetes gemeinverständliches Lehrbuch der Physik sondern um einen Komplex einzelner Essays, die einen vollständigen Überblick über den Zustand der Physik in unserer Zeit geben. Diese Absicht konnte nur erfüllt werden, wenn die geeigneten Mitarbeiter gefunden wurden. Und das ist in der Tat gelungen. Die Mechanik im Rahmen der allgemeinen Physik ist von einem Gegner der Relativitätstheorie, dem Geophysiker Wiechert, dargestellt worden, der ihr gegenüber an der Ätherhypothese festhalten wissen will, während die Relativitätstheorie von ihrem Schöpfer Einstein selbst eine überaus klare Darstellung gefunden hat. Ganz besonders möchte ich auf die Arbeiten Plancks aufmerksam machen, speziell auf den Schlußaufsatz Das Verhältnis der Theorien zu einander, der in prägnanter Weise die Aufgaben der Forschung schildert. Bei der reichen Fülle der Darstellungen muß ich auf die Hervorhebung weiterer Einzelheiten verzich-

ten. Der Leser wird überall bis zu den Grenzen geführt, die die Forschung erreicht hat, und erhält einen Einblick in die Probleme, die sich immer von neuem eröffnen. Der ungeheure Einfluß, den gerade die Physik auf die gesamte Kultur der Gegenwart ausübt, wird so in eindringlicher Weise zum Bewußtsein gebracht. × Das Büchlein F. Auerbachs Die Physik im Kriege, eine allgemeine Darstellung der Grundlagen moderner Kriegstechnik / Jena, G. Fischer / schildert in recht anschaulicher Weise die physikalischen Einrichtungen, die den Zwecken des Krieges dienstbar gemacht sind. Es darf nicht nur wegen seines Inhalts sondern auch wegen der Art seiner Darstellung warm empfohlen werden. Aus den Schützengräben ist mehrfach die Bitte in die Heimat gelangt die Soldaten dort auch mit anderer als bloßer Unterhaltungsliteratur zu versorgen, speziell der Wunsch nach naturwissenschaftlicher Lektüre wurde öfters ausgesprochen. Auerbachs Büchlein scheint mir dazu recht geeignet.

### Biologie / Adolf Koelsch

Klaatsch † Ganz plötzlich, kurz vor der Vollendung des 53. Lebensjahrs, ist Hermann Klaatsch in Eisenach gestorben. In Berlin geboren und aus der Schule Waldeyers hervorgegangen, kam er als blutjunger Mediziner nach Heidelberg, wurde Assistent des Anatomen Carl Gegenbaur und habilitierte sich dort Ende der achtziger Jahre für Anatomie. Als ich ins erste Semester nach Heidelberg ging, war er gerade, hinter sich die schmerzvollen Erinnerungen an eine abgöttisch geliebte Frau, von der er sich nach kurzer Ehe gewaltsam hatte wieder losreißen müssen, aus Messina zurückgekommen, wo er in der Arbeit sein Leid zu betäuben versucht und sich aus dem Meer das Material für eine lang geplante, umfassende Untersuchung der Embryonalentwicklung des Amphioxus, des primitivsten, noch unter den Fischen stehenden Chordatieres, zusammengesucht hatte. Denn von Anfang an war er mit seinem Hauptinteresse den Problemen verfallen gewesen, die mit der Entwicklungs- und Stammesgeschichte des Menschen zusammenhängen. Hart am Weg dieses Gebiets lagen die Amphioxusstudien, die er damals mit Eifer begann. Aber über ein paar kurze Beiträge zur Entwicklungsgeschichte einiger Organsysteme des Lanzettfisch-

chens geriet das Vorhaben nie hinaus. Denn ganz plötzlich (und diese Sprunghaftigkeit im Wechsel seiner Überzeugungen und Blickorientierungen ist immer für ihn bezeichnend geblieben) hatte sich die Idee in ihm festgesetzt, daß man den Geheimnissen der menschlichen Stammesgeschichte wohl viel näher kommen müsse in der Paläontologie, die sich mit dem Studium der ausgestorbenen Vorfahrenformen heute lebender Organismen befaßt, bei dem Menschen jedoch vorderhand nicht sehr glücklich gearbeitet hatte. Sofort legte er seine Assistentenstelle bei Gegenbaur, in der er mittlerweile zum außerordentlichen Professor aufgerückt war, nieder und warf sich auf das Studium der Paläontologie, von der er nicht mehr verstand als ein Hund von Hieroglyphen. Der einfachste Weg, um zu einem guten Wissen auf diesem Gebiet zu gelangen, über das in Heidelberg damals überhaupt nicht gelesen wurde, schien ihm nun der zu sein, daß er selbst ein Kolleg über Paläontologie ankündigte. Hier hat man den ganzen, ebenso unternehmenden und übermütigen wie sarkastischen Klaatsch. Ich entsinne mich gut, wie er eines Tages vor einigen Studenten, die wir seine Genossen beim Mittagstisch waren (er brauchte immer einen Haufen Jugend um sich), sein Vorhaben auskramte, und wie er zuletzt, als er unserer Mitwirkung sicher war, strahlend vor Glück, mit seinem meckernden Lachen in der Kehle, den Radmantel schief über die Schultern hängt und den Schlapphut auf dem Kopf, hinter den Klapptüren verschwand, um auf einem Bummel zu überlegen, unter welch unverfänglichem Titel er das Kolleg fürs nächste Semester ins Vorlesungsverzeichnis einschmuggeln könne; denn eine venia legendi hatte er für etwas Derartiges natürlich nicht.

Nun, er fand den Titel, im alten Anatomischen Institut gab es auch eine Art verstaubter, als Stapelplatz für 50- und 60jährige Wandtafeln dienender Bodenkammer mit zwei zerbrochenen Bänken darin, und hier las Klaatsch im nächsten Semester seine erste Paläontologie. Sie wurde in Form eines Kolloquiums vom Stapel gelassen, vor 4 Studenten, die sich vorher auf ein verabredetes Kapitel vorbereitet und alles getan hatten, um mit Wissen zu glänzen. Ein Geologe, der zu einem Frankfurter Petrefaktenhändler Beziehungen hatte, sorgte für fossiles Anschauungsmaterial, während ich als Bildertafelzeichner

fungierte. In 2 Semestern hatten wir den Stoff richtig hinter uns. Mit besonderem Vergnügen denke ich stets daran, daß damals in Heidelberg ein junger, sehr tüchtiger Geologe an der Universität wirkte, der Klaatschs Bestrebungen durch Ansetzung eines mit Exkursionen verbundenen Parallelkollegs über Geologie eifrig unterstützte. Unsere privaten Vorweltstudien bekamen so einen soliden und geschichtlichen Hintergrund und müssen im ganzen nicht schlecht gewesen sein; denn als ich später zur Verwunderung des Dekans der Fakultät die offiziell gar nicht gelesene Paläontologie als Nebenfach fürs Doktor-examen wählte, konnte ich die Prüfung mit einer Eins bestehen.

Klaatsch hatte mittlerweile die Ferien regelmäßig zu privaten Studien in den paläontologischen Sammlungen anderer Universitäten benutzt und im Jahr 1899 auf dem Anthropologenkongreß in Lindau die Ansicht entwickelt, daß der Mensch stammesgeschichtlich mit den Menschenaffen gar nichts zu tun habe sondern von einem niedersten Primatoidenzustand, aus dem auch Halbaffen, Affen und vielleicht sogar ein Teil der Beuteltiere hervorgegangen wären, als selbständiger Seitenast abgezweigt werden müsse. Was dem alten Ranke damals so ketzerisch erschien, daß er Klaatsch andonnerte mit den Worten: »Das ist nicht Wissenschaft, was Sie da sagen, das ist Phantasie.« »Aber solche, die ich wahr machen werde«, äußerte damals Klaatsch und fuhr wieder heim. Tatsächlich reifte als Erfolg des heftigen Widerstands, den er mit seinen Anschauungen bei der ältern Anthropologenschule gefunden hatte, in Klaatsch der Entschluß zu einer großen Forschungsreise nach Australien; dem Land der Ursäugetiere und der Australneger, was so viel bedeutete als der Menschen mit primitivstem Schädelbau und einer Kultur, die nach den lückenhaften Nachrichten über einige ganz unzugänglich im Hinterland lebende Stämme teilweise noch nicht über die Steinzeitstufe hinausgekommen war. Die Reise wurde alsbald angetreten, und Klaatsch blieb volle 3 Jahre weg. Seitdem habe ich ihn nicht mehr gesehen. So viel aber weiß ich: Klaatsch ist mit überaus reichem und wertvollem Material, das er sich auf teilweise lebensgefährlichen Expeditionen gesammelt hat, aus Australien zurückgekehrt. Er ist aber weder damals noch später zu seiner Bearbeitung gekommen; das geplante große Werk über jene Völker

und ihre Kultur blieb angefangen, aber unvollendet zurück. Denn zunächst folgte er einem Ruf als Professor der Anthropologie an die Universität Breslau und bündete sich damit Lehrverpflichtungen auf, die grimmig an seiner Zeit fraßen. Zum zweiten aber begann der schweizerische Archäologe Otto Hauser gerade in jener Zeit mit seinen Ausgrabungen in Südfrankreich Glück zu haben, und es war Klaatsch, den er zu seinem Vertrauten machte, und der mit Begeisterung sich der Aufgabe unterzog die Skelette des Urmenschen von Le Moustier und Combe Capelle in Sicherheit zu bringen, zu präparieren und zu beschreiben. Damit war Klaatsch eigentlich dort angelangt, wohin zu gelangen er einst gewünscht hatte: beim Vorfahren, der nicht mehr in der Phantasie oder in dem embryonalen Durchgangsstadium irgendeines in Schnitte zerlegten Wirbeltiers vor ihm lag sondern in soliden Skeletten und meßbaren, anatomisierbaren Schädelkapseln. Indem er sich dieser Materie ganz in die Arme warf und sie von allen Seiten mit den Strahlen seines riesenmäßig angeschwollenen anatomischen, paläontologischen, geologischen, ethnologischen, zoologischen und archäologischen Wissens beleuchtete, begann sie zu phosphoreszieren und Klaatsch derart mitzureißen, daß jede seiner kurzen, rasch hinausgeschleuderten Arbeiten wie ein Jubelschrei war über eine Entdeckung, der bald größere und immer größere folgen würden. Wenn er in seiner Heftigkeit und aphoristischen Art manchmal daneben hieb oder Widersprüche produzierte: wer will es ihm groß als Fehler anrechnen? Hätte er nur als Sprengstoff gewirkt, es wäre genug, daß man voll Trauer ist über seinen frühen Tod, der ihm verwehrte der bedeutendste Urmenschenforscher unserer Zeit erst noch zu werden.

×  
 Prähistorische Im American Museum of  
 Funde Natural History in New  
 York ist jetzt das Skelett  
 eines Riesensauriers auf-  
 gestellt worden, dessen Knochen in jahre-  
 langer Arbeit durch eine besondere Ex-  
 pedition aus den Sandsteinen von Mon-  
 tana in der Nähe des Missouri geborgen  
 worden sind. Das Tier, Tyrannosaurus  
 benannt, hat eine Länge von 16  
 Metern und ist aufgerichtet 6 Meter  
 hoch. Es handelt sich um einen Dinosaurier  
 aus dem Ende der Kreidezeit,  
 einen entfernten Verwandten von Ei-  
 decksen, Krokodilen und Vögeln, mit

welch letzteren er die Verwendung der Hinterbeine zu Gehwerkzeugen teilte, während die Vordergliedmaßen ähnlich wie beim Känguruh, sehr verkürzt und zu Greiforganen entwickelt sind. In jedem Kiefer sind 13 dolchartige Zähne eingelassen; der größte ist 12 Zentimeter lang. Das Tier ist ein Fleischresser gewesen und dürfte als das gewaltigste Raubtier zu gelten haben, das je über unsere Erde gewandelt ist.

Bezüglich des Urvogels Archäopteryx, der seiner Zeit in den Solenhofener Schiefeln gefunden wurde, kommt Dr. F. Stellwag auf Grund genauer Untersuchungen der Arm- und Handknochen in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift zu dem Ergebnis, daß der Vogel kein bedeutender Flieger gewesen sein könne und eigentlich kaum für das Leben auf Bäumen geschaffen war. Er dürfte sich viel wahrscheinlicher nach Art der Hühner auf freiem Feld und im Gebüsch aufgehalten und an Flugvermögen noch unter dem Fasan und dem Rebhuhn gestanden haben, zwischen denen er an Größe ungefähr in der Mitte steht.

Im Anhang des Archivs für Anthropologie wird von Dr. Max Stein als absolut sicheres Unterscheidungsmittel echter Feuersteinwerkzeuge von ähnlichen Bildungen, die die Natur erzeugt (Eolithen) und deren Verwechslung mit wirklichen Artefakten zur Aufstellung der Theorie vom tertiären Menschen den Anlaß gegeben hat, ein chemisches Merkmal genannt, das sich angeblich nur an Steinen herausbildet, die Menschenhände im Gebrauch gehabt haben. Es handelt sich um das Vorhandensein der Pyritaktion. Pyrit, eine eigentümliche Eisenverbindung, sagt der Verfasser, bilde sich nur an solchen Mineralien, an denen ein Verwesungsvorgang stattgefunden hat. Verwesungsvorgänge greifen aber schon dort um sich, wo Feuersteine beim Gebrauch durch Menschenhände Fett in minimalsten Spuren aufgesogen haben oder durch Stoffe tierischen Ursprungs (Blut, Fleischsäfte) beschmutzt worden sind. Feuersteine aus natürlichen Fundorten sollen diese bezeichnende Reaktion niemals aufweisen und daher ohne weiteres als Nichtartefakte zu erkennen sein, obgleich ihre formale Beschaffenheit gestatten würde sie den primitivsten Werkzeugen zuzuzählen.

Wenige Meter vor den südwestlichen Kaianlagen Zürichs ist bei Baggerarbeiten eine Pfahlbausiedelung bloßgelegt worden, an deren näherer

Erforschung zurzeit noch gearbeitet wird. Sie gehörte der Kultur der Bronzezeit an und scheint eine umfangreiche Töpferei und Bronzegießerei besessen zu haben. Am schönsten und reichsten ist das Töpfermaterial, das aus vielen großen unverletzten Koch- und Vorratstöpfen mit primitiven Fingertupfzeichnungen und aus feinen glasierten Tonwaren mit sehr kunstvollen Kerbstich- und Tiefstichornamenten besteht.

Einer noch etwas ältern Kulturepoche hat eine Ansiedlung angehört, die man bei Wachenheim in Rheinhessen neuerdings auffand. Sie ist bemerkenswert durch ihre ausgedehnten, guterhaltenen Wohnplatzanlagen und ihre Topffunde, die sie in die ausgehende Steinzeit und zwar in die Kulturepoche der Spiral-Neander-Keramikkunst verweisen.

X  
Wetter und Befinden

Zu diesem Thema, das schon viele beschäftigt hat, haben Dr. Ernst Brezina und Dr. Wilhelm Schmidt im 123. Band der Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften einen neuen Beitrag geliefert. Der eine Autor ist Mediziner, der andere Meteorologe, was im Hinblick auf die Vielteiligkeit der Probleme als eine glückliche Verbindung von Sachkenntnis bezeichnet werden kann. Ihre Methode ist, wie bei solchen Untersuchungen in der Regel, die Statistik, ihr Material bestand aus einigen Wiener Volksschülerklassen, den Insassen einer epileptischen Anstalt und dem zum größten Teil weiblichen, etwa 60 Köpfe starken Hilfspersonal der österreichischen Volkszählungskommission, das mit Ausfüllung der Lochkarten beschäftigt war und während eines ganzen Jahres der Beobachtung unterworfen wurde. Über das raffinierte Verfahren, das die Autoren angewandt haben, um alle Zufallsfehler auszuschließen, mag man im Original das Nähere nachlesen; der Bericht darüber nimmt viele Seiten ein, und man gewinnt den Eindruck, daß in jeder Beziehung aufs gewissenhafteste vorgegangen worden ist, daß auch die meteorologischen Elemente, als da sind Luftdruck am Ort, Temperatur, Dampfdruck, relative Feuchtigkeit, Niederschlag, Ozongehalt, Bewölkung, Windrichtung und Windstärke, sowie die Luftdruckverteilung über Europa und die Lage des Beobachtungsorts zu den gerade herrschenden Fall- und Steiggebieten mit einer Subtilität be-

rücksichtigt worden sind, wie das in ähnlichen Arbeiten bisher niemals gesehen ist. Als unbrauchbar wurden außerdem von vornherein der Montag sowie jede Woche vor und nach den Ferien ausgeschaltet.

Wenn ich trotzdem die Untersuchungsergebnisse an Schülern und Epileptikern hier übergehe, so mag zur Rechtfertigung angeführt werden, daß mir bei den Schülern die Beobachtungen doch nicht zahlreich genug und bei den Epileptikern die Resultate zu verschwommen erscheinen, als daß man die Schlüsse der Autoren in die Rubrik der gesicherten Tatsachendinge eintragen und zu Normalmaßstäben des Urteils erheben dürfte. Man könnte den Schülern und den Epileptikern doch vielleicht unrecht tun, und die Autoren dürften teilweise selbst dieser Meinung sein, indem sie wiederholt das Wörtchen scheinbar in ihre Deduktionen einfließen lassen.

Dagegen dürften die Beobachtungen am Hilfspersonal der Volkszählungskommission in der Tat ein Schema geliefert haben, in dem sich, was die Beziehungen zwischen Wetterlage und Leistungsfähigkeit angeht, die Mehrzahl aller Menschen unterbringen läßt, die leichte oder auch schwerere geistige Arbeit zu erledigen haben. Im einzelnen geben die Autoren an, daß sie im Luftdruck, in der Temperatur und der relativen Feuchtigkeit Faktoren ermitteln konnten, deren jeder sich ziemlich unabhängig von den anderen äußert und sehr charakteristische Reaktionsweisen im Gefolge hat, während von den übrigen Witterungselementen gleiches nicht gesagt werden könne. Immerhin scheint auch die Temperatur, das eine dieser verhältnismäßig selbständigen Elemente, im ganzen nur flache Wirkungen hervorzubringen, denn man liest in der Abhandlung, daß ein ausgesprochener Einfluß der Temperatur sich vornehmlich nur im Winter bemerkbar machte, und zwar derart, daß mit höheren Lufttemperaturen regelmäßig schlechtere Leistungen einhergingen. Ausgesprochener setzte sich schon die Wirkung niedriger relativer Feuchtigkeit durch; sie hatte stets schlechte Leistungen im Gefolge. Bemerkenswert ist auch, daß bei niedrigem Ozongehalt die günstigsten Leistungen verzeichnet wurden, und daß sie sanken, wenn der Ozongehalt zu hohen Werten anstieg oder auf Minima fiel. Die eindrucksvollsten Abhängigkeitsbeziehungen traten aber im Verhältnis von Luft-

druck und Leistungen zu Tag. Hier erwies sich als allgemeine Regel (der, nebenbei gesagt, auch die Schulen durchweg unterworfen waren), daß sehr niedriger Luftdruck in allen Jahreszeiten unterdurchschnittsmäßige Leistungen erzeugt. Luftdruckveränderungen von einem Tag zum andern, ob sie sich in aufsteigender oder absteigender Richtung bewegen, sind ebenfalls immer ungünstig, am ungünstigsten im Sommer; desgleichen haben Luftdruckschwankungen während der Nacht, die sich nicht auf den folgenden Tag erstrecken, um so schlechtere Leistungen im Gefolge, je heftiger und plötzlicher sie gewesen sind. Wie denn überhaupt zu allen Jahreszeiten sehr rasche und plötzlich einsetzende Luftdruckschwankungen von höchstens 4 bis 10 Minuten Periodendauer, besonders wenn sie nach unten gehen, stets das klarste und heftigste Bild von Verschlechterung liefern. Ganz allgemein würde sich also sagen lassen, daß für leichtere geistige Arbeit diejenige Witterung am unvorteilhaftesten ist, die bei Fallgebiet an Ort und Stelle oder beim Herannahen eines barometrischen Minimums herrscht. Diese Aussage Brezinas und Schmidts deckt sich übrigens vollkommen mit den Befunden, die auch andere Autoren teils an Menschen teils an Tieren gesammelt haben, so daß sich hier ein beherrschendes Gesetz kundzutun scheint.

×  
**Kurze Chronik** Mit einem arbeits- und erfolgreichen Leben hinter sich wurde in Berlin Geheimrat Paul Sorauer, Professor für angewandte Botanik an der dortigen Universität, im Alter von 77 Jahren durch den Tod aberufen. Er war eine Autorität auf dem Gebiet der Pflanzenkrankheiten, deren Studium er sein ganzes Leben gewidmet hat; er hat sich in vielen Fällen dauernde Verdienste um die Bekämpfung der pflanzlichen Parasiten erworben. × In Freiburg im Breisgau ist der frühere ordentliche Professor der Botanik an der dortigen Universität Friedrich Hildebrand, Verfasser zahlloser pflanzenbiologischer und pflanzengeographischer Arbeiten, im Alter von 81 Jahren gestorben. Er hat im Forschen, Denken und Schreiben viel von einem alten Miniaturenmaler an sich gehabt. × Aus London wurde der Tod des Geographen und Geologen Clements R. Markham gemeldet. Im Alter von 86 Jahren dahingegangen, ist er der eigentliche Begründer der englischen Kolo-

nialgeographie. 1850-1851 hatte er an der Expedition zur Auffindung Franklins teilgenommen, später als Geologe die abessinische Expedition begleitet und umfangreiche Reisen zur Erforschung Perus und Indiens ausgeführt. Seit 1899 war er Präsident der Geographischen Gesellschaft in London. × In seiner Vaterstadt Karlsruhe ist der Anthropologe und Sozialanthropologe Dr. Otto Ammon, ursprünglich Ingenieur, dann Zeitungsbesitzer und Journalist, im Alter von 73 Jahren gestorben. Am bekanntesten sind seine Schriften zur Anthropologie der Badener und sein Werk Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen geworden. Wohl in jeder größeren und mittlern deutschen Stadt hat man ihn in Vorträgen gehört. × Zum Gedächtnis des verstorbenen Frankfurter Anatomen Georg Herman von Meyer hat anlässlich dessen 100. Geburtstag sein Sohn der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft ein namhaftes Kapital zu einer Stiftung überwiesen, aus deren Zinsen alle 5 Jahre ein Preis für die beste anatomische Arbeit verliehen werden soll. × Auf den Lehrstuhl für Völkerkunde wurde an die Frankfurter Universität der Privatgelehrte und Weltreisende Dr. Bernhard Hagen, der Begründer des Frankfurter Völkermuseums, berufen.

## KUNST

### Bildende Kunst / Victor Wallerstein

**Französische und deutsche Kunst** Der Maler Wilhelm Trübner glaubte in der sehr schwierigen Frage »Völkerkunst oder Weltkunst?« Stellung nehmen zu sollen, und eine Berliner Zeitung hat seine Meinung darüber der Öffentlichkeit übergeben. Es handelt sich dabei um nichts weniger als um die theoretische und, wie ich gleich vorwegnehmen möchte, unnütze Erörterung, ob nach dem Krieg wieder »eine Internationalität oder eine bewußte Nationalität der bildenden Kunst zu erwarten und zu erwünschen ist«. Die Frage ist schwierig, solange man in der Art wie hier Trübner an ihr theoretisch herumzerrt, und wird immer schwieriger, wenn sie in böse chauvinistische Weise nicht so sehr von der Einsicht als vom Willen aus beantwortet wird. Trübner benutzt die Gelegenheit, um der französischen Kunst und Kultur bitterböse Worte zu sagen. Was er schreibt, ist so falsch, daß man ruhig von jedem seiner Sätze das Gegenteil behaupten

und auch beweisen kann. Seine Hauptthesen, die er in einer geradezu ewigkeitsgültigen Weise hinstellt, können folgendermaßen wiedergegeben werden: 1. Frankreich ist das »Land des Unvermögens«. Die französische Kunst hat es nur der »französischen Lügenpresse« zu verdanken, wenn sie sich »so hinaufgeschwindelt« hat. Wer über sie anders denkt, verbreitet eine »Irrlehre«, eine »gedankenlos überlieferte Behauptung«. 2. Die Deutschen haben nie etwas von den Franzosen gelernt. Denn »die Franzosen besaßen weder früher noch in unserer Zeit vorbildliche Meister«. Im besonderen hat Leibl »nichts, aber auch gar nichts von den Franzosen bezogen«. Wie es um die Richtigkeit dieser letzten Behauptung steht, hat Robert Breuer bereits in der selben Zeitung durch die Anführung der einfachen Tatsachen widerlegt. Doch ist dies ja nur ein Spezialfall. Was fängt man aber mit der Hauptthese an?

Wenn heute jemand behaupten wollte, Beethoven, Dürer oder Michelangelo seien Stümper gewesen, so wird man kaum darüber lächeln können, sondern man wird den Betreffenden mit Besorgnis betrachten. Aber man wird sich keinesfalls zum Verteidiger Beethovens, Dürers oder Michelangelos aufwerfen. Es gibt eben Erkenntnisse, die so »gedankenlos« in uns wurzeln, daß sie uns überhaupt nicht entrisen werden können. So ist die Erkenntnis in uns zur Tatsache geworden, daß jene künstlerischen Probleme, die der modernen Kunst den Antrieb gaben, zuerst in Frankreich aufkamen, erst von Frankreich nach Deutschland den Weg fanden. Nachweise von Kunsthistorikern dafür zu erbringen halte ich nicht für nötig; in jeder Kunstgeschichte ohne Ausnahme sind sie mit mehr oder minder großer Stärke betont worden. Aber gerade diese will ja Trübner als »eingebürgerte Irrlehre« so lange bekämpfen, bis schließlich »doch jedem die Schuppen von den Augen fallen«. Und die Beweise für seine Behauptungen? Sie bestehen eben in der Behauptung: »Frankreich ist das Land des Unvermögens.« Damit geht Trübner doch über jeden erlaubten Grad von künstlerischer Freiheit hinaus. So mit der Wahrheit umzuspringen ist niemandem erlaubt. Gegen eine derartige Umstülpung der Tatsachen, an auffallender Stelle gegeben und von nichtinformierten Lesern vielleicht gutgläubig wiederholt, muß entschieden Stellung genommen werden. Denn es heißt den deutschen Namen

herabwürdigenden, die gute deutsche Sache schädigen, wenn ein Deutscher eine andere Nation (und gerade, wenn wir im Krieg mit ihr liegen) auf Grund erfundener Tatsachen herunterzusetzen sucht. Ich will als Gegenstimme keinen Kunst-historiker anführen, von denen sich die Deutschen nach Trübner »aus Gutmütigkeit« den Vorgang in entstellter Weise schildern« lassen. Aber vielleicht ist es erlaubt einige Worte Lamprechts anzuführen, der schwerlich verdächtigt werden kann die nationale Seite niemals zu schwach betont zu haben. Im 1. Ergänzungsband seiner Deutschen Geschichte liest man: »Bis in die Zeiten nach dem Kriege von 1870-1871, bis zur wiedergewonnenen Einheit, waren wir den westlichen Nationen in den meisten Dingen der Kultur unterlegen und sind es in einer Reihe der feinsten Dinge noch heute. Es muß das offen ausgesprochen werden; es schändet nicht; und es ist nach dem Verlauf unserer Geschichte leicht erklärlich.«

In Frankreich besteht eine künstlerische Tradition, die sich bis in den Anfang des 14. Jahrhunderts leicht verfolgen läßt. Der päpstliche Hof zu Avignon und die weltlichen Fürstenthöfe rund um ihn, wie die Herzöge von Berry, pflegten schon die Kunst in einer Art, der gegenüber das Mäzenatentum eines Lorenzo de' Medici »nur parvenuhaft« erscheint. »Nicht ein Schloß wurde errichtet, sondern immer gleich mehrere.« Und gerade die Baukunst kann als Exponent der Kultur betrachtet werden, sie ist das am meisten bezeichnende Symptom für die Stärke des Gesamtwillens einer Nation. Verfolgt man diesen immer weiter, bis in die wirr sich kreuzenden Lebensäußerungen jener Zeit, so kommt man zu einem Urteil, wie es Ranke von dem Zeitalter Leos X. formuliert hat: »Die Festung, die der Fürst dem Feinde gegenüber errichtet, die Note, die der Philologe an den Rand seines Autors schreibt, haben etwas Gemeinschaftliches. Einen strengen und schönen Grundzug haben alle Hervorbringungen dieser Zeit.« Damals war es, da sich Frankreichs »Unvermögen« die feste Grundlage für die Zukunft hämmerte. Und es ist nicht bis zur Sicherheit erforscht, ob nicht hier auch die Wurzeln der italienischen Renaissance zu suchen sind. Jedenfalls läßt sich von da ab, in ununterbrochener Reihe bis auf unsere Tage, auf allen Gebieten der Kunst (und auch der Wissenschaft) das untrügliche Zeichen von Frankreichs »Unvermögen« aufstellen. Das hieße aber

Frankreichs Geistesgeschichte schreiben, was an dieser Stelle wirklich nicht möglich ist. Wenn ich dennoch an die Kathedralen von Arles, Moissac, Saint-Denis, Chartres, Paris, Rheims und Rouen, an die Schlösser des Louvre, von Fontainebleau und Versailles erinnere, so möchte ich damit nur einem Gedächtnis aufhelfen, das auch in der heutigen Zeit nicht verloren gehen darf. Ich möchte an Watteau, Delacroix, Couture, Daumier, endlich auch an Manet, Cézanne und ihre Zeit erinnern und dann »gedankenlos« die »faule Behauptung« wiederholen, daß Deutschlands Künstler ohne diese Vorgänger nicht zu erklären sind. Die Malerei der letzten Jahrzehnte, der Impressionismus wie der Expressionismus, hat ihren Ausgang in Frankreich genommen. Und gerade weil wir jetzt für die nationalen Interessen Deutschlands kämpfen, und gerade an dieser Stelle, an der daran gearbeitet wird die Zukunft Deutschlands gegen England und seine Alliierten sicherstellen zu helfen, müssen wir jede Ungerechtigkeit und Unwahrheit zurückweisen, um der Sache willen, um unserer selbst willen.

Man kann das Wort Kultur von verschiedenen Seiten her betrachten; es besitzt heute einen hoch aufgesammelten Inhalt. Man kann es aber auch einmal wagen ihn auf einen kurzen Satz hin zu pointieren: Kultur heißt Zusammenhang haben mit seiner Vergangenheit. Diesen Satz in seiner ganzen Tiefe auf uns selbst anwenden zu können wird uns noch ein Stück Arbeit kosten. Unser Selbstbewußtsein muß hierfür noch wachsen. Nur ein falsches Selbstbewußtsein aber wird gefördert, wenn man andere herabsetzt. Selbstbewußtsein entsteht nicht aus Geringschätzung des Nachbarn sondern aus Achtung vor sich selbst. Man muß die deutsche Kunst als groß hinstellen können, ohne darum die französische kleiner machen zu wollen. Und jedenfalls hat der Künstler Trübner zur Größe der deutschen Kunst mehr beigetragen als der Polemiker Trübner der Größe der französischen je nehmen kann.

X

Slevogt

Es ist nicht leicht heute Neues über Slevogt und Liebermann zu sagen. Als zeitgenössisches Erlebnis ist die Kunst beider von allen der Generation möglichen Seiten her beleuchtet und als unserer fester, unverrückbarer Besitz allgemein anerkannt. Das Problematische, das jedes Gleichnis der Wirklichkeit gegenüber von Anfang an in sich birgt, ist, so-



weit es für uns Zeitgenossen wichtig war, aufgelöst. Wir haben gelernt aus den Abstraktionen, den geringsten Andeutungen Bilder zu erkennen, die Visionen, die das Auge der Künstler uns vermitteln wollte. Wir haben gelernt die gegebene Abkürzung mit dem Erinnerungsbild, das von jedem Gegenstand in uns lebt, zu verschmelzen und alles, selbst die geringste Andeutung zu festen Anhaltspunkten zu machen. Die Kunst Slevogts und Liebermanns ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Ohne Mühe sind wir imstande uns an ihnen zu freuen. Wollten wir heute ihre künstlerische Tat in Worten darstellen, so würde dies nicht ohne Mühe von statten gehen. Die Selbstverständlichkeit steht uns im Weg und muß erst wieder überwunden werden.

In letzter Zeit haben wir wiederholt Gelegenheit gehabt eine größere Zahl von Arbeiten Slevogts und Liebermanns bei einander zu sehen, so daß es fast zu wünschen wäre, man hielte jetzt eine Zeitlang damit zurück und böte uns anderes. Die Schätzung ihrer Kunst könnte damit nur gefördert werden.

Die letzte Ausstellung von Slevogt bei Cassirer in Berlin brachte eine Fülle seiner Porträts, Landschaften und Aquarelle, Arbeiten von den späten neunziger Jahren bis in die Gegenwart. Es war wohlthuend diese Auslese einer arbeitsreichen, wohlorganisierten Begabung gelassen betrachten zu können. Man freute sich, wie man sich stets an einer Vollkommenheit erfreut, und man empfand, daß mit solchem Lebenswerk das unverlierbare Gut eines Volkes bereichert wird. Dabei aber läßt man sich nicht genügen; die beruhigte Seele sucht sich neuen Kampf. Es ist sonderbar zu sehen, wie durch den Wechsel, den unsere Zeitstimmung durchlebt, wir heute andere Reize in den Werken suchen und merkwürdigerweise auch erblicken. Hat es uns noch vor kurzer Zeit als Höchstes gefesselt das schlagende Wirklichkeitsbild in allen diesen Werken auszukosten, mit zugekniffenem Auge das physiologische Erlebnis aufzunehmen, so suchen wir heute alles in dem Werk, was sozusagen übernaturalistisch ist, was den Naturalismus ad absurdum führt, was uns zum Beweis werden kann, daß es Naturalismus überhaupt nicht gibt.

Wir suchen, was an absoluter Form der Wirklichkeit gegenüber als Gleichung gesetzt wird, und erkennen, daß diese auf höchst subjektive Weise gefunden wurde. Unter allen den vielen Aqua-

rellen aus Tirol, Italien und Ägypten sind nur wenige Nichtigkeiten. Viele von ihnen kommen in ihrer Wirkung fertigen Bildern gleich. Am meisten können uns aber heute die geben, in denen neben dem köstlichen Augenblicksreiz noch die subjektive Spannung eines innerseelischen Erlebnisses mitschwingt. Und es waren auch solche darunter. Unter den prächtigen Porträts reizt heute dasjenige am meisten, wo das Wesen des Künstlers und des Dargestellten gesteigert scheint, wie in dem Bildnis M. G. Conrads vom Jahr 1909. Wir fangen damit an ungerecht gegen die Kunst zu werden, weil wir sie nicht von ihrer eigenen Vorbedingung sondern von unserm augenblicklichen Habitus aus betrachten. Das ist die Ungerechtigkeit, die alle Kunst einmal trifft, bis wieder eine ihr in der Grundstimmung ähnliche Zeit kommt und ihr tausendfach zurückgibt, was wir ihr heute versagen müssen.

×

Liebermann Auch an den 350 Zeichnungen Liebermanns, die jetzt, gleichfalls bei Cassirer, zu sehen waren, wächst uns nur ein neues Organ für eine neue Kunst: Ein Zeichen für die Lebendigkeit und Geistigkeit dieser Blätter, die fortwirken werden, selbst wenn sich unser Standpunkt ihnen gegenüber verändert hat. Sie werden uns dann nur eine neue Seite zuwenden. Diese 350 Zeichnungen sind die Abstraktion eines Menschenlebens. Sein Schauen ganz allein, aber ein Schauen, in dem Kraft, Tiefe und Witz des menschlichen Erkennens fest verankert sind. Wir können die Arbeit verfolgen, die damit beginnt sich der Erscheinung durch den Umriß zu bemächtigen. Der Erscheinung, wie sie durch ihre Bewegung den ersten Grad von Relativität erhält. Es geht langsam auf diesem Weg voran. Vorerst behutsam, um den Zusammenhang der Dinge, wie sie in unserer Erinnerung bestehen, nicht zu zerstören. Kein Wagnis der Verkürzung oder eine zu hohe Zumutung an unser Verhältnis zur Natur. Aber doch schon ein neues Ergebnis: die Darstellung des Ruhig-Lebendigen im Organismus. Aus dem ruhig Lebenden wird immer mehr das Fluktuerende, Transitorische, Vorübergehende. Auch jetzt noch sind die Erscheinungen ihrem Volumen nach abgetastet und im Kontur festgehalten. Im Kontur stecken die Bewegung und das Leben. Sollten diese gesteigert werden, so mußte der Kontur fallen und die Abstraktion

weiter gehen. Statt der Dinge selbst sehen wir endlich nur noch das Kausalitätsverhältnis zu ihren Medien. Wir sehen nur Wirkungen. Das Volumen ist aufgelöst in Hell und Dunkel, aber mit so unfehlbarer Sicherheit und Überzeugungskraft wieder verbunden, daß uns eine neue Bildstruktur aus dieser Anschauung erwächst. Es gibt unter den ausgestellten Zeichnungen Blätter, vor denen man so recht erkennt, daß mit dem Wort Naturalismus, ebenso wie bei Slevogt, auch bei Liebermann wenig gesagt ist. Schnitte man ein Stück aus einer solchen Darstellung, so würde man sich vergeblich bemühen ein naturnahes Abbild eines Gegenstands wiederzuerkennen. Nur im Zusammenhang mit dem ganzen optischen Erlebnis werden die Teile für uns zur lebendigen Vision. Und es ist geradezu verblüffend, wie wenig Liebermann von Anhaltspunkten der absoluten Form der Dinge herüberzunehmen braucht, um uns diese Illusion des Geschauten zu vermitteln. Eine Illusion, die so stark und nachhaltig ist, daß sie imstande ist uns so lange einfach zu diktieren, wie wir die Natur zu sehen haben, bis der Sprecher eines veränderten Zeitgeistes an seine Stelle tritt, und ein neues Bild der Welt durch das Filter des Schauens von einigen Wenigen langsam und tropfenweise in das Bewußtsein der Vielen hineinsickert.

× **van Heemskerck** Wie sich die aufgelöste Form Slevogts und Liebermanns wieder zusammenschließt, ist oft schon dargestellt und an höheren Beispielen demonstriert worden als es die Bilder Jacoba van Heemskercks sind, die man uns in der Sturtausstellung zeigte. Aber gerade dadurch, daß wir es hier nicht mit den Pfadfindern sondern mit Epigonenkunst zu tun haben, wird uns der Weg, das Programmatische, die Methode um so durchsichtiger. Die Veränderung des sogenannt naturalistischen Bildes in ein kubistisches läßt sich hier klar verfolgen. In einigen frühen Arbeiten erkennen wir deutlich, wie naturalistische Form in ein System gezwungen wird. Der Stein, der Berg wird zur Pyramide, das Haus zum Rhomboeder, der Zweig des Baumes entweder zum scharf geknickten Winkel oder zur sanft geneigten Straußfeder. Die Farbe ist gebrochen, sammtartig aufgetragen und von einem Schmelz, der an Rousseau erinnert. Das ist der Anfang des Weges zum Schema, dem in den letzten Arbeiten jeder Impuls, jede Intuition ausgeblasen scheint,

so daß eine beinahe kunstgewerbliche Verallgemeinerung das Resultat wird: In kurzer Zeit müssen die wie mit Zirkel und Lineal entstandenen Formen ihre Anregungskraft verlieren, so schön und kräftig die Farbenklänge auch sein mögen. Sie können uns für das Unlebendige der Form nicht schadloos halten und auch nicht für die feine Sinnlichkeit, die in den ersten Arbeiten zu beobachten war. Der Kubismus ist von einer geistigen Grundlage ausgegangen. Von Geistigkeit haben diese Bilder aber wenig zu vermitteln; sie besitzen die materielle Schönheit von dekorativen Glasbildern, in die man schließlich, auch vom Subjekt aus, allerlei Stimmung hineinlegen kann.

× **Kurze Chronik** Der Schweizer Maler Wilhelm Füllbi ist, 85 Jahr alt, in Baden-Baden gestorben. Adolf Hildebrand hatte von ihm und seiner Schwester eine Bildnisbüste geschaffen. × Der Berliner Bildhauer Julius Moser ist im Alter von 84 Jahren in Steglitz gestorben. × Der bekannte Genremaler Hugo Kauffmann starb Ende Dezember in Posen. Er war 1844 in Hamburg geboren. × Die Neuordnung der Berliner Antikensammlung ist nunmehr vollendet. Damit ist zweierlei erreicht. Alles, was die Schönheit und den Charakter des Schinkelbaus beeinträchtigt, ist entfernt worden, und dann haben die Ergebnisse der letzten Ausgrabung Aufstellung gefunden. × In Hadersleben in Schleswig ist jetzt während des Krieges das erste große Freilichtmuseum Deutschlands erbaut worden. Entwurf und Ausführung stammen vom Regierungsbaumeister Hartwig (Berlin). × Die Bildersammlung von Alfred Thieme ist in aller Stille in den Besitz des Museums für bildende Künste in Leipzig übergegangen. Die Sammlung enthält Prachtstücke holländischer Malerei. × Durch das Ableben des zu Bergen in Norwegen ansässigen Großkaufmanns Rasmus Meyers geht die bedeutendste private Kunstsammlung ganz Norwegens in öffentlichen Besitz über. × Frühwerke Goyas sind in Saragossa aufgefunden worden. × Unter den Predigerbildnissen der Kirche in Ackerstlot, die im Pfarrhaus seit Jahrhunderten aufbewahrt werden, ist ein Originalgemälde von Frans Hals entdeckt worden. × Ausstellungen von Zeichnungen Menzels veranstaltet die Nationalgalerie anlässlich der 100. Wiederkehr des Geburtstags des Meisters in den preußi-

schen Städten. × An der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin-Charlottenburg ist jetzt eine Werkstatt für Steinplastik begründet worden: eine für die Heranbildung der jungen Bildhauer wichtige neue Einrichtung.

## KULTUR

### Landwirtschaft / Arthur Schulz

von Podbielski † In seinem 72. Lebensjahr ist Victor von Podbielski gestorben. In allen Sättern gerecht, hat der arbeitsfreudige, unternehmungslustige und besonders als Organisator ungewöhnlich begabte Mann auf den verschiedensten Gebieten Hervorragendes geleistet: in seiner Jugend als Offizier und Sportsmann, später als leitender Kopf großer landwirtschaftlicher und gewerblicher Unternehmungen und als Parlamentarier, dann vom Juli 1897 bis zum Mai 1901 als Staatssekretär des Reichspostamts und darauf ein halbes Jahrzehnt als preußischer Landwirtschaftsminister, endlich noch in seinen letzten Lebensjahren als Vorsitzender des Reichsausschusses für Olympische Spiele und Begründer des Berliner Stadions. So groß und vielgestaltig aber auch seine Verdienste auf allen diesen Gebieten sind (seine mit glücklicher Hand reformierende und organisierende Wirksamkeit als Nachfolger Stephans in der Leitung der Reichspostverwaltung ist hier schon in der Rundschau Verkehr, in diesem Band, pag. 132 f., gewürdigt worden), seine Hauptleistungen hat der Verstorbene doch als Landwirt und Landwirtschaftsminister vollbracht. Als Landwirt schuf er aus seinem in der Westpriegnitz gelegenen großen Gut Dallmin den in der landwirtschaftlichen Fachpresse oft beschriebenen Typus eines modernen, höchst kapitalintensiven Großbetriebs von stark kommerziellem Zuschnitt. Er bewies damit, daß auch ein großer Fideikommißbesitz hervorragend gut und finanziell erfolgreich bewirtschaftet werden kann. Als Landwirtschaftsminister, wozu er im Mai 1901 als Nachfolger Hammerstein-Loxtens ernannt wurde, war er einer der Mitschöpfer und Hauptverteidiger des neuen Zolltarifs und der Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle. In den heftigen parlamentarischen und publizistischen Kämpfen um den *Wuchertarif* viel angefeindet, wußte er doch durch seine Sachkenntnis, seine wuchtige Persönlichkeit und seinen urwüchsigen Humor manchen Gegner zu

gewinnen und seine Sache zum Sieg zu führen. Gleichzeitig schuf er durch energische Seuchenbekämpfung die Vorbedingungen für das Aufblühen der deutschen Viehzucht. Auch hierdurch hat seine schöpferische Arbeit zu unserer Selbstversorgung mit Lebensmitteln in dem Weltkrieg, den er kommen sah und vorausgesagt haben soll, nicht wenig beigetragen.

Der schwache Punkt seiner Amtsführung als preußischer Landwirtschaftsminister lag darin, daß er die über die Polenbekämpfung hinausgehende innere Kolonisation in ihrer überragenden wirtschaftlichen, kulturellen und sozial- und machtpolitischen Bedeutung nicht genügend erkannt und sie, obwohl er als Privatmann auf seinem Gut selbst Landerbeiteransiedlungen geschaffen hat, als Staatsmann nicht hinreichend gefördert hat. Daher wird ihn die Geschichte nicht völlig ebenbürtig an die Seite Miquels stellen, der ihm an Vielseitigkeit seiner wirtschaftlichen, parlamentarischen und staatsmännischen Betätigungen so ähnlich ist, ihn aber vor allem darin übertroffen hat, daß er der Hauptschöpfer der Rentengesetzgebung und der von volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten geleiteten Bauernkolonisation geworden ist und darin ein Erbe hinterlassen hat, mit dem der sonst so verdiente Landwirtschaftsminister, als ostelbischer Großgrundbesitzer und Fideikommißherr klassenmäßig befangen, nicht so gewuchert hat wie es die Sache erfordert hätte.

× Kriegsschriften In seiner Schrift *Der Krieg und die Landwirtschaft* /München-Gladbach, Sekretariat sozialer Studentenarbeit/ schildert Emil Zitzen sehr sachgemäß die Bedeutung und die Leistungen der deutschen Landwirtschaft im Krieg, um dann anhangsweise auch über die landwirtschaftlichen Verhältnisse der übrigen kriegführenden Staaten zu berichten. Recht empfehlenswert als kurzer Überblick ist auch die im Volksvereinsverlag in München-Gladbach anonym veröffentlichte Broschüre *Landwirtschaftsfragen zur Kriegszeit*. Ebenfalls beschäftigt sich das 8. Heft der im gleichen Verlag herausgebrachten Vorträge für die Kriegszeit verständnisvoll mit Landwirtschaftsfragen. Graf Ernst zu Reventlow würdigt in seinem Vortrag *Landwirtschaft und Volkskraft* /Leipzig, Wolff/ die deutsche Landwirtschaft zutreffend als Grund-

lage und Voraussetzung der militärischen Machtpolitik und der weltwirtschaftlichen Weiterentwicklung des Deutschen Reichs. Ohne weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Betätigung gleiche Bedeutung beizulegen, begegnet ihm in der Hochschätzung der Landwirtschaft und des Landlebens der greise Dichter Peter Rosegger in seiner von reformatorischem Eifer beseelten Schrift Heim zur Scholle /Warnsdorf, Strache/. Der große dichterische Gestalter des alpenländischen Bauerntums, dessen Romane, an ihrer Spitze Jakob der Letzte, auch als Zeugnisse eines innersten Anteil nehmenden Beobachters der agraren Zustände und Entwicklungsvorgänge in den deutschösterreichischen Alpenländern höchst schätzbar sind, vereinigt darin 3 nachdrückliche Mahnrufe, in denen er zuerst vor 30 Jahren und zuletzt nach Ausbruch des Weltkriegs sein Volk zum Festhalten an der väterlichen Scholle und zur Heimkehr aufs Land im eindringlichen, feierlichen Ton des Sehers beschworen hat.

Professor Dr. C. Jacoby (Tübingen) empfiehlt in einer Broschüre Die Flechten Deutschlands und Österreichs als Nähr- und Futtermittel /Tübingen, Mohr/ die Renttierflechte als Futtermittel besonders für Schweine und das gleichfalls außerordentlich stärkereiche isländische Moos als menschliches Nahrungsmittel und besonders als Broteratz. Von den von der Verlagsabteilung der Zentraleinkaufsgenossenschaft in Berlin herausgegebenen Flugschriften zur Volksernährung sind besonders wertvoll die Arbeiten Kriegsfuttermittel und Industrielle Herstellung von Kriegsfuttermitteln von Professor Dr. Max Popp in Oldenburg.

Die Schrift des Münchener Universitätsprofessors Dr. Rudolf Leonhard Die landwirtschaftlichen Zustände in Italien /Hannover, Helwing/ kann als kurzgefaßte Einleitung in das Studium des Agrarwesens und der Agrarpolitik Italiens empfohlen werden. Die Schlußseiten nehmen bereits auf das von den städtischen Schreibern der Landbevölkerung aufgezwungene Eingreifen Italiens in den Weltkrieg Bezug. Die Entwicklung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Polen und die Bauernfrage im 18. Jahrhundert untersucht Dr. Warszawski in einer recht gründlichen wirtschaftshistorischen Arbeit, die in der Reihe der Zürcher Volkswirtschaftlichen Studien /Zürich, Rascher/ erschienen ist. Leider besitzen wir in deutscher

Sprache keine zureichende Darstellung der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft und Landbevölkerung im Königreich Polen. Einen gewissen Ersatz bietet der in seiner packenden Vergegenwärtigung der geistig-kulturellen Zustände und des Volkscharakters unübertreffliche 4bändige Roman Reymonts Die polnischen Bauern /Jena, Diederichs/, der hier in der Rundschau Dichtkunst (1913, 3. Band, pag. 1308) besprochen wurde.

Eine nachdenkliche Parallele zwischen der Höchstpreispolitik der französischen Revolutionsregierung und der gegenwärtigen deutschen Reichsregierung zeichnet der bekannte Agrar- und Wohnungsreformer Dr. Georg Wilhelm Schiele in einer Studie der Diederichsschen Zeitschrift Die Tat, betitelt Wirkung der Höchstpreise. Nach seiner Meinung sind Höchstpreise sehr bedenkliche Notbehelfe, die nur zu leicht Produktion und Absatz, besonders der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, verwirren können.

× Kurze Chronik Durch einstimmigen Beschluß hat die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen einen Antrag des Professors Dr. Hansen auf Ausbau und Erweiterung des Landwirtschaftlichen Instituts in Königsberg zur Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft des Ostens angenommen. × Das Landwirtschaftliche Institut der Universität Göttingen hat einen 6 Wochen dauernden Lehrgang für Kriegsinvalide eingerichtet, in dem über Acker- und Pflanzenbau, Tierernährung, Obst- und Gemüsebau und landwirtschaftliche Buchführung unterrichtet wird. × In Berlin ist im Februar eine Kartoffelausstellung veranstaltet worden, die die praktische Arbeit an der Kartoffel veranschaulichte. Sie brachte eine Übersicht über die Ergebnisse der Anbauversuche der Deutschen Kartoffelkulturstation im Jahr 1915; 19 verschiedene Kartoffelsorten, die auf 31 Versuchsfeldern angebaut wurden, waren nach der Höhe der Knollenerträge auf den einzelnen Feldern wie nach den Durchschnittserträgen an Knollen und Stärke geordnet. × Professor Dr. Willy Zielstorff, der Vorsteher der Landwirtschaftlichen Versuchsstation in Insterburg, ist auf den Lehrstuhl der Agrikulturchemie und landwirtschaftlichen Bakteriologie an der Universität Königsberg berufen worden. ×

## Literatur

Im Verlag der Critica Sociale in Mailand hat unserer Parteigenosse Professor Attilio Cabiati unter dem Titel *Per il Pane Quotidiano* eine freihändlerische Streitschrift veröffentlicht, die es unternimmt das schutzzöllnerische Buch *Il Progresso Economico* des bekannten Nationalökonom und freiheitlichen Politikers Colajanni /Rom, Bontempelli/ zu widerlegen. Die Broschüre gibt eine gute Zusammenfassung der Argumente, die in der handelspolitischen Diskussion auf freihändlerischer Seite geltend gemacht werden. Cabiatis Schrift enthält, wie immer man sich zu seinen Ergebnissen stellen mag, viel wertvolles Tatsachenmaterial, das er aus der (vor einigen Jahren bedeutend reichhaltiger gestalteten) italienischen Agrarstatistik und aus den neueren Agrarschriftstellern Italiens, besonders aus Valentis Werken, geschöpft hat. × Zu den Mitteln, durch die Cabiati die Agrarzölle ersetzt wissen will, gehört eine durchgreifende Reform des landwirtschaftlichen Kreditwesens in Italien. Über dessen Entwicklung und gegenwärtigen Stand orientiert vorzüglich die von Dr. Giulio Costanzo verfaßte Schrift *Agricultural Credit and Co-operation in Italy* /Rom, Internationales Landwirtschaftsinstitut/. Mit besonderem Interesse liest man in dieser Schrift (sie war ursprünglich für eine Delegation nordamerikanischer Farmer bestimmt, die kurz vor dem Krieg Europa zum Studium des ländlichen Kredit- und Genossenschaftswesens bereiste) von den beiden Genossenschaftsarten, die Deutschland noch nicht besitzt: den genossenschaftlichen Fabriken zur Herstellung künstlicher Düngemittel und den Genossenschaften zur Bewirtschaftung von Landgütern. In nicht weniger als 14 genossenschaftlichen Fabriken erzeugen die italienischen Landwirte jährlich 2 Millionen Zentner Superphosphat zur Düngung ihrer Äcker. Diese Genossenschaften gedeihen vorzüglich. Noch berühmter sind im Ausland die Pachtgenossenschaften. Auch Costanzo bestätigt, daß die übliche Betriebsweise nicht die gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Landgüter im Großbetrieb sondern ihre Aufteilung zu getrennter Bewirtschaftung ist, und daß besonders in Sizilien auch die sozialistischen Genossenschaften nach diesem System wirtschaften. × Die Milch und ihre Produkte behandelt Dr. Adolf Reitz in einem Bändchen der Teubnerschen

Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* vorwiegend unter naturwissenschaftlichen und hygienischen Gesichtspunkten. Ein stärkeres Hervorheben der volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wäre wohl sehr zweckmäßig gewesen. Auch Literaturangaben wären recht erwünscht. × In einer sehr aufschlußreichen, durch 53 Textabbildungen und 4 Planaufnahmen erläuterten Untersuchung Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit /Berlin, Ernst/ weist Regierungsbaumeister Dr. Ing. Waldemar Kuhn auf manche Vorzüge hin, die die ländlichen Kolonistendörfer jener Zeit vor den Kleinsiedlungen der Gegenwart voraushatten.

Kolonisation / Ludwig Quessel

**Argentinien** Als ein Schulbeispiel dafür, daß eine Kolonie, auch wenn es ihr gelingt sich vom Mutterland frühzeitig loszulösen und sich als unabhängiges Staatswesen zu konstituieren, deshalb kulturell und ökonomisch noch lange Zeit eine Kolonie bleibt, kann die Republik Argentinien dienen.

Die Entstehung Argentinien als selbständiges Staatswesen war eine direkte Folge des großen Krieges, den England gegen das Napoléonische Kaiserreich führte. Als die spanische Seemacht am 21. Oktober 1805 bei Trafalgar vernichtet worden war, schickte England ein Heer von 18 000 Mann über den Ozean in der Absicht die spanische Kolonie Argentinien in seinen Besitz zu bringen. Die englische Invasion wurde jedoch von der argentinischen Bevölkerung blutig zurückgewiesen, was deren Selbstbewußtsein so sehr steigerte, daß sie, als Spanien 2 Jahre später unter französische Herrschaft geriet, ihr Land für unabhängig erklärte. An dem kolonialen Charakter Argentinien wurde dadurch freilich wenig geändert. Ja, man kann sogar sagen, daß erst 50 Jahre nach der Gründung der Republik die eigentliche Kolonisation Argentinien begann. Der ursprüngliche Mestizencharakter der argentinischen Bevölkerung begann nur erst unter dem Einfluß der starken südeuropäischen Einwanderung zu verschwinden. Über 3 Millionen Europäer, zumeist Italiener, Spanier und Franzosen, ließen sich in dem Zeitraum von 1871 bis 1909 in Argentinien nieder. Dank dieser starken Einwanderung stieg die Bevölkerung in dem angegebenen Zeitraum von 2 auf 6 Millionen. Wie Argentinien, vom populationistischen Standpunkt aus gesehen, trotz

seiner staatlichen Selbständigkeit ein Kolonisationsgebiet für die südeuropäische Bevölkerung wurde, so wurde es, ökonomisch betrachtet, in den letzten Jahrzehnten ein Expansionsgebiet für den englisch-französischen Kolonialkapitalismus. Gerade an der ökonomischen Entwicklung Argentiniens läßt sich zeigen, daß die Expansion des Kolonialkapitalismus sich auch ohne politischen Imperialismus vollziehen kann, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das dem sogenannten ökonomischen Imperialismus unterworfen werden soll, bereits ein leidlich leistungsfähiges Imperium besitzt. Argentiniens glanzvolle Entwicklung seit 1871 kann als ein schlagender Beweis für die gewaltige Kulturbedeutung dieses von unseren Radikalen so verlästerten ökonomischen Imperialismus angeführt werden. Als mildernder Umstand wird für sie freilich die Tatsache gelten, daß es nicht der deutsche, sondern der Kolonialkapitalismus der britischen und französischen Demokratie ist, der Argentinien zur Versorgung der europäischen Bevölkerung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln wirtschaftlich erschlossen hat. Begünstigt wurde dieser Prozeß durch die günstigen Verkehrsverhältnisse der südamerikanischen Republik. Wie kaum ein anderes Land der Erde ist Argentinien (hierin ein instruktives Gegenstück zu Sibirien) durch die Fluß- und Seeschifffahrt auf engste mit den süd- und westeuropäischen Märkten verbunden. Fast alle Adern des gewaltigen Stromsystems des La Plata, das das nördliche und mittlere Argentinien mit dem Atlantischen Ozean verbindet, sind für größere Dampfer zugänglich. Dazu kommt die ebene Beschaffenheit des Landes, die den Eisenbahnbau wenig kostspielig macht. Bis zum Beginn des Jahres 1909 sind im argentinischen Eisenbahnbau 3,2 Milliarden Mark investiert worden. Davon entfallen 2 Milliarden auf England, der Rest auf französisches und belgisches Kapital. Deutsches Kapital ist gar nicht beteiligt. Über 75 % der argentinischen Bahnen, die sich sehr gut rentieren, sind in den Händen der Engländer (siehe Hermes zur Kenntnis der argentinischen Landwirtschaft /Berlin, Parey/ pag. 90 f.).

Ackerbau und Viehzucht sind die Grundlagen der Kolonisation Argentiniens. Diese beiden großen Gebiete landwirtschaftlicher Kultur vereinigen sich aber nicht zu einem einheitlichen Gesamtbetrieb sondern stehen ziemlich

unvermittelt gegen einander. Die großen Betriebe, die eine sehr starke Verbreitung haben, widmen sich fast ganz der Viehzucht, bei den mittleren und kleineren Betrieben herrscht dagegen der Ackerbau vor. Der extensive Charakter von Ackerbau und Viehzucht bringt es mit sich, daß der Arbeitsbedarf während der Ernte gegenüber dem übrigen Teil des Jahres geradezu ungeheuerlich an-schwillt. Als Illustration hierfür mag die Tatsache dienen, daß nach der offiziellen Statistik das während des ganzen Jahres in der Landwirtschaft beschäftigte männliche Personal 296 000 beträgt, gegenüber 566 000 in der Erntezeit. Der hohe Stand der Löhne während der Ernte hat zu der merkwürdigen Erscheinung der überseeischen Wanderarbeit geführt. Alljährlich, wenn in Europa die Ernte beendet ist, bringen Riesendampfer ganze Armeen südeuropäischer Wanderarbeiter nach Argentinien, da hier die Ernte erst im Dezember beginnt. Diese *überseeischen Sachsen-gänger* erreichen ihre Heimat wieder, wenn im Süden Europas die arbeitsreiche Periode im Ackerbau ihren Anfang nimmt. Was den Arbeitsbedarf betrifft, so wird demnach, was wohl zu beachten ist, der europäischen Landwirtschaft durch die überseeische Sachsen-gängerei nach Argentinien keine eigentliche Konkurrenz gemacht. Darauf ist es zurückzuführen, daß der überseeischen Wanderarbeit von den Behörden keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wie sich die Versorgung Argentiniens mit Wanderarbeitern im Weltkrieg gestaltet hat, ist noch nicht zuverlässig bekannt. Sicher ist nur, daß der Zustrom italienischer Arbeiter sowohl im ersten wie im zweiten Kriegsjahr wesentlich geringer als in Friedenszeiten war. Unter dem starken Einfluß ausländischer Arbeitskräfte und ausländischen Kapitals hat sich Argentinien in erstaunlich kurzer Zeit auf eine der ersten Stellen unter den Exportländern für landwirtschaftliche Erzeugnisse emporgearbeitet. Die Kulturläche stieg von 0,5 Millionen Hektar im Jahr 1872 auf 20,3 Millionen im Jahr 1910. Damit ist aber die Entwicklungsmöglichkeit bei weitem nicht erschöpft. Nicht minder bedeutend ist der Aufschwung der argentinischen Viehzucht. Im Jahr 1908 wurden 29 Millionen Rinder, 67 Millionen Schafe und 1,4 Millionen Schweine gezählt. Der Wert der Ausfuhr an Fleischprodukten stieg von 20 Millionen Mark im Jahr 1887 auf 173 Millionen Mark im Jahr 1910. Soweit sich die Dinge bis jetzt

übersehen lassen, hat der Krieg bedeutende Verschiebungen in der argentinischen Ausfuhr hervorgerufen. Die Getreideausfuhr ist von 0,47 Millionen Quarter im Jahr 1913-1914 auf 0,11 Millionen Quarter im Jahr 1914-1915 gesunken. Die Ursache für diesen enormen Rückgang des Getreideexports soll das Monopol an Frachtraum sein. Im Gegensatz zu den Getreideproduzenten, deren Einnahmen zurückgegangen sind, sollen die Viehpächter Riesengewinne aus ihren Herden erzielen. Neben Gefrierfleisch ist es namentlich die Wolle, für die eine lebhaftere Nachfrage besteht. Die erzielten Preise sollen 40 % höher sein als im letzten Friedensjahr. Auf diese Preissteigerung für tierische Produkte ist es zurückzuführen, daß trotz der stark verminderten Getreideausfuhr der Wert der Gesamtausfuhr gestiegen ist und zwar von 1430 Millionen Mark im Jahr 1913-1914 auf 1965 Millionen im Jahr 1914-1915. Welche Bedeutung die argentinische Landwirtschaft für die Rohstoffversorgung Deutschlands erlangt hat, zeigen folgende Zahlen über die Rohprodukteinfuhr im Jahr 1913. Weizen wurde für 75,030 Millionen Mark eingeführt, Mais und Dari für 61,858, Kleie und Reisabfälle für 22,241, Leinsaat für 98,823, Gerste und Hafer für 20,900, Ölkuchen für 1,380, Schafwolle für 90,151, Häute für 72,739, Felle und Pelzwerk für 2,952, Därme und Talg für 10 Millionen. Die Gesamteinfuhr betrug also 456,074 Millionen Mark. Sieht man von Weizen ab, so versorgt uns die argentinische Kolonialwirtschaft in der Hauptsache mit Futtermitteln, Fettrohstoffen, Wolle und anderen Kleidungsrohstoffen, welche Erzeugnisse zusammen 1913 fast den Wert einer halben Milliarde Mark repräsentierten. Sie ist also eine unserer wichtigsten Lieferanten in Rohstoffen für unsere heimische Industrie und Viehzucht geworden. Es ist einleuchtend, daß ohne den ökonomischen Imperialismus, der in Argentinien in so kurzer Zeit unabsehbare Flächen fruchtbarer Äcker und gewaltige Viehherden glanzvoll wie im Zaubermärchen aus einer schreckhaften Wildnis hervorzurichten ließ, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft nicht die Höhe erreicht haben könnte, die bei Ausbruch des Krieges immerhin zu verzeichnen war. Eine Mahnung für unsere Kolonialwirtschaft nach dem Krieg, deren Dringlichkeit nun wohl in allen Kreisen, und namentlich in der Arbeiterklasse, empfunden wird.

**Dumpingsystem** Das englische Parlament hat in einer seiner letzten Sitzungen eine längere Beratung darüber geführt, mit welchen Mitteln England nach Beendigung des Krieges den Handelskrieg gegen Deutschland fortsetzen könne, wobei das deutsche System des »Dumping« natürlich wieder gehörig gebrandmarkt wurde. Hierzu ist nun etwa folgendes zu sagen: Obwohl Deutschland 54 % seiner Gesamteinfuhr aus den überseeischen Gebieten mit vorherrschender Kolonialwirtschaft bezieht, ist es mit mehr als drei Vierteln seiner Ausfuhr auf europäische Länder angewiesen. Für die deutsche Zahlungsbilanz liegen die Dinge so, daß Deutschland seine kolonialen Zufuhren durch entsprechende Ausfuhr nach den Staaten der Entente bezahlen muß. Unsere Einfuhr aus den britischen Kolonien belief sich 1913 auf nicht weniger als 1,3 Milliarden Mark, während unsere Einfuhr aus Großbritannien selbst nur 875 Millionen Mark betrug. Von der Einfuhr im Wert von 1330 Millionen Mark aus den britischen Kolonien konnten wir durch direkten Warenexport nach dem britischen Kolonialreich nur 454 Millionen Mark bezahlen. Zwei Drittel der ganzen Summe mußte unsere Volkswirtschaft durch indirekte Exporte, das heißt durch den Warenexport nach England begleichen. Die Erklärung für die geringe Absatzmöglichkeit deutscher Erzeugnisse in den britischen Kolonien liegt einmal, soweit es sich um Siedelungskolonien handelt, in der zollpolitischen Bevorzugung des Mutterlands, in den tropischen Kolonien aber hauptsächlich in dem Umstand, daß hier der öffentliche Bedarf gegenüber dem privaten weit im Vordergrund steht und zu seiner Befriedigung nur die englische Industrie in Frage kommt. Der Umstand nun, daß das englische Kapital nicht nur in den eigenen sondern auch in den staatlich selbständigen Kolonialgebieten der Neuen Welt dominiert, vergrößert für die deutsche Volkswirtschaft noch den Zwang große Warenmengen nach England zu exportieren. Darauf ist letzten Endes das in England so verschriene System des Dumping zurückzuführen, das heißt des Verkaufs von fertigen Waren und Halbfabrikaten unter den eigenen Produktionskosten (siehe hierüber Rignano Les facteurs de la guerre /Paris, Alcan/, pag. 12). Das Dumpingsystem hängt auf das engste mit der kolonialen Monopolstellung Englands zusammen. Es ist wirklich kein

X

X

Übermut, der Deutschland dazu bringt seine Arbeitserzeugnisse vielfach unter den Produktionskosten in England abzusetzen, sondern die bittere Notwendigkeit für die kolonialen Zufuhren, ohne die wir unsere Kultur nicht aufrechterhalten könnten, Zahlung zu leisten. Wenn die Machthaber an der Themse diese Zusammenhänge begriffen hätten, würden sie über das Dumpingsystem, an dem letzten Endes die Entwicklung Englands zum kolonialen Rentnerstaat schuld ist, sich vielleicht weniger aufregen, als sie es letzthin im englischen Unterhaus taten, da dieses im Grunde weit mehr zugunsten Englands als zu unseren Gunsten ausfällt. Im Dumping versteckt sich eine gewisse Tributpflicht des kolonial ungenügend ausgestatteten Staates gegenüber der großen Kolonialmacht. Dieses System hätte England am wirksamsten bekämpfen können, wenn es vor dem Krieg dafür gesorgt hätte, daß auch Deutschland bei der Aufteilung Asiens und Afrikas in Einflußsphären die nötige Berücksichtigung gefunden hätte. Es wäre sehr zu wünschen, daß das Dumpingsystem nach dem Krieg von Deutschland selbst durch intensivere eigene Kolonialpolitik abgeschafft werden könnte.

×  
**Kurze Chronik** Das Kolonialwirtschaftliche Komitee hat in einer Sitzung seines Gesamtvorstands eine Resolution angenommen, die es für unerlässlich erklärt, »daß unbeschadet der Bestrebungen, die auf eine Sicherung und Erweiterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft innerhalb Europas abzielen, eine Ergänzung durch Ausgestaltung und Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes durchgesetzt wird... Zur dauernden Sicherung ihres Bezuges ist die Deckung wenigstens eines ansehnlichen Teils des deutschen Bedarfs [an überseeischen Rohstoffen] aus eigenen Kolonien unbedingt erforderlich.« × Am 1. Januar waren 25 Jahre verflossen, seitdem das Deutsche Reich Deutsch Ostafrika zur Reichskolonie machte. Das vierteljahrhundertjährige Kolonisationswerk wird nach dem Krieg mit verstärkten Kräften fortgesetzt werden müssen. × Wie die niederländische Zeitschrift *Tijd* meint, müsse Deutschland einen Julisturm für Erzeugnisse

der Kolonialwirtschaft, von denen es vor dem Krieg für mehr als 5 Milliarden Mark einführte, unbedingt einrichten, wenn es gegen feindliche Überfälle wirklich gesichert sein will. Der Vorschlag ist gut gemeint. Eine noch größere Sicherung ist indessen die Erringung des freien Seeverkehrs und dessen dauernde Garantie durch die erforderlichen Mittel. × In einem sehr lesenswerten Artikel der Deutschen Kolonialzeitung vom 20. Januar 1916 warnt K. Herold vor einer deutschen Auswanderung größeren Stils nach dem Orient. Für die Auswanderung würden vielmehr in erster Linie »unsere Kolonien, die wir nach dem Krieg ganz oder wenigstens zum allergrößten Teile wieder zu erhalten hoffen, und möglichst noch etwas dazu, in Betracht kommen«. Von einem andern Standpunkt müsse die zionistische Bewegung betrachtet werden, da es sich bei ihr darum handle Juden, die sich in Europa »eine menschenwürdige Existenz nicht zu erringen vermocht haben, zu ihrem Stammvolk und zu ihren Urbeschäftigungen, Ackerbau und Viehzucht, zurückzuführen. Die damit erzielten Erfolge (es besteht in Palästina bereits eine Anzahl blühender Kolonien) sind derartig, daß man ihnen nur weitem Fortgang wünschen kann.« × Auf Grund einer Arbeit über den Einfluß des Tropenklimas auf Angehörige der weißen Rasse ist Dr. Kurt Hintze von der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig zur Habilitation zugelassen worden.

## DIVERSA

### Notizen

**Werkbundgeist** Herr Dr. Jaffé legt in seiner Besprechung des letzten Werkbundjahrbuchs (in der Rundschau Kunstgewerbe, 1915, 3. Band, pag. 1391) dessen Titel Deutsche Form im Kriegsjahr dem Verleger Bruckmann zur Last. Das ist ein Irrtum. Solche Titel sind echter Werkbundgeist (Qualität!). Der Band 1912 hieß sogar Die Durchgeistigung der deutschen Arbeit. Ich weiß nicht, ob es in Deutschland einen größeren Leserkreis gibt, auf den derartige Scherze einen andern als einen peinlichen Eindruck machen. Immerhin dürfen wir froh sein, daß es nicht Die deutsche Form im Kriegsjahr heißt.

AUGUST ENDELL